Wirtschaftsstatistische Analyse der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland
- Single-Haushalte im Zeitablauf 1993 bis 1998 -

DIPLOMARBEIT

zur Erlangung des Grades einer Diplom-Kauffrau
an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Humboldt-Universität zu Berlin

vorgelegt von

Daniela Henkel
geboren am
11.07.1972 in Wriezen
(Matrikel-Nr.: 111855)

am
01. Oktober 1999 in Berlin

Prüfer:

Prof. Dr. Wolfgang Härdle

Inhaltsverzeichnis

Seite

Abkürzungsverzeichnis 4

Abbildungsverzeichnis 5

Tabellenverzeichnis 6

1 Einleitung 8

2 Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland 11

2.1 Charakterisierung der Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden 11

2.2 Demographische Situation in Ost und West 14

2.3 Arbeitsmarktlage nach Mikrozensus in Ost und West 18

2.4 Konjunkturelle Entwicklung in Ost und West 21

3 Einkommen der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland 26

3.1 Sozio-ökonomische Struktur der privaten Haushalte 26

3.1.1 Voraussichtliche Entwicklung der Haushaltsgröße bis zum Jahr 2015 ... 27

3.1.2 Entwicklung und Struktur der Single-Haushalte 30

3.2 Einkommenssituation der privaten Haushalte 34

3.2.1 Einkommensaggregate in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 35

3.2.2 Einkommensstruktur der Single-Haushalte 1993 36

3.2.3 Einkommen basierend auf der Selbsteinstufung der Single-Haushalte 1998 40

3.2.4 Relative Einkommenskonzentration 41

3.3 Überwiegender Lebensunterhalt der privaten Haushalte 44

4 Ausgaben der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland 46

4.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Datenbasis 46

4.1.1 Neukonzeption und Erhebungsablauf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 47
4.1.2 Ergebnisse des Einführungsinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 52
4.1.2.1 Ausstattung der Single-Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern 53
4.1.2.2 Vergleich der Wohnsituation zwischen Ost und West 62
4.1.3 Repräsentationsgrad der EVS-Ergebnisse 66
4.2 Ausgabeverhalten der privaten Haushalte 67
4.2.1 Ausgabenstruktur der Single-Haushalte 1993 69
4.2.2 Aufwendungen der Single-Haushalte für den Privaten Verbrauch 71
4.3 Vermögensbestände und Schulden der privaten Haushalte 75
4.4 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West 79

5 Schlußbemerkung 81

Anhang 83
Literaturverzeichnis 109

Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
BStatG	Bundesstatistikgesetz
COICOP/HBS	Classification of Individual Consumption by Purpose/Household Budget Surveys
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Berlin
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FördG	Fördergebietsgesetz
GG	Grundgesetz
GK	Gini-Koeffizient
InvZulG	Investitionszulagengesetz
LWR	Laufende Wirtschaftsrechnungen
PC	Personalcomputer
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Abbildungsverzeichnis

Seite

Abbildung 2.1: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen im Jahr 1995 12

Abbildung 2.2: Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit 13

Abbildung 2.3: Bevölkerung 1998 nach Beteiligung am Erwerbsleben 20

Abbildung 2.4: Lohn-Produktivitäts-Lücke in den neuen Bundesländern 23

Abbildung 2.5: Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1996 in jeweiligen Preisen 24

Abbildung 3.1: Erwartete Haushaltsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2015 28

Abbildung 3.2: Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens der Einpersonenhaushalte 1993 37

Abbildung 3.3: Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens basierend auf der Selbsteinstufung der Einpersonenhaushalte 1998 40

Abbildung 3.4: Einkommensverteilung der privaten Haushalte 42

Abbildung 3.5: Struktur der in den befragten Haushalten lebenden Personen nach deren überwiegenden Lebensunterhalt im Jahr 1998 45

Abbildung 4.1: Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern in den Jahren 1993 und 1998 54

Abbildung 4.2: Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit Pkw in Abhängigkeit von der Höhe des monatlichen Haushalts-nettoeinkommens in Ost und West im Jahr 1998 56

Abbildung 4.3: Anteil der Mieterhaushalte nach der Haushaltsgröße 63

Abbildung 4.4: Private Haushalte 1998 nach Wohnverhältnis und sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers 64

Abbildung 4.5: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 1993 je Haushalt und Monat 69

Abbildung 4.6: Struktur der Aufwendungen der Einpersonenhaushalte für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat 72

Tabellenverzeichnis

Seite

Tabelle 2.1: Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene (Früheres Bundesgebiet) ... 14

Tabelle 2.2: Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene (Neue Länder und Berlin-Ost) ... 15

Tabelle 2.3: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost ... 17

Tabelle 2.4: Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland ... 17

Tabelle 2.5: Bevölkerung 1998 nach Beteiligung am Erwerbsleben ... 19

Tabelle 2.6: Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr) ... 22

Tabelle 3.1: Einpersonenhaushalte nach Geschlecht ... 31

Tabelle 3.2: Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen ... 32

Tabelle 3.3: Alleinlebende Frauen nach Altersgruppen ... 33

Tabelle 3.4: Alleinlebende Männer nach Altersgruppen ... 33

Tabelle 3.5: Soziale Gruppen der Einpersonenhaushalte ... 34

Tabelle 3.6: Schichtung der Einpersonenhaushalte 1993 nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und dem Alter ... 38

Tabelle 3.7: Schichtung der Einpersonenhaushalte 1993 nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und dem Geschlecht ... 39

Tabelle 3.8: Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Einpersonenhaushalte 1993 nach sozialer Stellung der Bezugsperson ... 39

Tabelle 3.9: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen basierend auf der Selbsteinstufung der Einpersonenhaushalte 1998 ... 41

Tabelle 4.1: Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Bundesländer bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 49

Tabelle 4.2: Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Haushaltstypen bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 50

Tabelle 4.3: Beteiligung von Haushalten am Grundinterview 1993 bzw. Einführungsinterview 1998 der EVS nach Bundesländern..... 52

Tabelle 4.4: Korrelation zwischen Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (Früheres Bundesgebiet)..... 58

Tabelle 4.5: Korrelation zwischen Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (Neue Länder und Berlin-Ost) 59

Tabelle 4.6: Korrelation zwischen durchschnittlicher Wohnfläche der privaten Haushalte und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (Früheres Bundesgebiet)..... 65

Tabelle 4.7: Korrelation zwischen durchschnittlicher Wohnfläche der privaten Haushalte und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen (Neue Länder und Berlin-Ost) 65

Tabelle 4.8: Gesamtausgaben der privaten Haushalte 1993 je Haushalt und Monat 68

Tabelle 4.9: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Einpersonenhaushalte 1993 je Haushalt und Monat in Abhängigkeit von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 70

Tabelle 4.10: Ausgewählte Aufwendungen der Einpersonenhaushalte für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat nach Alter 74

Tabelle 4.11: Ausgewählte Aufwendungen der Einpersonenhaushalte für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat nach Geschlecht 75

Tabelle 4.12: Private Haushalte mit Bruttogeldvermögen am 31. Dezember 1993..... 77

Tabelle 4.13: Durchschnittliches Bruttogeldvermögen privater Haushalte am 31. Dezember 1993..... 78

1 Einleitung

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde eine Voraussetzung für die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Bundesländern[1] geschaffen. Durch den Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft wurde in Ostdeutschland ein tiefgreifender wirtschaftlicher Umbruch ausgelöst. Arbeitsplätze wurden abgebaut, weil die Arbeitsproduktivität in der Industrie und Landwirtschaft den marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht Stand halten konnte. Die Arbeitsorganisation war ineffektiv und der technische Ausstattungsgrad der Betriebe entsprach in keiner Weise den Anforderungen. Dadurch war der erforderliche Arbeitsaufwand gegenüber vergleichbarer Produktion in der früheren Bundesrepublik Deutschland zu hoch. Durch den Zusammenbruch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verschwanden die Hauptabsatzmärkte ostdeutscher Unternehmen. Marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse vollzogen sich nur sehr langsam, da sich die meisten Unternehmen noch in Staatseigentum befanden. Staatliches Eingreifen in den Wirtschaftsprozeß war unumgänglich. Um die Wirtschaft zu privatisieren, wurde die Treuhandanstalt gegründet. Des weiteren sind seit 1990 beachtliche öffentliche Transfers von West- nach Ostdeutschland geflossen, die u.a. zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Förderung privater Investitionen und für soziale Leistungen verwendet wurden.[2]

Neun Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung haben sich zwar die Lebensbedingungen für die Menschen in Ostdeutschland deutlich verbessert, aber in den einzelnen Lebensbereichen ist das Zufriedenheitsniveau vielfach noch nicht so hoch wie in Westdeutschland. Um eine Erklärung dafür zu finden, werden im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit zunächst Rahmenbedingungen untersucht. Der wirtschaftliche Aufholprozeß in Ostdeutschland geht nur sehr langsam voran, was Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterläßt. Die ostdeutsche Bevölkerung ist von einer sehr hohen Arbeitslosigkeit betroffen und die Nettolöhne sind in den

[1] Die Begriffe “neue Bundesländer“, “neue Länder und Berlin-Ost“, “Ostdeutschland“ bzw. “Ost“ als Bezeichnung für die frühere DDR sowie die Begriffe “alte Bundesländer“, “früheres Bundesgebiet“, “Westdeutschland“ bzw. “West“ für die frühere Bundesrepublik Deutschland werden im folgenden synonym angewandt.

[2] Siehe auch Statistisches Bundesamt (1992), S. 5 – 8.

meisten Branchen niedriger als in Westdeutschland, wodurch die Angleichung der Lebensverhältnisse erschwert wird.

Die sich in den letzten Jahren deutlich abzeichnende Verkleinerung der Haushaltsgröße in Ost und West ist der Anlaß dafür, insbesondere die Lebensverhältnisse der Singles zu untersuchen. Statistisch gesehen handelt es sich dabei um Einpersonenhaushalte. Im dritten Kapitel erfolgt eine Darstellung der Entwicklung der Single-Haushalte. Anschließend wird deren Einkommensstruktur untersucht, wobei nach dem Alter und der sozialen Stellung der Bezugsperson differenziert wird. Außerdem werden die Einkommensverhältnisse der alleinlebenden Frauen und Männer verglichen.

Als Datenbasis für die wirtschaftsstatistische Analyse der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland dienen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 sowie des Einführungsinterviews der EVS 1998. Im Jahr 1993 nahmen die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern zum ersten Mal an der EVS teil. Daher stellen die Ergebnisse der EVS eine gute Grundlage für die Analyse der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland im Zeitablauf von 1993 bis 1998 dar. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit lagen aus der EVS für 1998 nur Angaben über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und über die Wohnverhältnisse vor. Deshalb beziehen sich die analytischen Untersuchungen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte auf die EVS 1993. Des weiteren wurde als Datengrundlage der Mikrozensus herangezogen, insbesondere bei der Untersuchung der Arbeitsmarktlage in Ost und West. Die Mikrozensuserhebung wird jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung durchgeführt. Im Gegensatz zur EVS ist diese Erhebung auskunftspflichtig.

Der Ausstattungsgrad und der Ausstattungsbestand mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern sind ein Gradmesser für den erreichten Lebensstandard des einzelnen Haushalts. In welchem Ausmaß sich die Ausstattung der Single-Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern im Vergleich zu 1993 verbessert hat, wird im vierten Kapitel dargelegt. Die Abhängigkeit des Ausstattungsbestands vom monatlichen Haushaltsnettoeinkommen wird statistisch analysiert. Weiterhin er-

folgt eine Untersuchung der Wohnsituation der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland.

Im vierten Kapitel wird der Erhebungsablauf der EVS beschrieben und auf die Neukonzeption im Jahr 1998 eingegangen. Die Erhebungen der EVS erstrecken sich grundsätzlich auf maximal 0,3 % aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr werden bei der Aufbereitung der EVS-Ergebnisse nicht berücksichtigt. Außerdem sind die in den Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen nicht in die EVS einbezogen. Wie bereits 1993 wurde ein durchschnittlicher Auswahlsatz von 0,2 % festgelegt. Am Einführungsinterview der EVS 1998 haben sich insgesamt 68.922 Haushalte beteiligt.

Diese Arbeit beschränkt sich zum größten Teil auf das Haushaltsbudget der Einpersonenhaushalte. In erster Linie wird gezeigt, welche Einnahmen diesem Haushaltstyp zugeflossen sind und welche Ausgaben er damit getätigt hat. Es sollen die derzeit noch bestehenden Unterschiede in Ost- und Westdeutschland sichtbar gemacht werden. Das Ziel der Arbeit besteht weiterhin darin, auf wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Realisierung der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West hinzuweisen. Im Tabellenanhang werden u. a. die Ergebnisse des Einführungsinterviews der EVS 1998 dargestellt, die das Statistische Bundesamt bereits veröffentlicht hat.

2 Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland

2.1 Charakterisierung der Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden

Lebensqualität und Wohlergehen der Menschen hängen nicht nur von der Menge bereitgestellter materieller Güter ab, sondern auch von immateriellen Dingen.[3] Immaterielle Bedürfnisse, wie Sicherheit, Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Freundschaft, Liebe, Anerkennung, Prestige, Selbstwertgefühl sowie Persönlichkeitsentwicklung, können nicht unmittelbar durch quantitatives Wachstum[4] befriedigt werden.[5] Die Lebensqualität kann vielmehr auch durch qualitatives Wachstum[6] bzw. eine nachhaltige Entwicklung[7] gesteigert werden. Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen, d. h. Sparen und Substituieren von natürlichen Ressourcen sowie Produktivitätssteigerung bei deren Nutzung.[8] Dabei schließt qualitatives Wachstum quantitatives Wachstum nicht unbedingt aus, aber durch eine Umstrukturierung der Produktion wird eine bestimmte Qualität des Wachstums verlangt.[9]

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft oder Region wird mit einem differenzierten System sozialer Indikatoren gemessen. *"Soziale Indikatoren sind Kennziffern, mit deren Hilfe Aussagen über Stand und Veränderung in wichtigen Lebensbereichen gemacht werden [...]."*[10] Objektive Indikatoren zur Erfassung der Lebensbedingungen sind z. B. Wohnung, Einkommen oder Erwerbsstatus. Jedoch läßt sich die Wohlfahrtsentwicklung nicht ausschließlich anhand der Veränderung

---

[3] Vgl. Gabler Wirtschafts Lexikon (1992), S. 2070.

[4] Quantitatives Wachstum wird an der Steigerung des Sozialprodukts einer Volkswirtschaft gemessen.

[5] Vgl. Frey (1993), S. 165.

[6] *"Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtgesellschaftlich und pro Kopf der Bevölkerung erreichten Lebensqualität, die mit geringerem oder zumindest nicht ansteigendem Einsatz an nicht vermehrbaren oder nicht regenerierbaren Ressourcen sowie abnehmenden oder zumindest nicht zunehmenden Umweltbelastungen erzielt wird."* Frey (1993), S. 168.

[7] "*Nachhaltige Entwicklung ist eine Wirtschaftsentwicklung, welche die Bedürfnisse der heute Lebenden erfüllt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, zu beeinträchtigen."* Frey (1993), S. 168.

[8] Ebenda.

[9] Vgl. Gabler Wirtschafts Lexikon (1992), S. 2436.

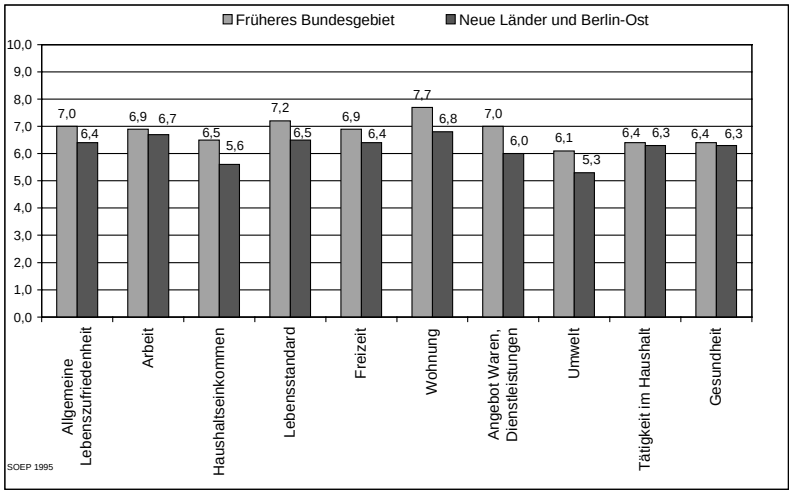
[10] Frey (1993), S. 162.

objektiver Indikatoren beschreiben. Zur Analyse der Wohlfahrtsentwicklung spielt das subjektive Wohlbefinden[11] eine ebenso große Rolle.

Subjektives Wohlbefinden umfaßt positive und negative Faktoren, wobei die positiven Komponenten des subjektiven Wohlbefindens hinsichtlich affektiver und kognitiver Dimensionen unterschieden werden. Affektive Aspekte stellen beispielsweise das Ausmaß der Empfindung von Glück bzw. Unglück dar. Kognitive Aspekte sind dagegen das Ergebnis der Bewertung der allgemeinen Lebensbedingungen. Zu den negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens zählen Sorgen und Anomiesymptome.[12] Die Sorgen beziehen sich im Gegensatz zum Globalmaß der allgemeinen Lebenszufriedenheit auf einzelne Lebensbereiche, wie Arbeit oder Wohnen.[13]

"Die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit wird als global bilanzierendes Maß individuellen Wohlbefindens verstanden."[14] Die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen kann z. B. mit Hilfe einer Zufriedenheitsskala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) gemessen werden. Dabei richten sich die Zufriedenheitsfragen größtenteils an die Gesamtbevölkerung und in einzelnen Bereichen an Teilgruppen, wie Erwerbstätige, um Antworten über die Zufriedenheit mit der Arbeit zu erhalten.[15]

Abbildung 2.1: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen im Jahr 1995

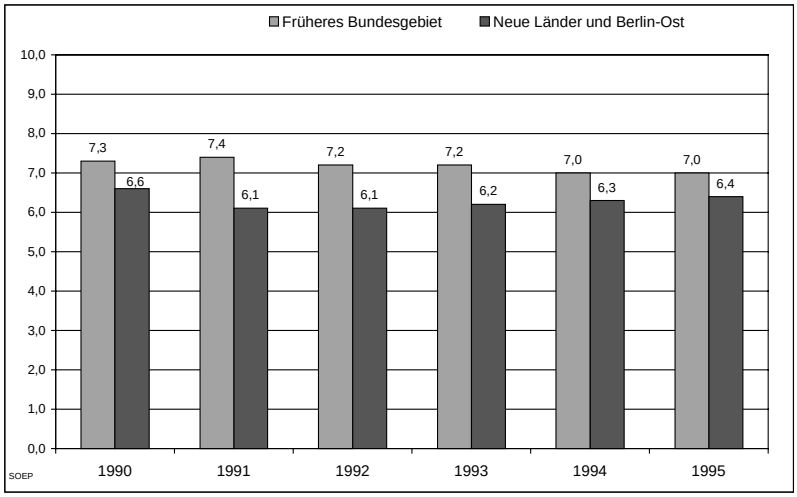


Datenquelle: Datenreport (1997), S. 442 – 443.

[11] Subjektives Wohlbefinden ist ein Ausdruck dafür, wie die Menschen ihre Lebensbedingungen wahrnehmen und bewerten, wie zufrieden sie damit sind, welche Ängste sie haben und ob sie sich große Sorgen machen. Vgl. Datenreport (1997), S. 426.
[12] Anomiesymptome beziehen sich auf eine allgemeine Unsicherheit oder Orientierungslosigkeit.
[13] Vgl. Datenreport (1997), S. 426 – 430.
[14] WZB-Mitteilungen (1991), S. 33.
[15] Vgl. Datenreport (1997), S. 427 und 441.

Die Abbildung 2.1 verdeutlicht, daß die ostdeutsche Bevölkerung fünf Jahre nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion noch ein deutlich niedrigeres Wohlbefinden aufweist als die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet. Diese Feststellung läßt sich einerseits mit den nach wie vor schlechteren materiellen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern[16] begründen. Andererseits kommt dadurch die geringe Geschwindigkeit der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West zum Ausdruck.[17]

Abbildung 2.2: Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit



Datenquelle: Datenreport (1997), S. 428.

Im Vergleich zu 1991 ist im früheren Bundesgebiet die durchschnittliche allgemeine Lebenszufriedenheit um 0,4 Skalenpunkte zurückgegangen, während sie sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 0,3 Skalenpunkte erhöht hat. Es ist also eine tendenzielle Angleichung der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost und West festzustellen.[18]

In beiden Teilen Deutschlands wird die Wohnung am besten und der Zustand der Umwelt in der Region am schlechtesten beurteilt. Die Abbildung 2.1 verdeutlicht, daß sowohl das Zufriedenheitsniveau in den einzelnen Lebensbereichen als auch die Rangfolge der Zufriedenheitswerte in Ost und West unterschiedlich sind. Beispielsweise ist die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet mit dem Angebot an Waren und Dienstleistungen am Ort zufrieden. In den neuen Bundesländern wird dagegen dieser Lebensbereich von der Bevölkerung auf den drittletzten Platz eingestuft. Damit kommt zum Ausdruck, daß der zu DDR-Zeiten bestehende

[16] Die gegenwärtigen materiellen Lebensbedingungen Arbeit, Einkommen, Lebensstandard und Wohnen in Ost und West werden in den folgenden Kapiteln verglichen.
[17] Vgl. Datenreport (1997), S. 441.
[18] Ebenda, S. 428.

Mangel an Waren und Dienstleistungen offensichtlich im neuen Wirtschaftssystem noch nicht vollständig beseitigt worden ist. Eine größere Diskrepanz zwischen Ost und West spiegelt sich auch bei der Zufriedenheit mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen wider. Die Menschen in den neuen Bundesländern sind mit ihrem Einkommen deutlich unzufriedener als die Menschen im früheren Bundesgebiet. Dieses Ergebnis überrascht nicht, da heute immer noch Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen Ost und West bestehen.[19]

In den folgenden Kapiteln wird zunächst eine vertiefende Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung vorgenommen. Anschließend erfolgt eine Untersuchung des Arbeitsmarktes und der konjunkturellen Lage in Ost und West.

2.2 Demographische Situation in Ost und West

Bevölkerungswachstum wird durch natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung beeinflußt.[20] Am Ende des Jahres 1998[21] lebten in der Bundesrepublik Deutschland rund 82 Mill. Einwohner.[22] Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bevölkerung um etwa 64.000 Personen bzw. 0,1 % verringert.[23] Eine Ursache für die Bevölkerungsabnahme ist der Rückgang der Geburtenzahl im früheren Bundesgebiet. Außerdem hat die starke Verringerung des Zuwanderungsüberschusses dazu beigetragen, daß sich das Bevölkerungswachstum verglichen mit den Vorjahren insgesamt abgeschwächt hat.

Tabelle 2.1: Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene
Früheres Bundesgebiet

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner
1988	397.738	6,5	677.259	11,0	687.516	11,2	-10.257	-0,2
1989	398.608	6,4	681.537	11,0	697.730	11,2	-16.193	-0,3
1990	414.475	6,6	727.199	11,5	713.335	11,3	13.864	0,2
1991	403.762	6,3	722.250	11,3	708.818	11,1	13.432	0,2
1992	405.196	6,2	720.794	11,1	695.268	10,7	25.526	0,4
1993	393.353	6,0	717.915	11,0	711.625	10,9	6.290	0,1
1994	387.815	5,9	690.905	10,5	703.262	10,7	-12.357	-0,2
1995	376.350	5,7	681.374	10,3	706.493	10,7	-25.119	-0,4
1996	373.245	5,6	702.688	10,5	708.332	10,6	-5.644	-0,1
1997	369.396	5,5	711.915	10,7	692.844	10,4	19.071	0,3
1998	361.741	5,4	681.991	10,2	686.729	10,3	-4.738	-0,1

Datenquellen: Wirtschaft und Statistik 12/1998 und 4/1999.

[19] Siehe Kapitel 3.2.3.
[20] Natürliche Bevölkerungsbewegung wird durch Geburten und Sterbefälle ausgelöst. Räumliche Bevölkerungsbewegung wird durch Binnen- und Außenwanderungen hervorgerufen.
[21] Vorläufiges Ergebnis, Wirtschaft und Statistik 4/1999, S.228* - 230*.
[22] Davon waren 7,32 Mill. Einwohner bzw. 8,9 % der Bevölkerung Ausländer.
[23] Um schätzungsweise 46.000 Personen bzw. 0,6 % verringerte sich die ausländische Bevölkerung in Deutschland gegenüber dem Vorjahr.

Die Zahl der Lebendgeborenen ist in den Jahren 1996 und 1997 im früheren Bundesgebiet geringfügig angestiegen. Im Jahr 1997 wurden mehr Lebendgeborene als Gestorbene registriert, weil durch die ausländische Bevölkerung das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung überkompensiert wurde.[24] Wie die folgende Tabelle zeigt, hat sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen die Zahl der Lebendgeborenen ab 1995 erhöht und stagniert seit 1998.

Tabelle 2.2: Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene
Neue Länder und Berlin-Ost

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Gestorbene		Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	
	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner	Anzahl	je 1.000 Einwohner
1988	137.165	8,2	215.734	12,9	213.111	12,8	2.623	0,1
1989	130.989	7,9	198.922	12,0	205.711	12,4	-6.789	-0,4
1990	101.913	6,3	178.476	11,1	208.110	12,9	-29.634	-1,8
1991	50.529	3,2	107.769	6,8	202.427	12,7	-94.658	-5,9
1992	48.232	3,1	88.320	5,6	190.175	12,1	-101.855	-6,5
1993	49.252	3,1	80.532	5,1	185.645	11,9	-105.113	-6,7
1994	52.429	3,4	78.698	5,1	181.399	11,7	-102.701	-6,6
1995	54.184	3,5	83.847	5,4	178.095	11,5	-94.248	-6,1
1996	54.052	3,5	93.325	6,0	174.511	11,3	-81.186	-5,2
1997	53.380	3,5	100.258	6,5	167.545	10,9	-67.287	-4,4
1998	54.833	3,6	100.260	6,5	164.190	10,7	-63.930	-4,2

Datenquellen: Wirtschaft und Statistik 12/1998 und 4/1999.

Ein Vergleich der zusammengefaßten Geburtenziffern[25] bzw. der Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner verdeutlicht, daß die Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern seit 1991 unter dem westdeutschen Niveau liegt. Je 1.000 Frauen wurden 1996 im früheren Bundesgebiet 1.395 Kinder lebend geboren. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es nur 947 Kinder, die je 1.000 Frauen lebend zur Welt kamen.[26]

Die Anzahl der Gestorbenen ist in beiden Teilen Deutschlands weiter zurückgegangen und lag 1998 bei 850.919 Personen. Das sind 9.470 Personen bzw. 0,7 % weniger als im Vorjahr. Die rohe Sterbeziffer[27] ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland leicht rückläufig. Im früheren Bundesgebiet gab es 1998 10,3 und in den neuen Bundesländern 10,7 Gestorbene je 1.000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung. Wegen der sinkenden Sterbefälle in Ost- und Westdeutschland wird das Geburtendefizit geringer. In den neuen Bundesländern

[24] Die ausländische Bevölkerung erbrachte in den alten Bundesländern einen Geburtenüberschuß von 91.076 Personen und die deutsche Bevölkerung ein Geburtendefizit von –72.005 Personen.

[25] Diese Ziffer beschreibt die durchschnittliche Kinderzahl je 1.000 Frauen unabhängig von der Größe und dem Altersaufbau der Bevölkerung. Sie entsteht aus der Addition altersspezifischer Geburtenziffern je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

[26] Vgl. dazu Tabelle 3 im Anhang.

[27] Sie gibt die Anzahl der Gestorbenen je 1.000 Einwohner an. Der Nachteil bei der Berechnung besteht in der Abhängigkeit vom Altersaufbau der Bevölkerung, der durch die Ermittlung der standardisierten Sterbeziffern ausgeglichen werden kann.

verringerte sich das Geburtendefizit zwar um mehr als 3.000 Personen, aber es starben im Jahr 1998 noch 64.000 Menschen mehr als Kinder lebend geboren wurden. Dagegen lag das Geburtendefizit im früheren Bundesgebiet nur bei 4.700 Personen. Infolge des Geburtenrückgangs in den alten Bundesländern hat es sich in beiden Teilgebieten insgesamt um 20.000 Personen erhöht. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg weiter an, ist aber im früheren Bundesgebiet immer noch höher als in den neuen Bundesländern.[28] Allmählich vollzieht sich eine Angleichung, wobei die Unterschiede bei den weiblichen Personen schneller abnehmen als bei den männlichen.[29]

Die Zahl der Eheschließungen war auch im Jahr 1998 rückläufig. Es wurden rund 417.000 Ehen in der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Das waren 1,2 % weniger als 1997. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wird seit der deutschen Wiedervereinigung deutlich seltener geheiratet als im früheren Bundesgebiet. Je 1.000 Einwohner wurden 1998 3,6 Ehen geschlossen. Im früheren Bundesgebiet waren es 5,4 Ehen, die je 1.000 Einwohner geschlossen wurden.[30] Anhand der zusammengefaßten Erstheiratsziffer, die den Grad der Heiratshäufigkeit lediger Personen in einer Bevölkerungsgruppe zeigt, wird deutlich, daß das Heiratsniveau bei den Männern niedriger als bei den Frauen ist. Im Jahr 1996 wollten 57 % der ledigen Männer und 61 % der ledigen Frauen in Westdeutschland heiraten. In Ostdeutschland waren es 33 von 100 ledigen Männern und 41 von 100 ledigen Frauen, die eine Heirat präferierten.[31] Außerdem ist das durchschnittliche Erstheiratsalter bei den Männern höher als bei den Frauen. Bei diesem Merkmal erfolgt ebenfalls eine allmähliche Angleichung zwischen Ost und West.[32]

Zur räumlichen Bevölkerungsbewegung ist zu sagen, daß im Jahr 1997 rund 168.000 Personen aus den neuen Ländern und Berlin-Ost in das frühere Bundes-

---

[28] Nach der Sterbetafel von 1994/96 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen 73,8 Jahre und für neugeborene Mädchen 80,0 Jahre im früheren Bundesgebiet. In den neuen Bundesländern hatte ein neugeborener Junge eine durchschnittliche Lebenserwartung von 71,2 Jahren und ein neugeborenes Mädchen von 78,6 Jahren.

[29] Nach der Sterbetafel von 1994/96 betrugen die Unterschiede zwischen West und Ost noch 2,59 Jahre bei den Jungen und 1,45 Jahre bei den Mädchen. Zu DDR-Zeiten waren die Differenzen zwischen West und Ost in der durchschnittlichen Lebenserwartung bei den männlichen Neugeborenen geringer als bei den weiblichen Neugeborenen. Vgl. Sommer (1998), S. 238 und Dorbritz/Gärtner (1998), S. 395 - 400.

[30] Allerdings wird diese Kennzahl wie die allgemeine Geburtenziffer oder die rohe Sterbeziffer von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflußt. Um diesen Einfluß auszuschließen, werden die zusammengefaßten Erstheiratsziffern als Summe der altersspezifischen Erstheiratsziffern berechnet. Die altersspezifischen Erstheiratsziffern werden als Summe der ledigen Eheschließenden auf 1.000 einer bestimmten Alters/Geschlechtsgruppe ermittelt. Vgl. Grünheid/Mammey (1997), S. 387.

[31] Vgl. Dorbritz/Gärtner (1998), S. 379 – 385.

[32] Vgl. dazu die Tabellen 4 und 5 im Anhang.

gebiet zogen. Aber die Fortzüge aus den neuen Bundesländern gingen seit 1991 zurück und die Zuzüge in die neuen Bundesländer stiegen. Im Jahr 1997 gab es immer noch einen Binnenwanderungsüberschuß zugunsten Westdeutschlands. Er lag bei mehr als 10.000 Personen.

Tabelle 2.3: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost

Jahr	Zuzüge in die neuen Länder und Berlin-Ost	Fortzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost	Saldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet
1990	36.217	395.343	-359.126
1991	80.267	249.743	-169.476
1992	111.345	199.170	-87.825
1993	119.100	172.386	-53.286
1994	135.774	163.034	-27.260
1995	143.063	168.336	-25.273
1996	151.973	166.077	-14.034
1997	157.348	167.789	-10.441

Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 12/1998.

Der Zuwanderungsüberschuß der Außenwanderungen[33] in der Bundesrepublik Deutschland verringerte sich im Jahr 1997[34] auf rund 94.000 Personen und betrug nur noch ein Drittel des Saldos von 1996. Diese Verringerung des Zuwanderungsüberschusses erklärt sich aus der rückläufigen Anzahl der Zuzüge aus dem Ausland und der steigenden Tendenz der Fortzüge ins Ausland. Die Zahl der Zuzüge sank von 959.691 im Jahr 1996 auf 840.633 im Jahr 1997, während die Zahl der Fortzüge von 677.494 im Jahr 1996 auf 746.969 im Jahr 1997 stieg.

Tabelle 2.4: Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland
Personen insgesamt

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
				Zuzüge	Fortzüge
1991	1.198.978	596.455	602.523	-5,3	0,2
1992	1.502.198	720.127	782.071	25,3	20,7
1993	1.277.408	815.312	462.096	-15,0	13,2
1994	1.082.553	767.555	314.998	-15,3	-5,9
1995	1.096.048	698.113	397.935	1,3	-9,1
1996	959.691	677.494	282.197	-12,4	-3,0
1997	840.633	746.969	93.664	-12,4	10,3

Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 12/1998.

Der positive Wanderungssaldo des Jahres 1997 wird nur von deutschen Zuwanderern bestimmt.[35] Im Jahr 1997 zogen über 90.000 weniger ausländische Bürger in das Bundesgebiet.[36] Fortzüge von Ausländern aus Deutschland gab es im Jahr

[33] Diese Wanderungen erfolgen über die Grenzen des Bundesgebietes.
[34] Für das Jahr 1998 liegen derzeit noch keine Zahlenwerte vor.
[35] Vgl. Dorbritz/Gärtner (1998), S. 403.
[36] Im Jahr 1996 gab es 707.954 Zuzüge von ausländischen Bürgern nach Deutschland. Im Jahr 1997 waren es nur noch 615.298 ausländische Bürger, die nach Deutschland zogen.

1997 637.066. Das sind knapp 80.000 Fortzüge mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Ausländer an allen Zuwanderern sank auf 73 % im Jahr 1997,[37] die Zahl der Asylbewerber ist aufgrund der gesetzlichen Neuregelung des Asylverfahrens weiterhin rückläufig.[38] Der Anteil der Ausländer, die aus dem Bundesgebiet fortzogen, ist mit annähernd 85 % konstant geblieben.[39]

2.3 Arbeitsmarktlage nach Mikrozensus in Ost und West

Als Datenbasis für die Analyse der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland wird der Mikrozensus herangezogen, weil er eine Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt darstellt. Er wird jährlich mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung durchgeführt.[40]

Die Erwerbsbevölkerung[41] in der Bundesrepublik Deutschland umfaßte im April 1998 rund 40,3 Mill. Personen. Davon waren 29,3 Mill. im früheren Bundesgebiet und rund 6,6 Mill. in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, die den Anteil der Erwerbstätigen[42] am gegenwärtigen Bevölkerungsbestand angibt, lag im April 1998 im früheren Bundesgebiet bei 36,3 % der weiblichen und bei 52 % der männlichen Bevölkerung. In Ostdeutschland waren im April 1998 von den 7,86 Mill. Frauen 37,3 % und von den 7,49 Mill. Männern 48,2 % erwerbstätig. In beiden Teilen Deutschlands liegt die weibliche Erwerbstätigenquote nach wie vor deutlich unter der Erwerbstätigenquote der Män-

---

[37] Die Zuwanderungen waren 1992 am höchsten. Seitdem hat sich die Zahl der nach Deutschland zuziehenden Ausländer nahezu halbiert. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an allen Zuwanderern betrug 1992 noch 81 %.

[38] Am 30. Juni 1993 trat die Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes (GG) in Kraft. Nach Art. 16a Abs. 1 GG genießen politisch Verfolgte Asylrecht. Der neugeschaffene Art. 16a Abs. 2 S. 1 GG besagt aber: *"Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist."*

[39] Im Teil B des Berichts 1997 über die demographische Lage wurde detailliert das Wanderungsgeschehen der letzten Jahrzehnte untersucht, auf den an dieser Stelle verwiesen sei. Vgl. Grünheid/Mammey (1997), S. 437 – 473. Siehe auch Sommer/Voit (1998), S. 974 – 976.

[40] Bei den Ergebnissen des Mikrozensus handelt es sich, wie bei den Ergebnissen der EVS, um hochgerechnete Zahlen. Die Basis für die Hochrechnung stellen die Eckzahlen der laufenden Bevölkerungsfortschreibung dar. Vgl. Statistisches Jahrbuch (1998), S. 99.

[41] Dazu zählen sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose.

[42] Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine unmittelbar (z. B. als Selbständige bzw. abhängig Beschäftigte) oder mittelbar (z. B. als mithelfende Familienangehörige) auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben. Zu den abhängig Beschäftigten gehören die Arbeitnehmer (Auszubildende, Angestellte und Arbeiter) sowie die Beamten. Vgl. Abels (1991), S. 105 und 108.

ner.[43] Im April 1998 waren in den alten Bundesländern gut 42 % aller Erwerbstätigen Frauen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Frauenquote[44] mit rund 45 % etwas höher als im früheren Bundesgebiet.

Tabelle 2.5: Bevölkerung 1998 nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnis des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 98					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
	Früheres Bundesgebiet					
Bevölkerung	66.668	100,0	32.489	100,0	34.180	100,0
Erwerbspersonen	32.081	48,1	18.504	57,0	13.577	39,7
Erwerbstätige	29.317	44,0	16.901	52,0	12.416	36,3
Erwerbslose	2.764	4,1	1.603	4,9	1.161	3,4
Nichterwerbspersonen	34.588	51,9	13.985	43,0	20.603	60,3
	Neue Länder und Berlin-Ost					
Bevölkerung	15.346	100,0	7.486	100,0	7.860	100,0
Erwerbspersonen	8.182	53,3	4.360	58,2	3.822	48,6
Erwerbstätige	6.544	42,6	3.609	48,2	2.935	37,3
Erwerbslose	1.638	10,7	751	10,0	887	11,3
Nichterwerbspersonen	7.164	46,7	3.126	41,8	4.038	51,4

Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Verglichen mit dem Ergebnis des Mikrozensus im April 1991 stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen innerhalb von sieben Jahren im früheren Bundesgebiet um 3,8 %, während sich die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 4,6 % verringerte. In den neuen Bundesländern dagegen sank die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer in diesem Zeitraum um 18,6 % bzw. 13,2 %.[45]

Wie die folgende Abbildung zeigt, lag der Anteil der männlichen Nichterwerbspersonen[46] an der männlichen Bevölkerung im früheren Bundesgebiet im April 1998 bei 43,0 % und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost bei 41,8 %. Die weiblichen Nichterwerbspersonen hatten im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 60,3 % an der gesamten weiblichen Bevölkerung. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug ihr Anteil 51,4 %.

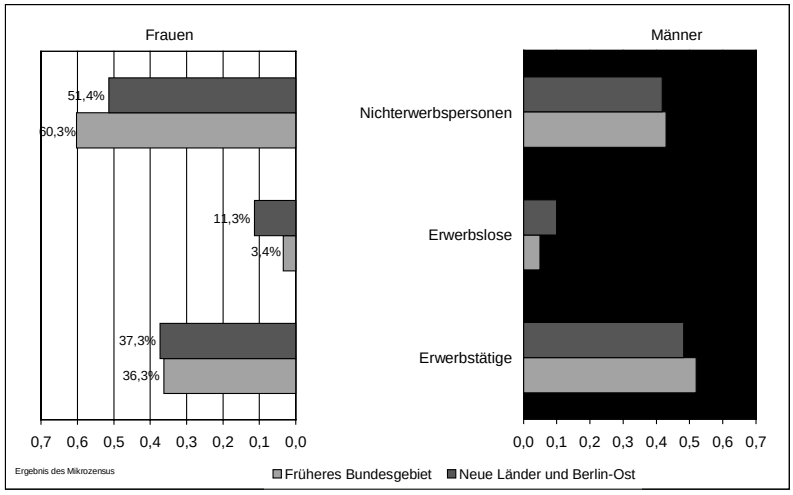
[43] Im April 1991 und 1998 gab es zwar in beiden Teilen Deutschlands einen Frauenüberschuß, aber es waren weniger Frauen als Männer erwerbstätig. Die allgemeine Sexualproportion, die in der Bundesstatistik nach der Formel (Frauen/Männer)*100 berechnet wird und das Geschlechtsverhältnis der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, betrug zu diesem Zeitpunkt im früheren Bundesgebiet 105,2 und in den neuen Bundesländern 105,0. Vgl. auch Abels (1991), S. 77.

[44] Die Frauenquote (Männerquote) gibt an, wieviel Prozent von der Gesamtanzahl der Erwerbstätigen im April 1998 Frauen (Männer) waren.

[45] Vgl. dazu Tabelle 7 im Anhang.

[46] Das sind Personen, die weder eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben noch suchen. Die Personen, die keinerlei auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeiten ausüben, werden auch Nichterwerbstätige genannt. Zu diesem Personenkreis zählen z. B. Kleinkinder, Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre oder Hausfrauen.

Abbildung 2.3: Bevölkerung 1998 nach Beteiligung am Erwerbsleben



Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Bemerkenswert ist, daß die Frauenerwerbstätigkeit im April 1991 in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch deutlich höher war als im früheren Bundesgebiet.[47] Wie aus der Abbildung 2.3 ersichtlich ist, hat sich der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in beiden Teilgebieten nahezu angeglichen. Allerdings ist diese Annäherung nicht freiwillig vonstatten gegangen, was durch den gegenüber dem früheren Bundesgebiet deutlich höheren Anteil der Erwerbslosen und den niedrigeren Anteil der Nichterwerbspersonen in Ostdeutschland zum Ausdruck kommt.[48]

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland kann mit Hilfe der Erwerbslosenzahl, der Arbeitslosenzahl oder der Arbeitslosenquote quantifiziert werden.[49] Im Rahmen des Mikrozensus wird die Erwerbslosenzahl repräsentiert. Von 1991 bis 1998 stieg im früheren Bundesgebiet die Zahl der Erwerbslosen insgesamt um 64,9 % von rund 1,68 Mill. auf 2,76 Mill. an. In den neuen Bundesländern gab es im April 1998 insgesamt rund 1,64 Mill. erwerbslose Personen. Im Vergleich zum Mikrozensus im April 1991 nahmen sie demzufolge um 69,6 % zu. In den alten Bundesländern war die Zahl der erwerbslosen Männer größer und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost geringer als die Zahl der erwerbslosen

[47] Vgl. dazu Tabelle 6 im Anhang.
[48] Vgl. auch Knop (1998), S. 746.
[49] Nach dem Erwerbskonzept (Volkszählung, Mikrozensus mit integrierter EG-Arbeitskräftestichprobe) zählen zu den Erwerbslosen alle Personen, die nach eigenen Angaben in der Mikrozensus-Befragung keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausübten, sich aber innerhalb der letzten vier Wochen um eine Arbeitsstelle bemühten, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind. Dadurch kann diese Zahl höher als die von der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Arbeitslosenzahl sein. Im Gegensatz dazu zählen Arbeitslose, die vorübergehend eine geringfügige Nebentätigkeit ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen. Vgl. Statistisches Jahrbuch (1998), S. 100.

Frauen. Dafür ist, wie bereits erwähnt, der Anteil der weiblichen Nichterwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland. [50]

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg registrierte im Jahr 1997 rund 4,4 Mill. Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland. Erstmals wurden über 3 Mill. Arbeitslose für das frühere Bundesgebiet ausgewiesen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hat sich die Arbeitslosenzahl seit 1996 erhöht, es gab 1997 rund 1,4 Mill. Arbeitslose. Abschließend ist zu sagen, daß die Arbeitslosenquote in beiden Teilen Deutschlands jährlich weiter angestiegen ist und im Jahr 1997 im früheren Bundesgebiet bei 11,0 % und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost bei 19,5 % lag. Die Zahl der offenen Stellen[51] belief sich 1997 in den alten Bundesländern auf rund 282.000 und in den neuen Bundesländern auf rund 56.000.[52]

2.4 Konjunkturelle Entwicklung in Ost und West

Als Hauptindikator zur Konjunkturbeschreibung in der Bundesrepublik Deutschland dient u. a. die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP),[53] d. h. des BIP in Preisen von 1991. Das BIP repräsentiert den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung. Es umfaßt die Gesamtheit aller während eines Jahres in einem bestimmten Gebiet (Inland) hergestellten Waren und Dienstleistungen, wobei die Erwerbstätigen und Kapitaleigner[54] nicht unbedingt ihren ständigen Wohnsitz in diesem Gebiet haben müssen (Inlandskonzept).[55]

Im Jahr 1997 lag die jährliche Wachstumsrate des realen BIP in den neuen Bundesländern erstmals seit der deutschen Vereinigung unter derjenigen im früheren Bundesgebiet. Im Jahr 1998 fiel das Wachstum in Ostdeutschland erneut schwächer aus als in Westdeutschland, was hauptsächlich durch den Rückgang im Baugewerbe verursacht wurde.[56] Das reale BIP erhöhte sich 1998 in den

---

[50] Siehe Tabelle 2.5.
[51] Dabei handelt es sich um zu besetzende Arbeitsplätze, die von den Arbeitgebern dem Arbeitsamt gemeldet worden sind. Vgl. Statistisches Jahrbuch (1998), S.100.
[52] Vgl. dazu die Tabellen 8 und 9 im Anhang.
[53] Zur Konjunkturanalyse in Deutschland kann auch der Index der Nettoproduktion des Produzierenden Gewerbes herangezogen werden.
[54] Diese Personen stellen die Produktionsfaktoren bereit.
[55] Im Gegensatz dazu liegt dem Bruttosozialprodukt (BSP) das Inländerkonzept zugrunde. Das BSP umfaßt die Gesamtheit aller durch die ständige Wohnbevölkerung eines Gebietes während eines Jahres nachgefragten bzw. beanspruchten Güter. Vgl. Frey (1993), S. 66 – 67.
[56] Siehe Tabelle 12 im Anhang.

neuen Bundesländern um 2,1 % (1997: +1,7 %) und in den alten Bundesländern um 2,9% (1997: +2,3%).

Tabelle 2.6: Reales Bruttoinlandsprodukt[1)]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Ergebnis der VGR

Jahr	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1992	1,8	7,8
1993	-2,0	9,3
1994	2,1	9,6
1995	1,5	5,2
1996	1,3	1,9
1997	2,3	1,7
1998	2,9	2,1

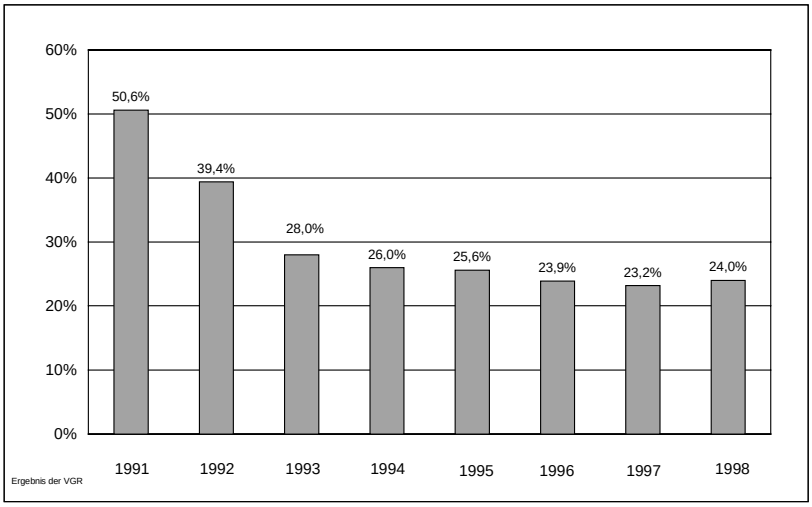
[1)] BIP in Preisen von 1991. - Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.
Datenquellen: Wirtschaft und Statistik 3/1998 und 1/1999.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen am BIP in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 1998 in der Bundesrepublik Deutschland um 2,8 % (West: 2,8 %; Ost: 2,5 %).[57] Sie entsprach in den neuen Bundesländern 59,5% des Wertes im früheren Bundesgebiet und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte verschlechtert. Die Lohnkosten, d. h. die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, je Arbeitnehmer erreichten im Jahr 1998 in den neuen Ländern und Berlin-Ost 73,7 % (Vorjahr: 74,4 %) des Lohnniveaus im früheren Bundesgebiet. Die Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft, die sich aus dem Verhältnis Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer zur Arbeitsproduktivität ergeben, waren in Ostdeutschland um 24,0 % höher als in Westdeutschland.[58]

Die Lohn-Produktivitäts-Lücke in den neuen Ländern und Berlin-Ost gibt die Überschreitung des Lohnstückkostenniveaus des früheren Bundesgebietes an. Diese Lohn-Produktivitäts-Lücke konnte in den ersten Jahren nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sehr schnell verkleinert werden. Im Jahr 1991 überschritten die Lohnstückkosten in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet noch um 50,6 %. Im Jahr 1993 waren es 28%. Seitdem wurden nur geringfügige Verbesserungen erzielt.[59]

[57] Im Jahr 1997 stieg die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik Deutschland um 3,6% (West: 3,3%; Ost: 4,9%).
[58] Vgl. Hartmann et al. (1999), S. 13 – 14.
[59] In welchem Ausmaß die Lohnstückkosten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen das Westniveau überschritten haben, geht aus der Tabelle 10 im Anhang hervor. Vgl. auch Schmalwasser (1998), S. 186 – 187.

Abbildung 2.4: Lohn-Produktivitäts-Lücke in den neuen Bundesländern



Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1998.

Welchen Beitrag die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum BIP leisten, läßt sich mit Hilfe der (unbereinigten) Bruttowertschöpfung darstellen. Werden die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch abgesetzt und die nichtabziehbare Umsatzsteuer sowie die Einfuhrabgaben hinzugerechnet, kann davon das BIP abgeleitet werden.[60] Konjunkturbestimmend ist in der Bundesrepublik Deutschland vor allem das Produzierende Gewerbe, das zur Zeit etwa ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbringt. Gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen stieg die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe 1998 gegenüber 1997 insgesamt um 3,9 % an. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe vollzog sich eine sehr dynamische Entwicklung. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, das vor allem von der gestiegenen Auslandsnachfrage profitieren konnte, erhöhte sich in der Bundesrepublik Deutschland 1998 gegenüber 1997 um 6,2 %.[61] Die Untergliederung nach Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes verdeutlichte, daß sich im Jahr 1998 hauptsächlich bei den Investitions- und Gebrauchsgüterproduzenten die Produktion erhöht hat. Im Gegensatz dazu stagnierte die Verbrauchsgüterproduktion.[62]

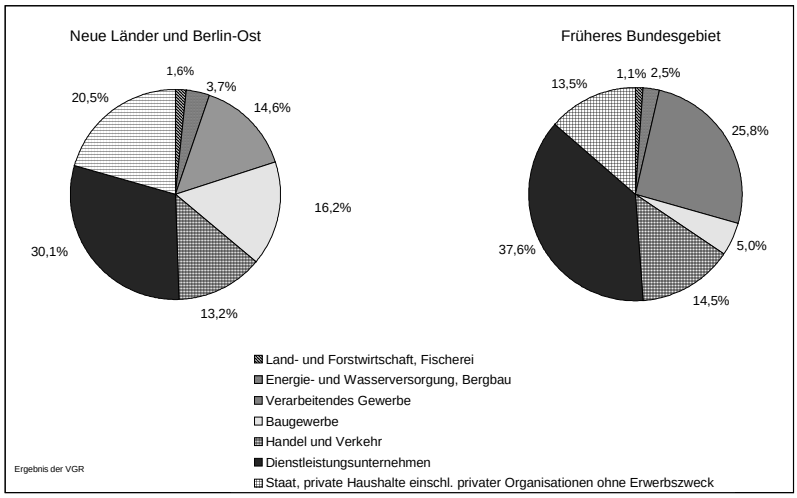
In den neuen Ländern und Berlin-Ost setzte sich der wirtschaftliche Aufholprozeß im Verarbeitenden Gewerbe weiter fort. Die reale Bruttowertschöpfung erhöhte sich 1998 um gut 12 %, und das Auslandsumsatzvolumen stieg um ca. 31,5 %.[63]

---

[60] Vgl. Strohm et al. (1998), S. 215.
[61] 1997 nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber 1996 um 4,2 % zu. Siehe dazu Tabelle 11 im Anhang.
[62] Vgl. Hartmann et al. (1999), S. 15.
[63] Ebenda, S. 16.

Zwar liegt die Exportquote erst bei etwa 17 %,[64] aber offensichtlich gelingt es den ostdeutschen Unternehmen, sich allmählich auf den Auslandsmärkten zu etablieren. Die günstige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hat sich leider nicht auf die anderen Wirtschaftsbereiche in den neuen Bundesländern übertragen. Beispielsweise war die Umsatzentwicklung im Handel nicht so stark ausgeprägt wie im früheren Bundesgebiet. Das kann mit der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zusammenhängen.[65] Im Dienstleistungssektor ist ebenfalls eine nachlassende Dynamik zu beobachten.[66]

Abbildung 2.5: Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche an der unbereinigten Bruttowertschöpfung 1996 in jeweiligen Preisen



Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1998.

Die Abbildung 2.5 verdeutlicht, daß sich die Wirtschaftsstruktur in beiden Teilen Deutschlands im Jahr 1996 bereits deutlich angenähert hat. Zwar haben die Nichtmarktproduzenten Staat, private Haushalte sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck in den neuen Bundesländern einen höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche als in den alten Bundesländern, aber die privaten und öffentlichen Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel und Verkehr) haben in beiden Teilgebieten zusammen ein annähernd gleiches Gewicht. Das Produzierende Gewerbe leistete im Jahr 1996 in Ost und West prozentual in etwa den gleichen Beitrag zur gesamten Wertschöpfung, wobei das Baugewerbe in den neuen Bundesländern einen gut elf Prozentpunkte höheren und das Verarbeitende

[64] Im früheren Bundesgebiet liegt die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe bei ungefähr 35 %. Vgl. Hartmann et al. (1999), S. 16.
[65] Siehe Kapitel 2.3.
[66] Siehe dazu Tabelle 12 im Anhang.

Gewerbe einen gut elf Prozentpunkte geringeren Anteil an der nominellen Bruttowertschöpfung hatte als in den alten Bundesländern.[67]

In den Jahren 1992 bis 1994 verzeichnete der Unternehmenssektor in Ostdeutschland zweistellige Wachstumsraten. Dazu haben das Baugewerbe, 1992 Handel bzw. Dienstleistungsunternehmen und ab 1993 das Verarbeitende Gewerbe sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung beigetragen.[68] Seit Anfang 1995 ist in der Bundesrepublik Deutschland die reale Bruttowertschöpfung im Baugewerbe rückläufig. Während sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost der Kapazitätsabbau in der Bauwirtschaft fortsetzt, zeichnet sich im früheren Bundesgebiet eine Stabilisierung ab. Sowohl die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe als auch die Baugenehmigungen sind in den neuen Bundesländern weiter zurückgegangen. Im früheren Bundesgebiet sind dagegen im Jahr 1998 die Auftragseingänge wieder leicht gestiegen, und die Baugenehmigungen nahmen zu. Die Insolvenzen im Baugewerbe stiegen in beiden Teilen Deutschlands weiter an.

Der Bereich Handel und Verkehr wurde in der Bundesrepublik Deutschland von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe besonders begünstigt. Dort haben sich vor allem die Umsatzsteigerungen im produktionsnahen und außenhandelsabhängigen Großhandel sowie die zunehmende Transportleistung im Güterverkehr niedergeschlagen. Darüber hinaus zeichnete sich im Vergleich zu 1997 auch beim Einzelhandel eine Verbesserung der Inlandsnachfrage ab. Ebenfalls vollzog sich bei der Nachrichtenübermittlung eine expansive Entwicklung. Die reale Bruttowertschöpfung erhöhte sich in diesem Bereich in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998 insgesamt um 3,4 %.[69] Im Dienstleistungssektor stieg die reale Bruttowertschöpfung 1998 gegenüber 1997 um 4,4 % an. Besonders dynamisch war die Entwicklung im Bereich der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Der Wirtschaftsbereich Wohnungsvermietung[70] erwies sich dagegen als relativ konjunkturunabhängig.[71]

Zum Wirtschaftswachstum im Jahr 1998 trugen die Auslandsnachfrage und die Investitionen in Ausrüstungen überdurchschnittlich bei. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen nahm 1998 real um 5,9 % zu, während die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen real um 5,2 % stieg. Der reale Außenbeitrag

[67] Vgl. auch Schmalwasser (1998), S. 184 – 185.
[68] Vgl. dazu Tabelle 12 im Anhang.
[69] Siehe dazu Tabelle 11 im Anhang.
[70] Er berücksichtigt den gesamten Wohnungsbestand einschließlich der Eigentümerwohnungen.
[71] Vgl. Hartmann et al. (1999), S. 15 – 16.

(Ausfuhr minus Einfuhr) erhöhte sich somit um 7,4 Mrd. DM auf 32,1 Mrd. DM. Die Terms of Trade[72] verbesserten sich im Berichtsjahr um 1,9 %.[73] Die Ausrüstungsinvestitionen hatten 1998 einen realen Anstieg von 8,6 % zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind der Private Verbrauch mit 1,7 % und der Staatsverbrauch mit 0,5 % nur unterdurchschnittlich gewachsen. Die Bauinvestitionen sind gegenüber 1997 erneut um 4,2 % zurückgegangen.[74] Auf die Zusammensetzung des Privaten Verbrauchs wird in Kapitel 4.2.2 näher eingegangen.

3 Einkommen der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland

3.1 Sozio-ökonomische Struktur der privaten Haushalte

Bevor eine Beschreibung des Einkommens und der Einkommensquellen, insbesondere der Einkommensstruktur der Einpersonenhaushalte, erfolgt, soll zunächst die sozio-ökonomische Struktur der privaten Haushalte dargestellt werden. Diese Struktur läßt sich anhand der Haushaltsgröße und der Zusammensetzung privater Haushalte analysieren. Je nach Größe und Zusammensetzung der privaten Haushalte lassen sich Schlußfolgerungen für das Konsumverhalten der Bevölkerung ableiten. Beispielsweise fällt beim Vergleich des Ausstattungsgrades bzw. Ausstattungsbestandes[75] der privaten Haushalte mit PKW zwischen Ost und West auf, daß die Unterschiede in der Ausrüstung in beiden Teilgebieten mit zunehmender Haushaltsgröße abnehmen.[76] Ebenfalls erhöht sich mit zunehmender Anzahl der Personen im Haushalt die Ausstattung der privaten Haushalte mit Personalcomputern.[77]

---

[72] Die Terms of Trade ermitteln das reale Austauschverhältnis zwischen Importen und Exporten eines Landes. Sie geben an, wie viele Güter ein Land exportieren muß, um eine bestimmte Menge Güter importieren zu können.

[73] Die Ausfuhrpreise lagen um 0,4 % über dem Vorjahresniveau, während die Einfuhrpreise um 1,5 % sanken.

[74] Vgl. dazu Tabelle 13 im Anhang. Siehe auch Hartmann et al. (1999), S. 16 – 19.

[75] Zur Erläuterung dieser beiden statistischen Maßgrößen siehe Kapitel 4.1.2.1.

[76] Während laut EVS im Jahr 1998 von den Einpersonenhaushalten rund 52 % im früheren Bundesgebiet und nur ungefähr 35 % in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost ein Auto besaßen, waren von den Vierpersonenhaushalten in beiden Teilgebieten gut 96 % mit einem PKW ausgestattet. Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1999a), S. 59 und 198.

[77] Während von den Einpersonenhaushalten im früheren Bundesgebiet gut 15 % im Besitz eines Computers waren, waren es in den neuen Bundesländern ca. 10 %. In den Haushalten, wo mindestens 5 Personen wohnten, war in beiden Teilen Deutschlands in ca. jedem zweiten Haushalt ein PC vorhanden. Ebenda. Zur Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern siehe Kapitel 4.1.2.1.

Weil in beiden Teilen Deutschlands ein Wandel in der Struktur der Größe der privaten Haushalte in die Richtung kleiner Haushalte zu beobachten ist, soll nachfolgend die Entwicklung der Haushaltsgröße und insbesondere die Entwicklung und Struktur der Einpersonenhaushalte untersucht werden.

3.1.1 Voraussichtliche Entwicklung der Haushaltsgröße bis zum Jahr 2015

Die Entwicklung der Haushaltsgröße hängt einerseits von demographischen Faktoren und andererseits von verhaltensorientierten Komponenten der Haushaltsbildung ab.[78] Nach den Ergebnissen des Mikrozensus ist die Gesamtzahl der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet von 1975 bis 1998 um 29,1 % gestiegen, während die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum nur um 8,5 % zugenommen hat. Es vollzog sich somit ein Verkleinerungsprozeß der privaten Haushalte, der auch auf den Trend zur Individualisierung zurückzuführen ist.[79] Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat sich in diesem Zeitraum von 6,5 Mill. auf 11,1 Mill. erhöht. Ebenso sind die Zweipersonenhaushalte von 6,7 Mill. auf 10 Mill. angestiegen, weil u. a. durch die steigende Lebenserwartung die nachelterliche Phase, in der Ehepaare ohne ihre Kinder zusammenleben, verlängert wird. Dagegen ging die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen von 2,5 Mill. auf 1,5 Mill. zurück.[80]

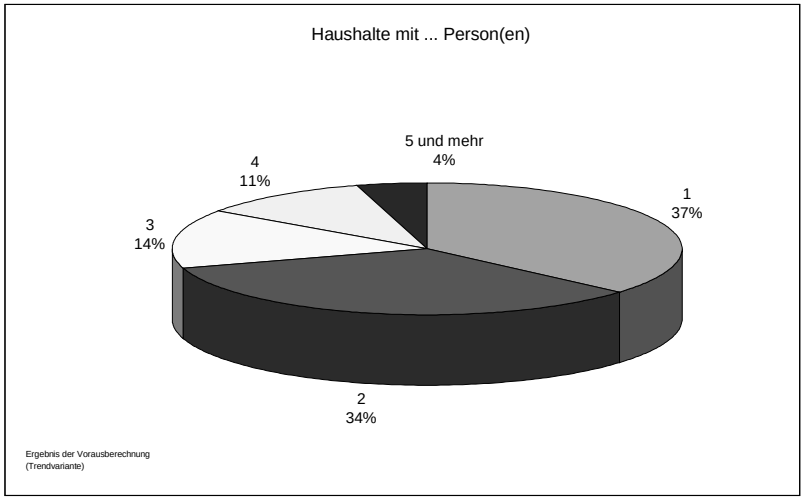
Im Jahr 1991 wurde der Mikrozensus zum ersten Mal in Ostdeutschland durchgeführt. Die Zahl der privaten Haushalte betrug 6,7 Mill. und hat sich bis zum Jahr 1998 nur geringfügig auf 6,9 Mill. erhöht. Diese Erhöhung ist auf den Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte zurückzuführen, denn die Bevölkerungszahl ist innerhalb von sieben Jahren um ca. 614.000 Personen bzw. 3,9 % zurückgegangen. Der Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist u. a. auf die innerdeutschen Wanderungen zurückzuführen. Bis zum Ende des Jahres 1997 gab es immer noch einen Binnenwanderungsüberschuß zugunsten Westdeutschlands.[81] Im Zeitraum von 1991 bis 1998 erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von 1,8 Mill. auf 2,2 Mill. und die Zahl der Zweipersonenhaushalte

[78] Demographische Faktoren, die die Haushaltsgröße verändern, sind z. B. Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Zu den verhaltensorientierten Komponenten der Haushaltsbildung zählen Eheschließung, Ehescheidung oder der Auszug aus dem Elternhaus und die Gründung eines eigenen Haushalts.
[79] Vgl. Voit et al. (1996), S. 92.
[80] Vgl. dazu die Tabelle 14 im Anhang.
[81] Darauf wurde bereits in Kapitel 2.2 eingegangen. Siehe Tabelle 2.3.

von 2,1 Mill. auf rund 2,4 Mill. Demgegenüber haben sich die Haushalte mit drei, vier, fünf und mehr Personen verringert.[82]

Der steigende Trend zu kleineren Haushalten sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern wird durch die sinkenden Geburtenzahlen, durch die zunehmende Zahl der Unverheirateten und die steigenden Scheidungsziffern der jüngeren Generation verstärkt.[83] Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich von 1991 bis 1998 sowohl in West als auch in Ost verringert. Sie beträgt 2,18 Personen je Haushalt im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt sie mit 2,22 Personen je Haushalt etwas darüber.[84]

Abbildung 3.1: Erwartete Haushaltsstruktur
in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2015



Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 2/1996.

Wie aus der Tabelle 15 im Anhang ersichtlich ist, werden sich nach der Haushaltsvorausberechnung der amtlichen Statistik die privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost in ihrer Haushaltsgröße bis zum Jahr 2015 in etwa an das frühere Bundesgebiet angleichen. Die Einpersonenhaushalte, die im Jahr 1998 einen Anteil von 32 % an allen privaten Haushalten in Ostdeutschland hatten, werden entsprechend dieser Vorausberechnung auf 36 % ansteigen. In gut 70 % der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland werden dann höchstens noch zwei Personen leben, in fast 15 % der privaten Haushalte werden drei Personen leben, und in ungefähr 15 % der privaten Haushalte werden vier, fünf oder mehr Personen zusammen wohnen. Die durchschnittliche Haus-

[82] Vgl. dazu Tabelle 15 im Anhang.
[83] Siehe Kapitel 2.2.
[84] Vgl. dazu die Tabellen 14 und 15 im Anhang.

haltsgröße wird in den alten Bundesländern bis zum Jahr 2015 auf 2,15 und in den neuen Bundesländern sogar auf 2,12 Personen je Haushalt sinken.[85]

Bei der Haushaltsvorausberechnung der amtlichen Statistik wurde die Trendvariante zugrunde gelegt. Die Trendvariante berücksichtigt neben den demographischen Faktoren auch das geänderte Haushaltsbildungsverhalten und deren Auswirkungen. Es werden die derzeitigen altersspezifischen Haushaltsmitgliederquoten[86] über ihren künftigen Verlauf extrapoliert.[87] Dabei sind bestimmte Annahmen und Tendenzen der Haushaltsbildung von besonderer Bedeutung. Beispielsweise wird der Trend zu Einpersonenhaushalten durch die anhaltende Tendenz zur Individualisierung jüngerer und älterer Menschen gestützt. Weiterhin wird infolge der steigenden Lebenserwartung der Anteil der allein zusammenlebenden Ehepaare in der Phase, wo die Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben, erhöht. Außerdem tragen, wie bereits erwähnt, zunehmende Kinderlosigkeit und niedrige Geburtenhäufigkeit sowie sinkende Heiratsneigung und steigende Scheidungsziffern der jüngeren Generation verstärkt zur Bildung von kleineren Haushalten mit zwei bzw. drei Personen bei.[88] Die Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung werden z. B. für die Abschätzung des künftigen Wohnungsbedarfs und der Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern sowie für die Prognose des Energieverbrauchs bzw. der Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen in der sozialen Infrastruktur benötigt.[89]

Ein Alternativverfahren der Haushaltsvorausberechnung der amtlichen Statistik ist die Status-quo-Variante. Sie geht von den Haushaltsmitgliederquoten des aktuellen Berichtsjahres aus und verwendet diese in unveränderter Form bis zum Ende des Prognosezeitraumes. Demzufolge wird diese Haushaltsprognose nur von künftigen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur beeinflußt. Die Status-quo-Variante prognostiziert für das Jahr 2015 im früheren Bundesgebiet eine der

---

[85] Vgl. dazu die Tabellen 14 und 15 im Anhang.

[86] Mit Hilfe der altersspezifischen Haushaltsmitgliederquote wird prozentual der Anteil der Personen, die einer entsprechenden Haushaltsgröße angehören, an der Gesamtzahl der Personen gleichen Alters und Geschlechts angegeben. Die Summe der Quoten über alle Haushaltsgrößen ist für jede Altersgruppe gleich 100.

[87] Zu den Einzelheiten der Vorgehensweise bei der Haushaltsvorausberechnung siehe Paul/Voit/Hammes (1992), S. 620 - 621.

[88] Der generelle Trend zu kleineren Haushalten wird nur teilweise von der ausländischen Bevölkerung, die in der Regel in größeren Haushalten zusammenleben, abgeschwächt bzw. zeitlich verzögert. Über einen langen Zeitraum ist von einer allmählichen Angleichung in der Haushaltsstruktur der ausländischen und der deutschen Bevölkerung auszugehen.

[89] Siehe Voit et al. (1996), S. 90 - 91.

Trendvariante ähnliche Struktur der einzelnen Haushaltsgrößen.[90] Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die künftig zu erwartenden Haushaltsstrukturen wesentlich durch die die Bevölkerungsentwicklung bestimmenden demographischen Faktoren beeinflußt werden und weniger auf Verhaltensänderungen in der Haushaltsbildung zurückzuführen sind. In den neuen Bundesländern wird dagegen nach der Status-quo-Variante der Anstieg der Gesamtzahl der privaten Haushalte deutlich niedriger ausfallen. Sowohl absolut als auch prozentual treten die Einpersonenhaushalte und die Haushalte mit fünf bzw. mehr Personen geringer auf als nach der Trendvariante. Die Ursache dafür ist, daß die verhaltensorientierte Komponente im Osten Deutschlands, aufgrund der seit 1990 bestehenden gesellschaftlichen Umbruchsituation, ein weitaus höheres Gewicht auf die künftige Haushaltsbildung hat als die demographische Komponente. Die Anteilswerte der Drei- und Vierpersonenhaushalte sind mit 17,2 und 12,5 % etwas höher als bei der Trendvariante.[91]

3.1.2 Entwicklung und Struktur der Single-Haushalte

In einem Single-Haushalt wohnen entweder alleinstehende Frauen oder alleinstehende Männer. Sie sind in jeder Altersklasse vertreten und führen bzw. bewirtschaften allein einen Haushalt. In der EVS 1998 waren 15.086 Einpersonenhaushalte vertreten.[92] Nach der Hochrechnung der EVS auf die Grundgesamtheit[93] wurden rund 12,8 Mill. Einpersonenhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland ermittelt.[94] Ungefähr 10,7 Mill. Einpersonenhaushalte wurden für das frühere Bundesgebiet ausgewiesen und fast 2,1 Mill. Einpersonenhaushalte für die neuen Länder sowie Berlin-Ost. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen privaten Haushalten ist nach der EVS in den neuen Bundesländern im Zeitablauf 1993 bis 1998 von 29 % auf 31 % gestiegen. In den alten Bundes-

---

[90] Vgl. dazu Tabelle 14 im Anhang.
[91] Siehe dazu Tabelle 15 im Anhang. Vgl. auch Voit et al. (1996), S. 93 – 95.
[92] Siehe dazu Tabelle 16 im Anhang.
[93] Die Stichprobenhaushalte, die an der EVS teilnehmen, werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Die Grundgesamtheit bei der EVS 1998 spiegelten die ermittelten Privathaushalte des Mikrozensus 1997 wider. Darauf wird näher im Kapitel 4.1.1 eingegangen.
[94] Im Rahmen des Mikrozensus im April 1998 wurden ca. 13,3 Mill. Einpersonenhaushalte für die Bundesrepublik Deutschland ermittelt. Vgl. dazu die Tabellen 14 sowie 15 im Anhang. Durch die EVS wurden weniger Einpersonenhaushalte repräsentiert als durch den Mikrozensus, weil bei der EVS die in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen nicht einbezogen werden. Darauf wird in Kapitel 4.1 eingegangen.

ländern hat er sich von 34 % auf rund 36 % erhöht.[95] Diese Anteilswerte spiegelte in etwa auch der Mikrozensus 1998 wider.

Die Zahl der alleinlebenden Frauen in Einpersonenhaushalten ist größer als die Zahl der alleinlebenden Männer. Im Januar 1998 lebten laut EVS in der Bundesrepublik Deutschland knapp 65 % alleinstehende Frauen und gut 35 % alleinstehende Männer in Einpersonenhaushalten.[96] Der Anteil der alleinlebenden Frauen ist in den neuen Bundesländern höher als im früheren Bundesgebiet. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre läßt vermuten, daß in Ostdeutschland die Anzahl der alleinlebenden Männer zukünftig mehr zunehmen wird als die der alleinlebenden Frauen. Im früheren Bundesgebiet nahm die Zahl der alleinlebenden Frauen von 1993 bis 1998 um etwa 366.000 Personen zu. Die Zahl der alleinlebenden Männer erhöhte sich in demselben Zeitraum um ungefähr 478.000 Personen.

Tabelle 3.1: Einpersonenhaushalte[1)] nach Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	EVS 1993		EVS 1998	
	1.000	%	1.000	%
	Früheres Bundesgebiet			
Alleinlebende Frauen	6.409	65,1	6.775	63,4
Alleinlebende Männer	3.438	34,9	3.916	36,6
Einpersonenhaushalte insgesamt	**9.847**	**100,0**	**10.691**	**100,0**
	Neue Länder und Berlin-Ost			
Alleinlebende Frauen	1.345	70,1	1.463	69,8
Alleinlebende Männer	575	29,9	634	30,2
Einpersonenhaushalte insgesamt	**1.920**	**100,0**	**2.097**	**100,0**

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquellen: Wirtschaftsrechnungen (1997a), S. 44 – 45; (1999a), S. 24 – 25.

Die größte Gruppe der Alleinlebenden waren 1998 die “Senioren“, d. h. Männer und Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren. Rund 38 % der Menschen in Deutschland, die in Einpersonenhaushalten leben, gehörten zu dieser Altersgruppe. Im Jahr 1991 gehörten fast 41 % der Alleinlebenden zu dieser Altersgruppe. Der Anteil der 65jährigen und älteren Alleinlebenden ist von 1991 bis 1998 in der Bundesrepublik Deutschland zurückgegangen. Dagegen haben die Frauen und Männer zwischen 25 und 45 Jahren in Einpersonenhaushalten prozentual in diesem Zeitraum zugenommen.

[95] Vgl. dazu Tabelle 17 im Anhang.
[96] Nach dem Mikrozensus im April 1998 lebten gut 58 % alleinstehende Frauen und rund 42 % alleinstehende Männer in Einpersonenhaushalten, wobei der Anteil der alleinlebenden Frauen im April 1991 noch bei 63 % lag und jährlich zurückgegangen ist.

Tabelle 3.2: Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen
Deutschland

Jahr[1)]	Einpersonen-haushalte	Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren							
		unter 25		25 - 45		45 - 65		65 und mehr	
	1.000	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]
1991	**11.858**	1.153	**9,7**	3.238	**27,3**	2.635	**22,2**	4.832	**40,7**
1992	**12.044**	1.113	**9,2**	3.380	**28,1**	2.664	**22,1**	4.887	**40,6**
1993	**12.378**	1.087	**8,8**	3.629	**29,3**	2.718	**22,0**	4.945	**39,9**
1994	**12.747**	1.059	**8,3**	3.789	**29,7**	2.829	**22,2**	5.070	**39,8**
1995	**12.889**	1.031	**8,0**	3.939	**30,6**	2.868	**22,3**	5.051	**39,2**
1996	**13.191**	1.034	**7,8**	4.127	**31,3**	2.987	**22,6**	5.043	**38,2**
1997	**13.259**	992	**7,5**	4.188	**31,6**	3.035	**22,9**	5.044	**38,0**
1998	**13.295**	1.025	**7,7**	4.177	**31,4**	3.098	**23,3**	4.995	**37,6**

[1)] 1991 bis 1998 Ergebnisse des Mikrozensus.- [2)] Anteil an den Einpersonenhaushalten insgesamt.
Datenquellen: Statistische Jahrbücher (1993); (1994); (1995); (1996); (1997); (1998); Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (1995); (1998) Vorbericht.

Über 40 % der alleinlebenden Frauen sind Witwen, die 65 Jahre und älter sind. Die größte Gruppe der alleinlebenden Männer sind ledig und zwischen 25 und 45 Jahren alt. Insgesamt sind gut 60% der alleinlebenden Männer ledig und 50% der alleinlebenden Frauen verwitwet.[97] Die kleinste Gruppe der in Einpersonenhaushalten Lebenden bilden mit 7,7 % die weiblichen und männlichen Alleinlebenden, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die 25- bis 45jährigen Alleinlebenden haben von 27,3 % im Jahr 1991 auf 31,4 % im Jahr 1998 zugenommen, wobei in dieser Altersklasse fast zwei Drittel männlich und gut ein Drittel weiblich sind.[98] Die Ursache für den Anstieg Alleinlebender in dieser Altersklasse ist vor allem auf das geänderte Heiratsverhalten von Frauen und Männern zurückzuführen. Das durchschnittliche Erstheiratsalter der Frauen erhöhte sich in der Bundesrepublik Deutschland auf 27,6 Jahre und der Männer auf 30 Jahre.[99] Viele junge Leute gründen nach dem Auszug aus dem Elternhaus zunächst einen eigenen Haushalt und ziehen erst später mit ihrem Partner zusammen. Außerdem sind verlängerte Ausbildungszeiten sowie die gestiegenen Mobilitätsanforderungen zentrale Faktoren für den Anstieg der Single-Haushalte.[100]

[97] Vgl. dazu die Tabellen 19 und 20 im Anhang.
[98] Es sind weniger alleinlebende Frauen als Männer in dieser Altersklasse vertreten, weil die Frauen oftmals Alleinerziehende von Kindern sind.
[99] Im Jahr 1991 lag das durchschnittliche Erstheiratsalter der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland noch bei 26,1 Jahren und der Männer bei 28,5 Jahren. Vgl. dazu die Tabellen 4 und 5 im Anhang. Siehe auch Kapitel 2.2.
[100] Vgl. Engstler (1997), S. 66.

Tabelle 3.3: Alleinlebende Frauen nach Altersgruppen
Deutschland

Jahr[1)]	Alleinlebende Frauen		Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren							
			unter 25		25 - 45		45 - 65		65 und mehr	
	1.000	%[2)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]
1991	**7.481**	**63,1**	579	**7,7**	1.209	**16,2**	1.541	**20,6**	4.153	**55,5**
1992	**7.557**	**62,7**	562	**7,4**	1.267	**16,8**	1.543	**20,4**	4.185	**55,4**
1993	**7.681**	**62,1**	546	**7,1**	1.354	**17,6**	1.556	**20,3**	4.225	**55,0**
1994	**7.792**	**61,1**	534	**6,9**	1.389	**17,8**	1.587	**20,4**	4.282	**55,0**
1995	**7.800**	**60,5**	529	**6,8**	1.415	**18,1**	1.609	**20,6**	4.247	**54,4**
1996	**7.875**	**59,7**	533	**6,8**	1.481	**18,8**	1.654	**21,0**	4.206	**53,4**
1997	**7.840**	**59,1**	511	**6,5**	1.482	**18,9**	1.663	**21,2**	4.184	**53,4**
1998	**7.777**	**58,5**	514	**6,6**	1.443	**18,6**	1.688	**21,7**	4.132	**53,1**

Tabelle 3.4: Alleinlebende Männer nach Altersgruppen
Deutschland

Jahr[1)]	Alleinlebende Männer		Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren							
			unter 25		25 - 45		45 - 65		65 und mehr	
	1.000	%[2)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]	1.000	%[3)]
1991	**4.377**	**36,9**	574	**13,1**	2.029	**46,4**	1.094	**25,0**	679	**15,5**
1992	**4.487**	**37,3**	551	**12,3**	2.113	**47,1**	1.121	**25,0**	702	**15,6**
1993	**4.697**	**37,9**	541	**11,5**	2.275	**48,4**	1.162	**24,7**	720	**15,3**
1994	**4.955**	**38,9**	525	**10,6**	2.400	**48,4**	1.242	**25,1**	788	**15,9**
1995	**5.089**	**39,5**	502	**9,9**	2.524	**49,6**	1.259	**24,7**	804	**15,8**
1996	**5.316**	**40,3**	501	**9,4**	2.646	**49,8**	1.333	**25,1**	837	**15,7**
1997	**5.419**	**40,9**	481	**8,9**	2.706	**49,9**	1.372	**25,3**	860	**15,9**
1998	**5.518**	**41,5**	511	**9,3**	2.734	**49,5**	1.410	**25,6**	863	**15,6**

[1)] 1991 bis 1998 Ergebnisse des Mikrozensus.- [2)] Anteil an den Einpersonenhaushalten insgesamt.- [3)] Anteil an allen alleinlebenden Frauen bzw. Männern.
Datenquellen: Statistische Jahrbücher (1993); (1994); (1995); (1996); (1997); (1998); Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (1995); (1998) Vorbericht.

Werden die Einpersonenhaushalte nach sozialen Gruppen differenziert, so ist festzustellen, daß sowohl in West als auch in Ost die alleinlebenden Rentnerinnen[101] nach der EVS 1998 die größte Gruppe der Einpersonenhaushalte bildeten.[102] Angestellte, die in einem Einpersonenhaushalt leben, hatten im früheren Bundesgebiet im Jahr 1998 einen Anteil von 22,8 % an allen Einpersonenhaushalten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost beträgt ihr Anteil nur 14,4 %. Alleinlebende Landwirte sind in beiden Teilen Deutschlands am seltensten vorzufinden. Beamteneinpersonenhaushalte haben ebenfalls einen geringen Anteil. Sie führen ebenso wie Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige häufig mit mindestens einer Person gemeinsam einen Haushalt.

[101] Dies zeigte auch die Differenzierung der Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen.
[102] Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil alleinlebender Rentnerinnen innerhalb von fünf Jahren zurückgegangen, denn laut EVS 1993 hatten sie dort noch einen Anteil von 35,2 % an allen Einpersonenhaushalten. Im Gegensatz dazu stieg in den neuen Ländern und Berlin-Ost der Anteil alleinlebender Rentnerinnen im Zeitablauf 1993 bis 1998 von 43,2 % auf 47,2 %.

Tabelle 3.5: Soziale Gruppen der Einpersonenhaushalte
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Soziale Stellung	EVS 1998					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
	Früheres Bundesgebiet					
Landwirte/-innen	24	0,2	24	0,2	-	-
Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige	475	4,4	290	2,7	185	1,7
Beamte/Beamtinnen	348	3,3	165	1,5	183	1,7
Angestellte	2.441	22,8	854	8,0	1.587	14,8
Arbeiter/-innen	1.440	13,5	980	9,2	460	4,3
Arbeitslose	681	6,4	365	3,4	316	3,0
Nichterwerbstätige ohne Rentner/-innen	940	8,8	392	3,7	548	5,1
Rentner/-innen	4.342	40,6	846	7,9	3.496	32,7
Einpersonenhaushalte	**10.691**	**100,0**	**3.916**	**36,6**	**6.775**	**63,4**
	Neue Länder und Berlin-Ost					
Landwirte/-innen	2	0,1	-	-	2	0,1
Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige	54	2,6	39	1,9	15	0,7
Beamte/Beamtinnen	31	1,5	15	0,7	16	0,8
Angestellte	302	14,4	109	5,2	193	9,2
Arbeiter/-innen	288	13,7	209	10,0	79	3,8
Arbeitslose	216	10,3	80	3,8	136	6,5
Nichterwerbstätige ohne Rentner/-innen	57	2,7	24	1,1	33	1,6
Rentner/-innen	1.147	54,7	158	7,5	989	47,2
Einpersonenhaushalte	**2.097**	**100,0**	**634**	**30,2**	**1.463**	**69,8**

Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), S. 24 – 25.

3.2 Einkommenssituation der privaten Haushalte

Das Einkommen privater Haushalte korreliert mit der Haushaltsgröße. Je mehr Personen zum Haushalt gehören, um so höher ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, weil mit der Zahl der Personen im Haushalt normalerweise auch die Zahl der Einkommensbezieher steigt. Wie die Tabelle 21 im Anhang verdeutlicht, nimmt mit steigender Personenzahl der Anteil der Haushalte in den drei obersten Einkommensklassen zu.[103]

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen steigt in der Regel nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt, sondern erhöht sich degressiv. Deshalb verringert sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mit jeder weiteren Person. Ein Zusammenhang besteht ebenfalls zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und der Zahl der Kinder im Haushalt. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der Haushalte mit mindestens zwei Kindern zu.[104] Darauf wird in diesem Kapitel nicht näher eingegangen. Im folgenden wird die Einkommensstruktur der Einpersonenhaushalte näher untersucht.

[103] Allerdings stellen die Haushalte mit fünf und mehr Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5.000 bis unter 7.500 DM eine Ausnahme dar.
[104] Vgl. Hertel (1997), S. 49 - 50.

3.2.1 Einkommensaggregate in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Zentrales Erhebungsziel der EVS ist der Nachweis der Einkommensverteilung und –verwendung der privaten Haushalte. Zunächst werden die Einkommensaggregate der EVS beschrieben. Es gibt vier verschiedene Einkommensaggregate in der EVS. Dazu gehören das *Haushaltsbruttoeinkommen*, das *Haushaltsnettoeinkommen*, die mit dem verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) am weitestgehenden übereinstimmenden *ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen* sowie die *Gesamteinnahmen*.

Das *Haushaltsbruttoeinkommen* enthält alle dem Haushalt zugeflossenen regelmäßigen Einkommensströme.[105] Steuertechnische Korrekturen sind bei diesem Aggregatwert noch nicht vorgenommen, d. h. Einkommen- und Vermögensteuern[106] sind noch nicht abgezogen. Außerdem enthält das *Haushaltsbruttoeinkommen* die Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung.

Das *Haushaltsnettoeinkommen* ist das Einkommen, das dem Haushalt regelmäßig zur Verfügung steht. Es ergibt sich aus dem um Steuern und Sozialabgaben verminderten Haushaltsbruttoeinkommen. Die Höhe des Betrages wird durch die vierteljährlichen Aufzeichnungen in den Haushaltsbüchern[107] und im Rahmen des Einführungsinterviews der EVS durch direkte Befragung erhoben. Oftmals weicht der erfragte Wert von dem im Haushaltsbuch aufgeschriebenen Wert ab. Erfahrungsgemäß wird der erfragte Wert häufig unterschätzt. Möglicherweise werden Einkommensbestandteile vergessen, so daß die in den Haushaltsbüchern aufgeschriebenen Haushaltsnettoeinkommen in der Regel zuverlässiger sind. Das Haushaltsnettoeinkommen wird für Verteilungsrechnungen ausgewertet und dient als Wohlstandsindikator.[108]

Die *ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen* als wichtigste Bezugsgröße für die Darstellung der Ausgabenstruktur bilden die Leistungsgröße, die den privaten Haushalten für unterschiedliche Verwendungszwecke zur Verfügung steht. Sie unterscheiden sich vom Haushaltsnettoeinkommen durch die Berücksichtigung der einmaligen und unregelmäßigen Übertragungen, sofern diese Werte

---

[105] Im einzelnen sind das die Bruttoeinkommen aus unselbständiger bzw. selbständiger Arbeit, die Einnahmen aus Vermögen, die Einkommen aus öffentlichen bzw. nichtöffentlichen Transferzahlungen, die Einkommen aus Untervermietung sowie die einmaligen Einkommensübertragungen.

[106] Vermögensteuer wird seit 1.1.1997 nicht erhoben.

[107] Die privaten Haushalte, die an der EVS teilnehmen, führen über ihre Einnahmen und Ausgaben ein Haushaltsbuch.

[108] Vgl. Hertel (1997), S. 47 – 48.

2.000 DM überschreiten.[109] Weiterhin sind in den *ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen* die Einnahmen aus Untervermietung sowie aus Verkäufen selbst erzeugter bzw. gebrauchter Waren im Haushalt enthalten.[110] Der größte Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wird für den Privaten Verbrauch verwendet.[111] Als Restgröße, nach Abzug der Aufwendungen für den Privaten Verbrauch und der sonstigen Ausgaben[112] von den *ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen,* ergibt sich die Ersparnis.[113] Je niedriger das Einkommen ist, um so mehr muß der Haushalt anteilmäßig für Nahrungsmittel ausgeben und um so geringer ist die Sparquote. Diese Erkenntnis aus dem Jahre 1857 geht auf Ernst Engel zurück, der als Wegbereiter der Statistik der Wirtschaftsrechnungen in Deutschland gilt.[114]

In den *Gesamteinnahmen* sind die gesamten Einkommen der privaten Haushalte enthalten. Die Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind noch nicht abgesetzt. In diesem Wert sind sowohl die Einnahmen aus der Auflösung von Sach- und Geldvermögen als auch aus der Kreditaufnahme enthalten. Darin besteht der wesentliche Unterschied zu den drei anderen Aggregatgrößen. Die *Gesamteinnahmen* sind in der Bilanz der Gegenposten zu den Gesamtausgaben der privaten Haushalte. Beide Größen stimmen somit überein.

3.2.2 Einkommensstruktur der Single-Haushalte 1993

Die Einkommenssituation der privaten Haushalte, insbesondere der Single-Haushalte, soll mit Hilfe des Haushaltsnettoeinkommens beschrieben werden. Im

---

[109] Dieser Betrag war bei der EVS 1993 festgelegt.

[110] In der Praxis weichen die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wertmäßig nur geringfügig vom Haushaltsnettoeinkommen ab.

[111] Vgl. Datenreport (1997), S. 110. Die Abbildung 4.5 gibt einen Überblick über die Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen im Jahr 1993 je Haushalt und Monat. Auf die Aufwendungen der Einpersonenhaushalte für den Privaten Verbrauch wird näher in Kapitel 4.2.2 eingegangen.

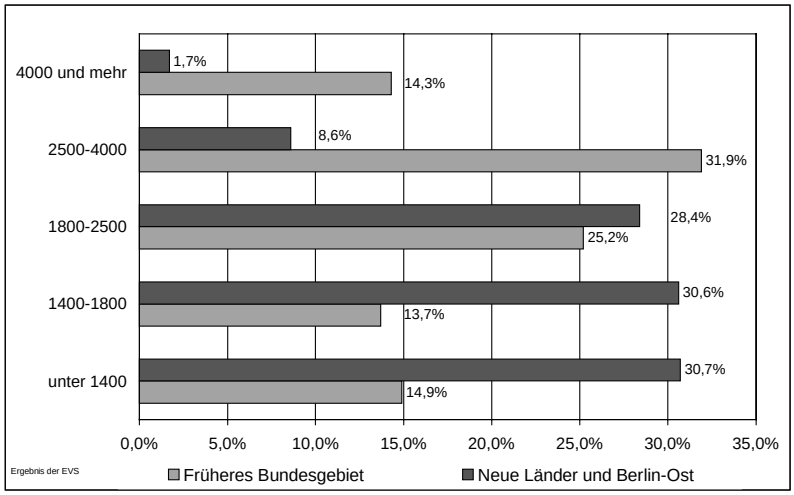
[112] Zu den sonstigen Ausgaben gehören z. B. Kraftfahrzeugsteuern oder freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung. Siehe Kapitel 4.2.1.

[113] Siehe Kapitel 4.2.1 Fußnote 203.

[114] Vgl. Chlumsky/Ehling (1997), S. 455. Siehe auch Tabelle 4.9 S. 70.

Jahr 1993[115] erreichte das Haushaltsnettoeinkommen der Einpersonenhaushalte in den neuen Bundesländern etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Im früheren Bundesgebiet hatten die Alleinlebenden monatlich im Durchschnitt rund 2.720 DM und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost rund 1.770 DM zur Verfügung.[116] Die Diskrepanzen in der Einkommensstruktur zwischen Ost und West sind das Spiegelbild der schlechteren Arbeitsmarktlage, der geringeren Produktivität und der daraus resultierenden niedrigeren Löhne in den neuen Bundesländern.

Abbildung 3.2: Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens der Einpersonenhaushalte 1993



Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1997a).

Im Jahr 1993 war die Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Ost und West noch sehr unterschiedlich.[117] Wie die Abbildung 3.2 verdeutlicht, traten diese Unterschiede auch bei den Einpersonenhaushalten auf. Während in Westdeutschland 71,4 % der Einpersonenhaushalte monatlich mehr als 1.800 DM zur Verfügung hatten, waren es in Ostdeutschland nur 38,7%. Mehr als die Hälfte der Einpersonenhaushalte in den neuen Bundesländern hatte ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen, das unter 1.800 DM lag.

Wie die Tabelle 3.6 zeigt, überwogen in Ost und West die Altersgruppe über 65 Jahre und die Jugendlichen unter 25 Jahren in den niedrigeren Haushaltsnettoeinkommensklassen. Die mittleren Altersgruppen konnten im Monat größtenteils über ein Haushaltsnettoeinkommen verfügen, das mehr als 1.800 DM betrug. Gut

[115] Die Ergebnisse der EVS 1998 über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte wurden bisher noch nicht veröffentlicht.
[116] Vgl. dazu Tabelle 22 im Anhang.
[117] Vgl. Hertel (1997), S. 49 – 50.

ein Drittel der 25- bis 45jährigen Alleinlebenden war in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost in der Haushaltsnettoeinkommensklasse 1.800 bis unter 2.500 DM vertreten. Im früheren Bundesgebiet befanden sich gut ein Drittel dieser Altersgruppe in der darüberliegenden Haushaltsnettoeinkommensklasse.[118]

Tabelle 3.6: Schichtung der Einpersonenhaushalte[1)] 1993 nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und dem Alter
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
	unter 1400	1400-1800	1800-2500	2500-4000	4000 und mehr
	Früheres Bundesgebiet				
unter 25	[37,9][2)]	[17,4][2)]	27,3	[16,7][2)]	- [3)]
25-45	14,3	10,0	21,6	36,9	17,2
45-65	12,2	10,3	19,7	35,0	22,8
65 und älter	14,5	18,0	30,7	27,9	8,7
	Neue Länder und Berlin-Ost				
unter 25	- [3)]	- [3)]	- [3)]	- [3)]	- [3)]
25-45	[24,2][2)]	[22,9][2)]	36,1	[14,7][2)]	2,1
45-65	24,9	28,4	28,3	15,5	2,9
65 und älter	33,2	37,2	26,5	- [3)]	0,7

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [3)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Es bestehen jedoch nicht nur Einkommensunterschiede in den Altersgruppen, sondern auch zwischen Frauen und Männern. Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es deutliche Abweichungen in der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens bei den alleinlebenden Frauen und Männern. Knapp 50 % der alleinlebenden Männer in den neuen Bundesländern hatten mehr als 1.800 DM im Monat zur Verfügung, wobei nur rund 14 % in der Haushaltsnettoeinkommensklasse 2.500 bis unter 4.000 DM vertreten waren. Bei fast zwei Dritteln der alleinlebenden Frauen in den neuen Bundesländern lag das monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1.800 DM, bei 35 % betrug es weniger als 1.400 DM. In den alten Bundesländern war das monatliche Haushaltsnettoeinkommen der alleinlebenden Frauen höher. Gut zwei Drittel der weiblichen Bezugspersonen hatten im Jahr 1993 monatlich mehr als 1.800 DM zur Verfügung und ca. 40 % mehr als 2.500 DM. Bei den Männern waren es gut die Hälfte, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen über 2.500 DM lag. 20 % der männlichen westdeutschen Bezugspersonen hatten 4.000 DM und mehr monatlich zur Verfügung.

[118] Vgl. Guttmann (1997), S. 424.

Tabelle 3.7: Schichtung der Einpersonenhaushalte[1)] 1993 nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
	unter 1400	1400-1800	1800-2500	2500-4000	4000 und mehr
	Früheres Bundesgebiet				
Alleinlebende Frau	14,2	15,9	28,9	30,0	11,0
Alleinlebender Mann	16,4	9,6	18,2	35,3	20,5
	Neue Länder und Berlin-Ost				
Alleinlebende Frau	35,0	30,9	26,4	6,4	- [3)]
Alleinlebender Mann	[20,7][2)]	[29,7][2)]	33,2	13,9	- [3)]

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [3)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Der Vergleich des durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommens der einzelnen sozialen Gruppen in Einpersonenhaushalten in Tabelle 3.8 verdeutlicht, daß die Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen im früheren Bundesgebiet finanziell am besten gestellt waren. Die Arbeitslosen hatten in beiden Teilen Deutschlands im Durchschnitt das geringste monatliche Haushaltsnettoeinkommen, wobei sie in den neuen Bundesländern durchschnittlich 160 DM weniger als in den alten Bundesländern im Monat erhielten. Das höchste durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern wurde für die Angestellten ausgewiesen. Dennoch lag ihr Einkommen um fast 900 DM unter dem westdeutschen Niveau. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die einzelnen sozialen Gruppen in Einpersonenhaushalten im früheren Bundesgebiet nach den Ergebnissen der EVS 1993 ein höheres durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung hatten als in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost.

Tabelle 3.8: Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Einpersonenhaushalte[1)] 1993 nach sozialer Stellung der Bezugsperson
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in DM

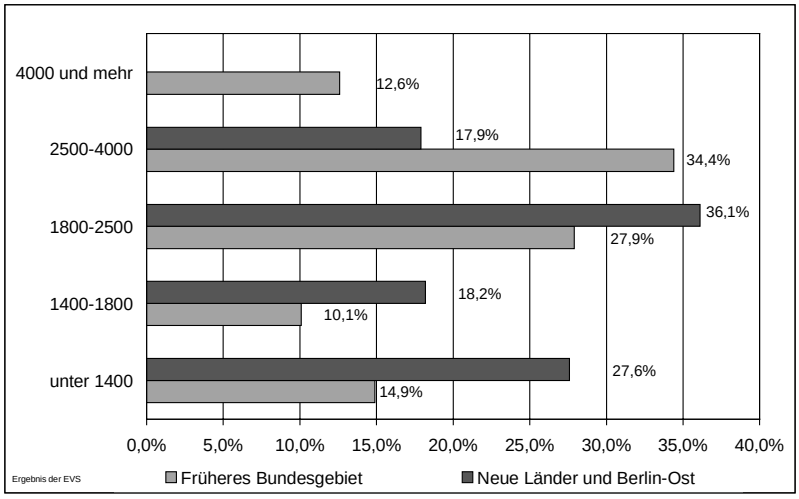
Soziale Stellung	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Landwirt/-in	- [2)]	- [2)]
Gewerbetreibende/-r, freiberuflich Tätige/-r	5.318	- [2)]
Beamter/Beamtin	4.221	- [2)]
Angestellte/-r	3.386	2.492
Arbeiter/-in	2.691	1.930
Arbeitslose/-r	1.434	1.274
Nichterwerbstätige/-r	2.306	1.607

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1997a).

3.2.3 Einkommen basierend auf der Selbsteinstufung der Single-Haushalte 1998

Die Selbsteinstufung der Single-Haushalte im Einführungsinterview der EVS 1998 ergab, daß innerhalb von fünf Jahren das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich gestiegen ist. Trotzdem bestanden acht Jahre nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion immer noch Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen Ost und West.

Abbildung 3.3: Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens basierend auf der Selbsteinstufung der Einpersonenhaushalte 1998



Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a).

Im Vergleich zur Abbildung 3.2 verfügte im Jahr 1998 gut die Hälfte der Einpersonenhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost über mindestens 1.800 DM Haushaltsnettoeinkommen im Monat. Daß noch Einkommensunterschiede zwischen Ost und West bestehen, zeigen die deutlich niedrigeren Anteile der ostdeutschen Einpersonenhaushalte in der Haushaltsnettoeinkommensklasse 2.500 bis unter 4.000 DM. Die Anteile der Einpersonenhaushalte in der Einkommensklasse 4.000 und mehr DM sind in beiden Teilen Deutschlands zurückgegangen,[119] wobei, wie bereits erwähnt, das Haushaltsnettoeinkommen bei der Selbsteinstufung der befragten Haushalte häufig unterschätzt wird. Allerdings wird das Haushaltsnettoeinkommen keinesfalls nur im höheren Einkommensbereich unterschätzt, sondern in allen Haushaltsnettoeinkommensklassen.[120]

[119] Für die neuen Länder und Berlin-Ost gibt es keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
[120] Vgl. Bedau/Krause (1998), S. 213 – 215.

Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1993 61,3 % der Einpersonenhaushalte unter 1.800 DM netto monatlich verdienten, waren es 1998 nur noch 45,8 %. Im früheren Bundesgebiet verdienten 1993 monatlich 28,6 % und 1998 ein Viertel der Einpersonenhaushalte unter 1.800 DM. Der Anteil der Einpersonenhaushalte mit mehr als 1.800 DM monatlichem Haushaltsnettoeinkommen erhöhte sich in den neuen Bundesländern von 38,7 % auf 54 %. In den alten Bundesländern dagegen gab es im Vergleich zu 1993 anteilmäßig nur geringfügige Veränderungen in den einzelnen Haushaltsnettoeinkommensklassen. Abschließend ist zu sagen, daß im Zeitablauf von 1993 bis 1998 zwar eine Annäherung aber noch keine Angleichung in der Einkommensverteilung zwischen Ost und West stattgefunden hat.

Tabelle 3.9: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen basierend auf der Selbsteinstufung der Einpersonenhaushalte[1)] 1998
Ergebnis des Einführungsinterviews der EVS 1998
in Prozent

Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... unter DM	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
unter 1.000	5,3	8,3
1.000 - 1.400	9,6	19,3
1.400 - 1.800	10,1	18,2
1.800 - 2.200	14,0	21,8
2.200 - 2.500	13,9	14,3
2.500 - 3.000	17,2	11,9
3.000 - 3.500	11,3	4,7
3.500 - 4.000	5,9	1,3
4.000 - 4.500	4,5	- [2)]
4.500 - 5.000	3,0	- [2)]
5.000 - 6.000	2,8	- [2)]
6.000 - 7.000	1,1	- [2)]
7.000 - 10.000	0,9	- [2)]
10.000 - 15.000	0,3	- [2)]
15.000 - 35.000	- [2)]	- [2)]

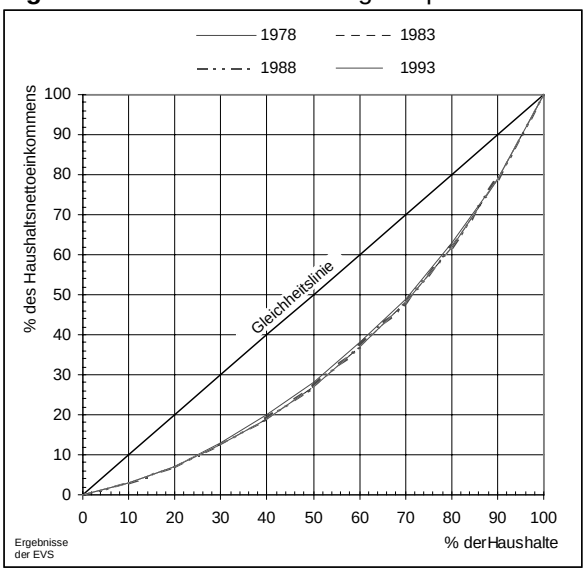
[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), S. 73 – 87 und S. 208 – 221; eigene Berechnungen.

3.2.4 Relative Einkommenskonzentration

Als relative Konzentrationsmaße zur Quantifizierung der Disparität der Einkommensverteilung stehen die Lorenzkurve und der Gini-Koeffizient zur Verfügung. Es gibt vier verschiedene Konzentrationszustände, die eine Aussage darüber treffen, ob die Einkommensverteilung im Vergleich zu früheren Erhebungen gleichmäßiger oder ungleichmäßiger geworden ist. Je enger die Lorenzkurve an der Gleichverteilungslinie liegt, umso höher ist die Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung. Wird der Verlauf der Lorenzkurve zunehmend konvexer, verringert sich die Gleich-

mäßigkeit der Einkommensverteilung.[121] Allerdings sagt der Kurvenverlauf nichts über die Verteilungsgerechtigkeit aus.[122] *"Bewertungen, ob Einkommensverteilungen gegenüber früheren Erhebungen gerechter geworden sind oder nicht, vereinbaren sich nicht mit dem Anspruch wertfreier objektiver Berichterstattung."*[123]

Abbildung 3.4: Einkommensverteilung der privaten Haushalte[1)]



[1)] Ohne Haushalte mit besonders hohem Einkommen (1978: monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 20.000 DM und mehr; 1983 und 1988: 25.000 DM und mehr; 1993: 35.000 DM und mehr) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 1/1997.

Das Statistische Bundesamt erstellte für die Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1978, 1983, 1988 und 1993 im früheren Bundesgebiet jeweils eine Lorenzkurve. Der Abstand zwischen Lorenzkurve und Gleichverteilungslinie war 1978 am geringsten und somit die Gleichmäßigkeit der Einkommensverteilung am höchsten. Auf den ersten Blick war kein Unterschied zwischen den Kurvenverläufen der Erhebungsjahre 1988 und 1993 festzustellen. Um geringe Abweichungen deutlich zu machen, wurden die den Kurvenverläufen zugrunde liegenden Dezilwerte ermittelt. Diese ergeben sich aus dem Verhältnis verschiedener Einkommensbeträge bzw. –schwellen. Die Bevölkerung wird in zehn gleich große Gruppen von Einkommensbeziehern gegliedert (Dezile), und es werden drei Schwellenwerte verwendet. Der Wert 90 trennt die reichsten 10 % der Bevölkerung von den 90 % der Bevölkerung mit darunterliegenden Einkommen. Der Wert 50 als Median teilt die Hälfte der Bevölkerung mit höheren Einkommen von der mit niedrigeren Einkommen, und der Wert 10 grenzt die 10 % ärmsten von den 90 %

[121] Vgl. Übersicht 1 im Anhang.
[122] Vgl. Hertel (1997), S. 56.
[123] Hertel (1997), S.55.

der Bevölkerung mit darüberliegenden Einkommen ab.[124] *"Die Relationen zwischen diesen Einkommensschwellen (90:10; 90:50; 50:10) sind robuste Indikatoren der Einkommensungleichheit."*[125] Im obersten Dezil erhöhte sich der relative Anteil des Haushaltsnettoeinkommens um 0,3 Prozentpunkte, und im ersten Dezil verringerte er sich um 0,2 Prozentpunkte.[126] Das kann als Konzentrationszunahme bzw. zunehmende Disparität der Einkommensverteilung im Zeitablauf von 1988 bis 1993 interpretiert werden. Bei dieser Annahme ist zu berücksichtigen, daß die oberen Abschneidegrenzen beim Haushaltsnettoeinkommen unterschiedlich waren[127] bzw. daß die Ausländerhaushalte in die EVS 1993 regulär einbezogen wurden.[128]

Neben der graphischen Darstellung der Disparität der Einkommensverteilung ist stets der Gini-Koeffizient (GK) zu berechnen, um die Stärke der Einkommenskonzentration zu quantifizieren. Der Gini-Koeffizient ergibt sich, indem die Fläche zwischen der Hauptdiagonalen (Gleichverteilungslinie) und der Lorenzkurve durch die Fläche des Dreiecks unterhalb der Hauptdiagonalen dividiert wird.

$$GK = \left[\sum_{i=1}^{k} \left(F_{i-1} + F_i \right) q_i \right] - 1$$

Der Gini-Koeffizient liegt im Definitionsbereich $0 \leq \mathrm{GK} \leq 1$. Bei $\mathrm{GK} = 0$ liegt keine Konzentration vor, d. h. das Einkommen ist vollkommen gleichmäßig verteilt. Bei $\mathrm{GK} = 1$ besteht vollständige Konzentration und somit vollkommene Disparität der Einkommensverteilung. Die Gini-Koeffizienten für die Jahre 1988 und 1993 lagen bei 0,329 und 0,332.[129] Daraus läßt sich nicht unmittelbar eine Konzentrationszunahme ableiten. Die Auswertung der Lorenzkurve in Verbindung mit dem Gini-Koeffizienten ergab, daß trotz der hohen Einkommenszuwächse zwischen 1988 und 1993 bei den privaten Haushalten im früheren Bundesgebiet kein genereller Konzentrationsprozeß stattgefunden hat.[130]

---

[124] Vgl. Datenreport (1997), S. 505.
[125] Datenreport (1997), S. 505, 507.
[126] Vgl. dazu Tabelle 23 im Anhang.
[127] Bei der EVS 1988 war die obere Abschneidegrenze beim Haushaltsnettoeinkommen 25.000 DM und bei der EVS 1993 35.000 DM. Das bedeutet, daß Haushalte 1988 mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25.000 DM und mehr bzw. 1993 von 35.000 DM und mehr bei der Aufbereitung der EVS-Ergebnisse nicht berücksichtigt wurden.
[128] Vgl. Hertel (1997), S. 56. Auf die Einbeziehung der Ausländerhaushalte in die EVS wird in Kapitel 4.1 näher eingegangen.
[129] Die Gini-Koeffizienten wurden für unterschiedliche Abschneidegrenzen des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens ermittelt. Wie bereits erwähnt, betrug bei der EVS 1988 die obere Abschneidegrenze 25.000 DM und bei der EVS 1993 35.000 DM.
[130] Vgl. Hertel (1997), S. 56 – 57.

Die stärksten Zuwächse zwischen 1988 und 1993 traten beim Einkommen aus Vermögen auf. Der Gini-Koeffizient für diese Einkommensart lag 1988 bei 0,569 und 1993 bei 0,590.[131] Daraus läßt sich eine geringfügige Konzentrationszunahme ableiten. Vor allem die Ein- und Zweipersonenhaushalte konnten sich relativ verbessern. Für die Zweipersonenhaushalte wurden 1993 die höchsten Einkommensanteile aus Vermögen verbucht. Für die Einpersonenhaushalte erhöhten sich die Anteile der Einkommen aus Vermögen am Haushaltsbruttoeinkommen von 8,4% im Jahr 1988 auf 10,5% im Jahr 1993.[132]

Abschließend ist zu sagen, daß die Einkommensungleichheit der Haushaltsmitglieder im Zeitraum von 1990 bis 1995 in den neuen Bundesländern zunahm, jedoch noch nicht das westdeutsche Ausmaß erreicht hat. Dies verdeutlichen die Gini-Koeffizienten, die auf der Datenbasis des sozio-ökonomischen Panels (SOEP)[133] ermittelt wurden. Der Gini-Koeffizient für das frühere Bundesgebiet[134] stieg im Zeitraum von 1990 bis 1995 von 0,260 auf 0,275, während er in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 0,183 auf 0,215 zugenommen hat.[135]

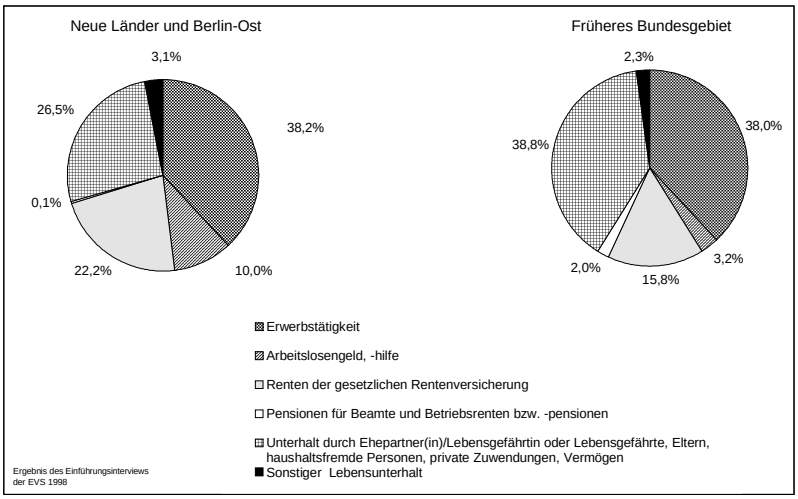
3.3 Überwiegender Lebensunterhalt der privaten Haushalte

Die Bevölkerung kann ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Rente, Pension oder Vermögen bestreiten. Weiterhin besteht die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung durch Angehörige.[136] Nach den Angaben der Haushalte im Einführungsinterview der EVS bestritten 1998 in beiden Teilen Deutschlands ca. 38% aller im Haushalt lebenden Personen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Bei den übrigen Einkommensquellen bestanden zwischen Ost und West erhebliche Strukturunterschiede.

---

[131] Die Gini-Koeffizienten wurden für die Abschneidegrenze 35.000 DM des monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ermittelt.
[132] Vgl. Hertel (1997), S. 58.
[133] Auch im Bereich der nichtamtlichen Statistik werden Haushaltsbefragungen durchgeführt. Dazu gehört beispielsweise das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) mit einem Stichprobenumfang von rund 6.000 Haushalten im Jahr. Diese Befragungen werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) seit 1984 im früheren Bundesgebiet und seit 1990 auch in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost durchgeführt. Das SOEP beruht im Unterschied zur EVS auf einer Zufallsstichprobe ohne Erfassungsgrenzen im oberen Einkommensbereich. Zu weiteren Ausführungen zum SOEP siehe Bedau/Krause (1998), S. 223 – 232.
[134] Zuwanderer blieben bei der Ermittlung der Einkommensungleichheit unberücksichtigt.
[135] Vgl. Datenreport (1997), S. 506 – 507.
[136] Vgl. Abels (1991), S. 105 – 106.

Abbildung 3.5: Struktur der in den befragten Haushalten lebenden Personen nach deren überwiegenden Lebensunterhalt im Jahr 1998



Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1998).

In den neuen Bundesländern war der Anteil der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezieher 1998 dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern. Eine Erklärung dafür ist die höhere Arbeitslosenquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Des weiteren ist der Anteil der Hausfrauen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Ehepartner beziehen, in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland.[137] Die finanzielle Unterstützung durch Haushaltsmitglieder oder haushaltsfremde Personen sowie Vermögen war im früheren Bundesgebiet bei rund 39 % der in den Haushalten lebenden Personen der überwiegende Lebensunterhalt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden dagegen anteilmäßig nur rund 27 % durch Haushaltsmitglieder bzw. haushaltsfremde Personen finanziell unterstützt oder bezogen ihren Lebensunterhalt aus Vermögen.

Weitere Strukturunterschiede ergaben sich bei den Rentenzahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Während in Ostdeutschland gut 22 % der im Haushalt lebenden Personen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung bestritten, waren es in Westdeutschland nur knapp 16 %. Anteilmäßig erhielten 2 % der Haushaltsmitglieder im früheren Bundesgebiet Pensionen bzw. Betriebsrenten. Beim sonstigen Lebensunterhalt, z. B. bei der Sozialhilfe, waren die Unterschiede zwischen Ost und West nicht so groß.[138]

[137] Vgl. Tabelle 2.5. Siehe auch Abbildung 2.3. Hausfrauen werden, wie in Kapitel 2.3 erwähnt, dem Personenkreis der Nichterwerbspersonen zugeordnet. Siehe Fußnote 46.
[138] Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1998).

4 Ausgaben der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland

4.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Datenbasis

Die EVS ist eine Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik über Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Mit Hilfe der Daten aus der EVS soll im folgenden untersucht werden, inwieweit Gemeinsamkeiten im Ausgabeverhalten der privaten Haushalte in Ost und West bestehen. Die EVS wird seit 1962/63 in fünfjährigem Abstand in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Im Jahr 1998 nahmen die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern zum zweiten Mal an der EVS teil. Die gültige Rechtsgrundlage für die Erhebung der EVS stellt das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. III Gliederungsnummer 708-6)[139] dar. Die Merkmale, die in der EVS erhoben werden, sind im § 2 dieses Gesetzes festgelegt. Nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte erstrecken sich die Erhebungen auf maximal 0,3 % aller privaten Haushalte und nach §4 in Verbindung mit §15 Abs. 1 Satz 1 BStatG ist die Erteilung der Auskunft freiwillig. Wegen der freiwilligen Befragung kann die Zuverlässigkeit der Ergebnisse eingeschränkt sein.[140]

Die EVS gehört wie die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) mit monatlicher Berichterstattung zu den Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Sie ist die größte nationale Erhebung in Europa.[141] Anhand der Ergebnisse der EVS, die eine wichtige Datengrundlage für Analysen und Planungen der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft darstellen, wird ein umfassender Überblick über die wirtschaftliche und soziale Lage privater Haushalte aller Bevölkerungsgruppen gegeben.[142] Bei der siebten EVS im Jahr 1993 wurden die Ausländerhaushalte regulär einbezogen,[143] wobei aber nicht einmal halb so viele teilnahmen, wie nach dem

[139] Veröffentlichte bereinigte Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34).

[140] Die Gruppe der Nichtantwortenden kann strukturell anders zusammengesetzt sein als diejenige, die sich an der Erhebung beteiligt hat. Es ist demzufolge schwer nachzuprüfen, ob der Erhebungsbefund repräsentativ ist. Vgl. v.d. Lippe (1990), S. 11.

[141] Aus dem Statement von Präsident Johann Hahlen zum Pressegespräch “Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998“ im November 1998. Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1998).

[142] Vgl. Chlumsky/Ehling (1997), S. 459.

[143] Bei der EVS 1988 wurden bereits zu Testzwecken erstmals Ausländerhaushalte einbezogen.

Stichprobenplan erforderlich gewesen wäre.[144] Somit kann deren Zahl und Zusammensetzung bisher nicht als repräsentativ angesehen werden.

Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr bleiben wegen der geringen Fallzahl in der Stichprobe bei der Aufbereitung der EVS-Ergebnisse unberücksichtigt. Des weiteren werden die in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen nicht in die EVS einbezogen. Nach § 5 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte werden die Ergebnisse der EVS zentral beim Statistischen Bundesamt aufbereitet.[145] Um den Nutzern die Ergebnisse frühzeitig bereitzustellen und eine Arbeitsentlastung der befragten Haushalte anzustreben, wurde die EVS 1998 neukonzipiert.[146]

4.1.1 Neukonzeption und Erhebungsablauf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Die Ziele der Neukonzeption der EVS 1998 waren neben der Erhöhung der Aktualität der veröffentlichten Daten und der Reduzierung des Erhebungsprogramms, das Verfahren von einer Quoten- auf eine Zufallsstichprobe umzustellen, die beiden Erhebungen EVS und LWR inhaltlich besser aufeinander abzustimmen und vor allem die Kosten für die statistische Aufbereitung zu senken.[147] Das Statistische Bundesamt konnte auch mit der EVS 1998 die Empfehlung vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT), das Verfahren auf eine Zufallsstichprobe umzustellen, nicht erfüllen. In fünf Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) wurde bereits im Rahmen einer Testerhebung nach § 7 Abs. 2 BStatG die Neukonzeption der LWR im Jahr 1996 als Zufallsstichprobe erprobt. Die Resonanz der teilnehmenden Haushalte war nicht besonders hoch. Es hatte sich gezeigt, daß nur zwischen 9 % und 15 % der ausgewählten Haushalte je nach Bundesland für eine freiwillige Teilnahme an der Erhebung gewonnen werden konnten. Die Quotenstichprobe hat zwar gegenüber

[144] Vgl. Bedau/Krause (1998), S. 213.
[145] Erhebungsziele, Erhebungsmerkmale und das Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren der EVS werden ausführlich von Euler (1992), S. 463 – 469, dargestellt.
[146] Die gültigen Rechtsgrundlagen für die Erhebung der EVS 1998 sind im Anhang enthalten.
[147] Vgl. Münnich (1997), S. 1 – 13.

der Zufallsstichprobe Nachteile,[148] aber aufgrund der geringen Teilnahmebereitschaft der privaten Haushalte an der bisher durchgeführten Zufallsstichprobe[149] und der höheren Kosten für die amtliche Statistik wurden die Stichprobenhaushalte bei der EVS 1998 wieder nach dem Quotenverfahren gewonnen.[150]

Die Quotierung der EVS 1998 erfolgte nach den Merkmalen Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin,[151] monatliches Haushaltsnettoeinkommen und Erhebungsquartal.[152] Die Grundgesamtheit, die der Mikrozensus 1995 repräsentiert, wurde anhand dieser Quotierungsmerkmale in Gruppen aufgeteilt. Anschließend erfolgte eine Zuordnung der erforderlichen Haushaltsquote zu der entsprechenden Gruppe.[153] Die Aufgabe der Statistischen Landesämter war, die entsprechende Zahl der Haushalte je Gruppe mit verschiedenen Werbemaßnahmen[154] zur Teilnahme an der EVS zu gewinnen. Allerdings hat das Interesse der privaten Haushalte, an der EVS teilzunehmen, mit jeder neuen Erhebung bundesweit abgenommen. Traditionell schwer für die Teilnahme an der EVS zu gewinnen sind vor allem die Haushalte von Selbständigen, Landwirten, Arbeitern, Nichterwerbstätigen und Personen mit überdurchschnittlich hohem Einkommen. Ausländerhaushalte waren zu einer Teilnahme an der EVS 1998 kaum bereit.[155] Die geringe Teilnahmebereitschaft trat auch bei den Beamten- und Angestelltenhaushalten auf, die sich bisher zahlreich an der EVS beteiligten. Wird die Teilnahmebereitschaft nach der Haushaltsgröße differenziert, so ist festzustellen, daß der Einpersonenhaushalt stets, mit Ausnahme bei der EVS 1988, unterrepräsentiert war.[156] Bemerkenswert

---

[148] Z. B. bekommen nicht alle Haushalte die Chance, an der EVS teilzunehmen. Verzerrungen in den Ergebnissen sind demzufolge nicht ausgeschlossen.

[149] Besonders bei den Randgruppen (z. B. Einzelperson, Elternteile mit Kind, Selbständige, reiche oder arme Haushalte) kommt es zu erheblich höheren Ausfallquoten, wobei gerade diesen Gruppen das besondere Interesse bei sozialpolitischen Analysen gilt. Es würden sehr wichtige Informationen im Rahmen der EVS bei einem Verlust dieser Haushaltstypen verloren gehen. Vgl. Hertel (1997), S. 46.

[150] Vgl. Kühnen (1999), S. 111 sowie Chlumsky/Ehling (1997), S. 459.

[151] Seit 1998 wird anstelle der “Bezugsperson“ der “Haupteinkommensbezieher“ verwendet. Er wird beim Einführungsinterview vom befragten Haushalt benannt. Der Haupteinkommensbezieher ist die Person, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen leistet. Die Festlegung des Haupteinkommensbeziehers ist somit aus der Sicht der Wirtschaftsrechnungen eine eindeutige Maßgröße, die durch den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen objektiviert wird. Vgl. Münnich/ Illgen (1999), S. 15.

[152] Vgl. Übersicht 2 im Anhang.

[153] Für eine ausführliche Beschreibung des Ablaufs der Quotenstichprobe siehe Kühnen (1999), S. 111 - 112.

[154] Z. B. durch Berichte in den Medien, durch Briefkastenwerbung oder durch Ansprechen von Personen, die bereits an anderen Statistiken (Mikrozensus, LWR u. ä.) bzw. der EVS 1993 teilnahmen.

[155] Vgl. Engels (1998), S. 170.

[156] Vgl. dazu Tabelle 24 im Anhang. Siehe auch Pöschl (1993), S. 387 - 389 und insbesondere zur Beteiligung der Berliner Haushalte an der EVS 1998 Engels (1998), S. 168 - 170.

ist diese Feststellung vor allem deshalb, weil die Zahl der Einpersonenhaushalte in den letzten Jahren stetig zugenommen hat.

Wie bereits im Jahr 1993 wurde ein durchschnittlicher Auswahlsatz von 0,2 % festgelegt. Dies entsprach einem Stichprobenumfang von 73.890 Haushalten.[157] Für die einzelnen Bundesländer wurden unterschiedliche Auswahlsätze gewählt. Die Länder mit geringer Bevölkerungs- und entsprechend niedriger Haushaltszahl wurden mit einem im Mittel höheren Auswahlsatz versehen und größere Länder mit einem im Mittel niedrigeren Auswahlsatz. Z. B. wurde für Bremen 0,25 % und für Nordrhein-Westfalen 0,18 % als Auswahlsatz festgelegt. Demzufolge werden die relativen Standardfehler für Bremen in etwa viermal so groß sein wie für Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 4.1: Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Bundesländer bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Land	Grundgesamtheit[1)] Zahl der Haushalte in 100	Erhebungssoll Zahl der Haushalte	Auswahlsatz in %
Baden-Württemberg	47.017	9.026	0,19
Bayern	53.395	10.118	0,19
Berlin	18.323	3.864	0,21
Brandenburg	10.736	2.390	0,22
Bremen	3.446	860	0,25
Hamburg	8.815	2.002	0,23
Hessen	27.076	5.496	0,20
Mecklenburg-Vorpommern	7.608	1.750	0,23
Niedersachsen	34.347	6.803	0,20
Nordrhein-Westfalen	80.317	14.614	0,18
Rheinland-Pfalz	17.575	3.719	0,21
Saarland	5.068	1.213	0,24
Sachsen	20.304	4.241	0,21
Sachsen-Anhalt	12.006	2.644	0,22
Schleswig-Holstein	12.586	2.752	0,22
Thüringen	10.760	2.398	0,22
Deutschland	369.379	73.890	0,20

[1)] Mikrozensus 1995. Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 2/1999.

Die Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Haushaltstypen erfolgte so, daß relativ hohe Auswahlsätze für die Gruppen “Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren“ bzw. “Sonstige Haushalte“ angesetzt wurden. Außerdem sollten vor allem die Haushalte von Selbständigen[158] sowie die Haus-

[157] Durch eine sukzessive Erhöhung der Quotenvorgabe vergrößert sich die Chance, auch Randgruppen, z. B. Alleinerziehende mit mindestens einem Kind oder Arbeitslosenhaushalte, zur Teilnahme an der EVS zu gewinnen.

[158] Dazu gehören u. a. Handwerker, Gewerbetreibende, Tierärzte, Apotheker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte oder Architekten.

halte mit hohem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in die EVS überproportional einbezogen werden.[159]

Tabelle 4.2: Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Haushaltstypen bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Haushaltstyp	Erhebungssoll Zahl der Haushalte	Auswahlsatz (Mikrozensus 1995) in %
Einpersonenhaushalte	18.146	0,14
Paare ohne Kinder	19.750	0,20
Alleinerziehende	3.226	0,28
Paare mit Kindern	18.498	0,23
darunter:		
Paare mit Kindern, höchstens ein Partner erwerbstätig	8.608	0,22
Paare mit Kindern, beide Partner erwerbstätig	6.572	0,21
Sonstige Haushalte	14.270	0,30
Insgesamt	73.890	0,20

Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 2/1999.

Die Erfassung der Einnahmen und Ausgaben basiert auf den vierteljährlichen Anschreibungen der privaten Haushalte in den Haushaltsbüchern. Im Einführungsinterview, das im Januar 1998 stattfand, wurden die Haushalte, die sich zur Teilnahme bereit erklärten, u. a. zur Größe und Zusammensetzung des Haushalts, zu demographischen Daten einzelner Haushaltsmitglieder, zur Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens, zum Sachvermögen, zur Wohnsituation sowie zur Ausstattung mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern befragt. Der Erhebungsablauf der EVS 1998 wurde im Vergleich zur EVS 1993 rationalisiert, um einerseits die Interviewer und Befragten zu entlasten und andererseits die Kosten für die statistische Aufbereitung zu reduzieren. Zunächst fiel die EVS-Schnellmeldung ersatzlos weg. Das Schlußinterview, das Fragen zum Geldvermögen und zu den Schulden enthielt, ist kein eigenständiger Erhebungsteil mehr. Diese Fragen wurden ins Haushaltsbuch aufgenommen. Des weiteren ist der Merkmalskatalog nicht mehr so umfangreich wie bei der EVS 1993. Um sicherzustellen, daß sich die Anschreibungen aller Haushalte möglichst gleichmäßig auf die zwölf Monate des Erhebungsjahres verteilen, wurde jedem Haushalt die dreimonatige Aufzeichnungsperiode nach einem Rotationsverfahren vorgegeben.[160]

[159] Vgl. Kühnen (1999), S. 112.

[160] Ansonsten besteht die Gefahr, daß beispielsweise die Zahl der anschreibenden Haushalte in den Monaten mit vielen Feier- oder Urlaubstagen deutlich geringer ist als in den übrigen Monaten. Vgl. Münnich (1997), S. 1 – 13. Siehe Chlumsky/Ehling (1997), S. 460. Vgl. dazu ebenfalls Übersicht 3 im Anhang.

Die Einkommen und die Abzüge wurden für jedes Haushaltsmitglied getrennt ermittelt. Die Erfassung der sonstigen Einnahmen, der Versicherungsprämien, der Sachzugänge[161] oder der Erzeugnisse aus dem eigenen Garten bzw. aus der Kleintierhaltung dagegen erfolgte für den privaten Haushalt insgesamt. Die Befragten trugen die Ausgabenbeträge[162] in das Haushaltsbuch ein. Es war keine Mengenerfassung erforderlich. Zusätzlich zu den vierteljährlichen Aufzeichnungen führten rund 20 % der teilnehmenden Haushalte, detailliert nach Menge und Preis, jeweils einen Monat lang ein Feinaufzeichnungsheft für die Käufe von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.[163] Der Aufzeichnungsmonat ergab sich für jeden fünften Haushalt ebenfalls nach einem Rotationsverfahren, so daß die Aufzeichnungen gleichmäßig auf die zwölf Monate verteilt sind.[164]

Zur Teilnahme am Einführungsinterview konnten 68.922 Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland gewonnen werden.[165] Da die Teilnahmebereitschaft in den einzelnen Quotierungszellen sehr unterschiedlich war, konnten die Quotenvorgaben nicht genau eingehalten werden. Die Stichprobenhaushalte, die an der EVS teilnehmen, werden auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Wenn sich die Struktur der Stichprobe von der Struktur der Grundgesamtheit unterscheidet, wird die hochgerechnete Zahl der Stichprobenhaushalte an die Grundgesamtheit angepaßt, um Verzerrungen in den Ergebnissen zu vermeiden. Dazu werden die Stichprobenhaushalte mit einem Faktor multipliziert, der sich aus dem Hochrechnungsfaktor und dem Anpassungsfaktor zusammensetzt. Die Grundgesamtheit bei der Hochrechnung der Stichprobenhaushalte der EVS 1998 stellten alle ermittelten Privathaushalte des Mikrozensus 1997 dar. Die Hochrechnung erfolgte nach dem Verfahren “Hochrechnung nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes“. Die Hochrechnung des Einführungsinterviews erfolgte mit Hilfe dieses Ver-

---

[161] Beispiele dafür sind die freie Unterkunft oder die Deputatkohle.

[162] Die Vorgabe der Ausgabengruppen erfolgte in Anlehnung an die COICOP/HBS (Classification of Individual Consumption by Purpose / Household Budget Surveys = Klassifikation des Privaten Verbrauchs nach dem Verwendungszweck für die Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen). Die LWR wurden ebenfalls so neukonzipiert, daß die Umstellung auf die COICOP/HBS bei der Signierung der Daten erfolgte.

[163] Um die Befragung zu erleichtern, brauchten die Aufzeichnungen der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nur chronologisch ohne Sortierung oder Gruppierung vorgenommen werden.

[164] Vgl. dazu Übersicht 4 im Anhang. Siehe auch Münnich (1997), S. 1 – 13. Vgl. ebenfalls Chlumsky/Ehling (1997), S. 460.

[165] Darunter waren 59 Haushalte, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen 35.000 DM und mehr betrug und deshalb nicht bei der Ergebnisaufbereitung der EVS berücksichtigt werden konnten. Vgl. Münnich/Illgen (1999), S. 14.

fahrens getrennt für die beiden Gebietsstände früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost.[166]

4.1.2 Ergebnisse des Einführungsinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Am Einführungsinterview der EVS 1998 nahmen über 12.000 private Haushalte mehr teil als am Grundinterview der EVS 1993. Dadurch konnte die Qualität der Ergebnisse weiter verbessert werden, denn je größer die Stichprobe ist, desto kleiner wird der Stichprobenfehler und desto genauer werden die gewonnenen Daten sein. Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland.[167] Am schwierigsten zur Teilnahme an der EVS 1998 zu motivieren waren die Haushalte in Berlin. Dort wurde das vorgegebene Stichprobensoll um etwa ein Drittel verfehlt. Die höchste Teilnahmebereitschaft wies das Land Mecklenburg-Vorpommern auf, wo die Haushalte sich zu 100 % der Quotenvorgabe am Einführungsinterview beteiligten. Ebenfalls hatten die privaten Haushalte in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein ein hohes Interesse, an der EVS teilzunehmen.

Tabelle 4.3: Beteiligung von Haushalten am Grundinterview 1993 bzw. Einführungsinterview 1998 der EVS nach Bundesländern

Bundesland	Am Grund-interview beteiligte Haushalte	Quoten-vorgabe	Am Einführungsinterview beteiligte Haushalte	
	1993	1998		
	Anzahl			in %
Baden-Württemberg	6.388	9.026	8.526	94,5
Bayern	6.910	10.118	10.098	99,8
Berlin	2.238	3.864	2.549	66,0
Brandenburg	2.092	2.390	2.297	96,1
Bremen	644	860	799	92,9
Hamburg	1.624	2.002	1.853	92,6
Hessen	3.896	5.496	4.920	89,5
Mecklenburg-Vorpommern	1.428	1.750	1.751	100,1
Niedersachsen	4.182	6.803	5.563	81,8
Nordrhein-Westfalen	14.030	14.614	14.605	99,9
Rheinland-Pfalz	3.248	3.719	3.673	98,8
Saarland	768	1.213	944	77,8
Sachsen	3.624	4.241	4.192	98,8
Sachsen-Anhalt	1.765	2.644	2.322	87,8
Schleswig-Holstein	2.524	2.752	2.715	98,7
Thüringen	1.126	2.398	2.115	88,2
Deutschland	**56.487**	**73.890**	**68.922**	**93,3**

Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), S. 15.

[166] Zum Ablauf der "Hochrechnung nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes" und zur Hochrechnung des Einführungsinterviews vgl. Kühnen (1999), S. 113 – 115.

[167] Er umfaßte sowohl Ein- als auch Mehrpersonenhaushalte und unterschiedliche soziale Gruppen, z. B. Selbständige, Arbeiter und Rentner, in verschiedenen Altersklassen. Mit Hilfe der Quotierungsmerkmale soll ein repräsentativer Querschnitt der Privathaushalte bei der EVS in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt werden. Vgl. zu den Quotierungsmerkmalen für die EVS 1998 Übersicht 2 im Anhang.

Die Daten des Einführungsinterviews liegen sowohl in regionaler Gliederung für das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder sowie Berlin-Ost als auch für die 16 Bundesländer vor. Zusätzlich wurden die Daten der EVS 1998 nach folgenden sieben regionalen Kriterien differenziert:[168]

- hochverdichtete Agglomerationsräume (z. B. Rhein/Ruhrgebiet; in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht vorhanden),
- Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren (z. B. Berlin und Umgebung),
- verstädterte Räume höherer Dichte (z. B. Bayrischer Untermain),
- verstädterte Räume mittlerer Dichte mit großen Oberzentren (z. B. Lausitz-Spreewald),
- verstädterte Räume mittlerer Dichte ohne großen Oberzentren,
- ländliche Räume höherer Dichte,
- ländliche Räume geringerer Dichte.[169]

Anhand der Ergebnisse des Einführungsinterviews der EVS 1998 wird im folgenden dargestellt, inwieweit sich die Lebensverhältnisse im Zeitablauf von 1993 bis 1998 in den neuen Bundesländern, insbesondere die Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und die Wohnsituation, an die in den alten Bundesländern angeglichen haben.[170]

4.1.2.1 Ausstattung der Single-Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern

Wie die privaten Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern ausgerüstet sind, hängt sehr stark von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens ab. Der Ausstattungsgrad und der Ausstattungsbestand[171] an ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern sind ein Gradmesser für den erreichten Lebensstandard des einzelnen Haushalts bzw. der Gesamtbevölkerung. Aus diesem Grund ist die

---

[168] Vgl. Münnich/Illgen (1999), S.16.

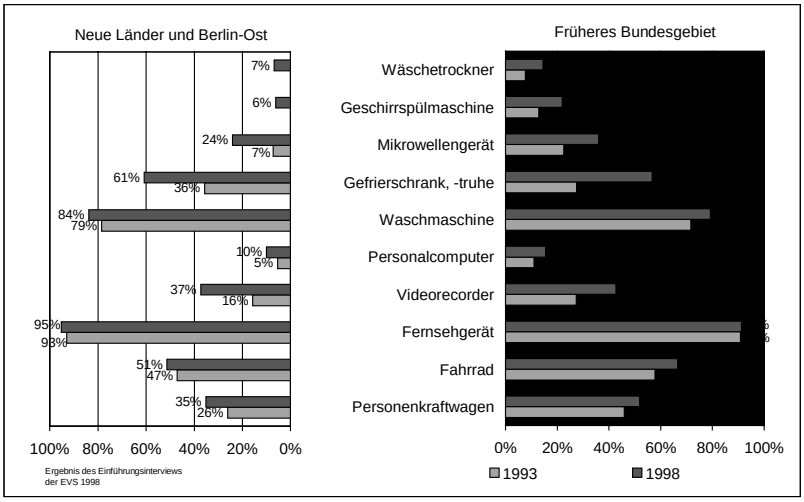
[169] Verglichen mit der EVS 1993 kann somit das Auswertungsspektrum weiter verbessert werden.

[170] Inwieweit sich die privaten Haushalte in ihrer Größe in Ost und West angeglichen haben, wurde im Kapitel 3.1.1 dargestellt. Vgl. zur demographischen Entwicklung in Ost und West Kapitel 2.2.

[171] Der "Ausstattungsgrad je 100 Haushalte" gibt an, in welchen Haushalten die erfragten Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, für die Freizeitgestaltung, die Kommunikation und den Verkehr überhaupt vorhanden waren. Sind Güter der gleichen Art mehrfach vorhanden, wird dies durch die statistische Maßgröße "Ausstattungsbestand je 100 Haushalte" zum Ausdruck gebracht. Vgl. Münnich/Illgen (1999), S. 17.

diesem Grund ist die Untersuchung von wesentlicher Bedeutung hinsichtlich der Beurteilung der Lebensverhältnisse. Diese Angaben werden sehr häufig von der Wirtschaft nachgefragt. Unterschiede in der Qualität und im Preisniveau der vorhandenen Güter sowie deren Anschaffungsgründe sind im Rahmen der EVS 1998 nicht mehr erfragt worden.[172] Die Liste der zu erfragenden Ausstattungsgegenstände wurde im Vergleich zum Grundinterview des Jahres 1993 erweitert. Weiterhin erfolgte die Ausdehnung der Erfassung der Güter über Gegenstände hinaus auf Nutzungsmöglichkeiten, z. B. Internet. Langlebige Gebrauchsgüter mit geringerer Breitenwirkung und zu geringer Bedeutsamkeit für die Haushaltsausstattung sind nicht mehr erfragt worden. Beispiele dafür sind Segelyachten und Nähmaschinen. Veraltete Produkte mit abnehmender Attraktivität, z. B. Schwarzweißfernsehgeräte, waren im Rahmen des Frageprogramms 1998 ebenfalls nicht mehr von Interesse. Der Fragekatalog des Einführungsinterviews 1998 umfaßte insgesamt 29 verschiedene technische Gebrauchsgüter und Nutzungsmöglichkeiten.[173]

Abbildung 4.1: Ausstattung der Einpersonenhaushalte[1)] mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern in den Jahren 1993 und 1998



[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquellen: Wirtschaft und Statistik 6/1997 und Wirtschaftsrechnungen (1999a).

Die Abbildung 4.1 gibt einen Überblick über den Ausstattungsgrad der Einpersonenhaushalte mit Fahrzeugen, Unterhaltungselektronik und Personalcomputern (PCs) sowie mit ausgewählten technischen Haushaltsgeräten für die neuen und alten Bundesländer in den Jahren 1993 und 1998. Es wird deutlich, daß im Januar

[172] Aus dem Statement von Präsident Johann Hahlen zum Pressegespräch "Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998" im November 1998. Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1998).
[173] Vgl. Münnich/Illgen (1999), S. 15.

1998 mehr Einpersonenhaushalte in Besitz der jeweiligen Gebrauchsgüter waren als 1993. Die Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit Fahrzeugen hat weiter zugenommen, wobei es in beiden Teilen Deutschlands weiterhin wesentlich mehr Einpersonenhaushalte mit Fahrrädern als mit Pkw gab. Im Januar 1998 besaßen gut die Hälfte der Einpersonenhaushalte im früheren Bundesgebiet einen Pkw und ungefähr zwei Drittel ein Fahrrad. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war der Ausstattungsgrad wesentlich geringer. Dort waren nur gut ein Drittel mit Pkw und die Hälfte der Einpersonenhaushalte mit Fahrrädern ausgestattet. Dagegen war der Ausstattungsgrad mit Fernsehgeräten in den ostdeutschen Einpersonenhaushalten etwas besser als in den westdeutschen Einpersonenhaushalten. Die Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit Videorecordern ist im Vergleich zu 1993 in beiden Teilen Deutschlands gestiegen. Während in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost im Jahr 1998 37 % der Einpersonenhaushalte einen Videorecorder besaßen, waren es im früheren Bundesgebiet 43%.

Mit PCs[174] waren die Einpersonenhaushalte im Jahr 1998 nach wie vor nur sehr gering ausgestattet. Von allen Haushalten in den alten Bundesländern hatte fast jeder dritte Haushalt und in den neuen Bundesländern jeder vierte Haushalt einen PC mit CD-ROM-Laufwerk. Vor allem die Paarhaushalte mit drei und mehr Kindern und die Selbständigenhaushalte waren sehr gut mit einem PC ausgestattet.[175] Bei der Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist festzustellen, daß mehr Einpersonenhaushalte in Ostdeutschland eine Waschmaschine und einen Gefrierschrank besaßen als in Westdeutschland. Mit diesen Geräten waren die Einpersonenhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost bereits 1993 besser ausgestattet als im früheren Bundesgebiet. Ein Mikrowellengerät besaß dagegen in Westdeutschland gut jeder dritte Einpersonenhaushalt und in Ostdeutschland nur knapp jeder vierte Einpersonenhaushalt. Mit Geschirrspülmaschinen und Wäschetrocknern waren vor allem die Einpersonenhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost sehr gering ausgestattet.[176]

---

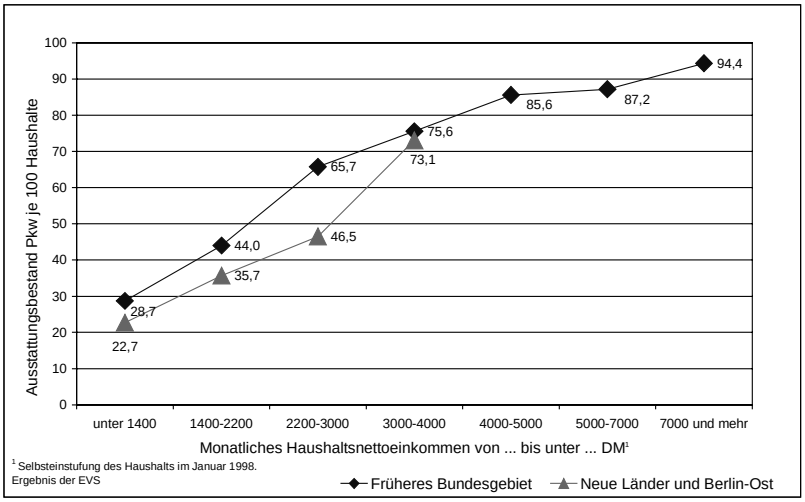
[174] Die Befragung nach einem PC war 1998 im Vergleich zu 1993 wesentlich differenzierter. Gefragt wurde nach einem PC mit CD-ROM-Laufwerk, PC ohne CD-ROM-Laufwerk und nach dem Zugang zum Internet. In der Abbildung 4.1 ist für 1998 die Befragung nach einem PC mit CD-ROM-Laufwerk dargestellt.

[175] Der Ausstattungsbestand der Selbständigenhaushalte mit PCs lag in den neuen Bundesländern bei 83 PC pro 100 Haushalte und in den alten Bundesländern bei 86 PC pro 100 Haushalte. Aus dem Statement von Präsident Johann Hahlen zum Pressegespräch "Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998" im November 1998. Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1998).

[176] Von den privaten Haushalten insgesamt besaßen fast doppelt so viele Haushalte in den alten Bundesländern wie in den neuen Bundesländern eine Geschirrspülmaschine. (West: 49,1 %; Ost: 25,7 %). Mit Wäschetrocknern waren 33,1 % der privaten Haushalte im früheren

Eingangs wurde bereits erwähnt, daß die zunehmende Ausstattung der privaten Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern mit einem steigenden Haushaltsnettoeinkommen korreliert. Darauf wird im folgenden näher eingegangen. Wie die Tabellen 25 und 26 im Anhang verdeutlichen, ist der Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit den jeweiligen Gebrauchsgütern um so größer, je höher das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist. Beispielsweise waren in den ca. 3,2 Mill. Einpersonenhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.400 DM rund 884.000 Pkws vorhanden, und in den ca. 0,35 Mill. Einpersonenhaushalten, die im Monat ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 5.000 DM zur Verfügung hatten, waren ungefähr 308.000 Pkws vorhanden.

Abbildung 4.2: Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte[1)] mit Pkw in Abhängigkeit von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens in Ost und West im Jahr 1998



[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a).

Die Stärke des linearen Zusammenhangs zwischen dem Ausstattungsbestand (Y) und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (X) läßt sich mit Hilfe des Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizienten bestimmen:[177]

$$r_{xy} = \frac{\mathrm{cov}(x, y)}{s_x * s_y}$$

Bundesgebiet ausgestattet und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost nur 13,6 %. Vgl. Münnich/Illgen (1999), S. 17 – 18.

[177] Schwarze (1992), S. 147 sowie Rönz (1996), S. 49.

X = metrisch skalierte Variable

Y = metrisch skalierte Variable

COV (X,Y) = Kovarianz als Parameter der gemeinsamen Variabilität von X und Y

s_X = Standardabweichung von X

s_Y = Standardabweichung von Y

Es gilt $-1 \leq r_{XY} \leq +1$. Wenn ein perfekter linearer Zusammenhang zwischen beiden Variablen besteht, dann ist entweder $r_{XY} = +1$ oder $r_{XY} = -1$. Sind die beiden Merkmale X und Y unabhängig voneinander, liegt kein linearer Zusammenhang vor und $r_{XY} = 0$. Daß die beiden Variablen "Ausstattungsbestand" und "monatliches Haushaltsnettoeinkommen" nicht unabhängig voneinander sind, bestätigen die berechneten Korrelationskoeffizienten in den Tabellen 4.4 und 4.5. Bei nahezu allen Gebrauchsgütern besteht ein fast perfekter linearer Zusammenhang mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, d. h. der Ausstattungsbestand der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern steigt, wenn das Einkommen steigt und umgekehrt.

Es hat sich herausgestellt, daß sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost in den höheren Haushaltsnettoeinkommensklassen die Präferenz nach fabrikneuen Autos größer wurde. Für einen fabrikneuen Pkw wurde ein Korrelationskoeffizient von $r_{XY} = 0{,}9445$ für die alten Bundesländer bzw. $r_{XY} = 0{,}9860$ für die neuen Bundesländer ermittelt. Zwar ist der Unterschied zum Korrelationskoeffizienten "Pkw gebraucht gekauft" in den neuen Ländern nicht so deutlich,[178] jedoch nahm im früheren Bundesgebiet offensichtlich die Nachfrage nach Gebrauchtwagen ab, je höher das monatliche Haushaltsnettoeinkommen war.

Bei den Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton nahm der Ausstattungsbestand zu, je höher das Einkommen war. Infolge der Mehrfachausstattung mit Fernsehgeräten und Radiorecordern im früheren Bundesgebiet ab der Haushaltsnettoeinkommensklasse 1.400 bis unter 2.200 DM bzw. 2.200 bis unter 3.000 DM waren bei diesen Geräten die Korrelationskoeffizienten am höchsten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost spielt vor allem die in den letzten fünf Jahren gestiegene Nachfrage nach Videorecordern und Hi-Fi-Anlagen eine große

[178] Die Ursache dafür ist sicherlich die gegenwärtig noch bestehende Einkommensungleichheit zwischen Ost und West. Darauf wurde bereits im Kapitel 3.2 eingegangen.

Rolle.[179] Mit steigendem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen erhöhte sich auch die Nachfrage nach einem PC mit CD-ROM-Laufwerk. Demgegenüber verlieren die PCs ohne CD-ROM-Laufwerk an Bedeutung.

Auffallend ist, daß die Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit Geschirrspülern und Wäschetrocknern besonders im früheren Bundesgebiet eindeutig vom monatlichen Haushaltsnettoeinkommen abhängt. In den neuen Bundesländern dagegen wurde von den alleinlebenden Personen mit höherem Einkommen der Kauf von Mikrowellen bevorzugt. Die Differenzierung der Einpersonenhaushalte nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens zeigte, daß bis unter 4.000 DM der Ausstattungsbestand mit Waschmaschinen und Gefrierschränken in den neuen Ländern und Berlin-Ost größer war als im früheren Bundesgebiet.[180] Infolgedessen weisen die Korrelationskoeffizienten in den neuen Bundesländern einen stärkeren linearen Zusammenhang zwischen dem Ausstattungsbestand und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen auf.

Tabelle 4.4: Korrelation zwischen Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Varianz s^2	Standardabweichung s	Kovarianz COV(X,Y)	Korrelationskoeffizient r_{XY}
Klassenmitte (x_i)	1.772.580	1331,4		
Fahrzeuge (y_i)				
Personenkraftwagen	354	18,8	22686,3	**0,9053**
fabrikneu gekauft	159	12,6	15873,0	**0,9445**
gebraucht gekauft	35	5,9	5525,3	**0,6998**
Fahrrad	124	11,1	14110,4	**0,9536**
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton (y_i)				
Fernsehgerät	82	9,1	11565,4	**0,9584**
Videorecorder	140	11,8	14335,1	**0,9093**
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	93	9,6	12626,5	**0,9857**
Hi-Fi-Anlage	166	12,9	15690,0	**0,9136**
PC und Nachrichtenübermittlung (y_i)				
PC mit CD-ROM-Laufwerk	58	7,6	8985,0	**0,8864**
PC ohne CD-ROM-Laufwerk	9	3,0	1980,1	**0,4889**
Telefon stationär	39	6,2	8042,2	**0,9692**
Anrufbeantworter	75	8,7	10851,4	**0,9399**
Elektrische Haushaltsgeräte (y_i)				
Waschmaschine	32	5,6	5023,8	**0,6699**
Gefrierschrank, -truhe	66	8,1	8934,1	**0,8253**
Mikrowellengerät	43	6,6	8145,4	**0,9317**
Geschirrspülmaschine	145	12,0	15957,0	**0,9958**
Wäschetrockner	23	4,8	6141,0	**0,9552**

Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), S.107; eigene Berechnungen.

[179] Daß sich die Ausstattung der Einpersonenhaushalte mit Videorecordern in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Vergleich zu 1993 mehr als verdoppelt hat, zeigt auch die Abbildung 4.1.
[180] Vgl. dazu die Tabellen 25 und 26 im Anhang.

Tabelle 4.5: Korrelation zwischen Ausstattungsbestand der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen
Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Varianz s^2	Standardabweichung s	Kovarianz COV(X,Y)	Korrelationskoeffizient r_{XY}
Klassenmitte (x_i)	503.565	709,623		
Fahrzeuge (y_i)				
Personenkraftwagen	157,329	12,543	8719	**0,9795**
fabrikneu gekauft	97,301	9,864	6902	**0,9860**
gebraucht gekauft	5,058	2,249	1497	**0,9383**
Fahrrad	35,221	5,935	3693	**0,8770**
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton (y_i)				
Fernsehgerät	25,002	5,000	2911	**0,8204**
Videorecorder	70,333	8,386	5617	**0,9439**
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	13,698	3,701	2330	**0,8872**
Hi-Fi-Anlage	60,942	7,807	5301	**0,9568**
PC und Nachrichtenübermittlung (y_i)				
PC mit CD-ROM-Laufwerk	12,599	3,549	1750	**0,6949**
PC ohne CD-ROM-Laufwerk	1,944	1,394	-364	**-0,3678**
Telefon stationär	26,609	5,158	3022	**0,8257**
Anrufbeantworter	39,356	6,273	4101	**0,9212**
Elektrische Haushaltsgeräte (y_i)				
Waschmaschine	30,395	5,513	3492	**0,8927**
Gefrierschrank, -truhe	69,356	8,328	5832	**0,9868**
Mikrowellengerät	12,461	3,530	2486	**0,9926**
Geschirrspülmaschine	4,493	2,120	396	**0,2636**
Wäschetrockner	2,314	1,521	-477	**-0,4421**

Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), S. 240; eigene Berechnungen.

Zur Überprüfung, ob die Merkmale X und Y unabhängig sind, kann der Korrelationskoeffizient getestet werden. Der Korrelationskoeffizient läßt sich entweder zweiseitig mit den Hypothesen

H_0: $\rho = 0$

H_1: $\rho \neq 0$

oder einseitig mit den Hypothesen

a) H_0: $\rho \leq 0$ bzw. b) H_0: $\rho \geq 0$

H_1: $\rho > 0$ H_1: $\rho < 0$

statistisch prüfen.

Sind die Zufallsvariablen X und Y normalverteilt, ist[181]

$$t = \frac{r_{xy} * \sqrt{n-2}}{\sqrt{1 - r_{xy}^2}}$$

unter H_0 t-verteilt mit DF = n – 2 Freiheitsgraden. Der sich aufgrund der Stichprobe ergebende Prüfwert t wird mit dem 1-α Quantil der t-Verteilung für ein vorgegebenes Signifikanzniveau α verglichen. Die Nullhypothese wird verworfen,

[181] Hartung/Elpelt (1995), S. 153 sowie Rönz (1996), S. 50.

falls beim zweiseitigen Test $|t| > |t_{n-2;1-\alpha/2}|$ bzw. beim einseitigen Test für a) $t > t_{n-2;1-\alpha}$ oder für b) $t < t_{n-2;\alpha}$ ist.[182]

Mit Hilfe der Teststatistik wird im folgenden die Hypothese H_0, daß der Ausstattungsbestand mit Pkw und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen unkorreliert sind, zum Niveau $\alpha = 0{,}1$ getestet. Der Stichprobenumfang der Einpersonenhaushalte, die im früheren Bundesgebiet an der EVS 1998 teilgenommen haben, umfaßt n = 12.445 Haushalte.[183] Da

$$t = \frac{0{,}9053 * \sqrt{12445 - 2}}{\sqrt{1 - 0{,}9053^2}} = 237{,}738$$

und

$$t = 237{,}738 > 1{,}645 = t_{\infty;0{,}95}$$

gilt, muß beim Testen von H_0: $\rho = 0$ gegen H_1: $\rho \neq 0$ die Nullhypothese verworfen werden. Es besteht eine positive Korrelation zwischen diesen beiden Merkmalen.

Wird dieser zweiseitige Test mit dem berechneten Korrelationskoeffizienten für die neuen Länder mit einem Stichprobenumfang n = 2.641durchgeführt, ergibt sich:

$$t = \frac{0{,}9795 * \sqrt{2641 - 2}}{\sqrt{1 - 0{,}9795^2}} = 249{,}787$$

und

$$t = 249{,}787 > 1{,}645 = t_{\infty;0{,}95}$$

Das Testergebnis führt ebenfalls zur Ablehnung der Nullhypothese. Des weiteren wird die Nullhypothese für alle anderen ausgewählten Gebrauchsgüter im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost abgelehnt. Somit hat

[182] Vgl. Hartung /Elpelt (1995), S. 153 – 155; Rönz (1996), S. 49 – 50 und S. 175.
[183] Siehe Tabelle 16 im Anhang.

die statistische Prüfung des Korrelationskoeffizienten die berechneten Ergebnisse bestätigt. Es besteht eine positive Korrelation zwischen dem Ausstattungsbestand und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Nur im Fall der Merkmale "PC ohne CD-ROM-Laufwerk" sowie "Wäschetrockner" in den neuen Ländern und Berlin-Ost ergibt sich eine negative Korrelation zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Die Plausibilität der EVS-Ergebnisse wurde mit diesem Testergebnis ebenfalls bestätigt.

Abschließend ist zu sagen, daß der Ausstattungsgrad mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern auch vom Alter des Haupteinkommensbeziehers abhängt. Während die Haushalte der 55jährigen und älteren Haupteinkommensbezieher teilweise einen etwas höheren Ausstattungsgrad an Kühlschränken, Waschmaschinen bzw. Gefrierschränken hatten, waren die Haushalte, in denen jüngere Personen leben, deutlich besser mit Geschirrspülern, Mikrowellen oder Wäschetrocknern ausgestattet. Der Ausstattungsgrad mit Fernsehgeräten lag bei den Haupteinkommensbeziehern, die 55 Jahre und älter waren, geringfügig höher als bei den Haupteinkommensbeziehern unter 55 Jahren. Dagegen war bei den privaten Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher unter 55 Jahre alt waren, der Ausstattungsgrad mit Videorecordern, Videokameras oder Hi-Fi-Anlagen höher. Während der Ausstattungsgrad mit Telefon nicht unbedingt vom Alter abhängig ist, zeigte sich, daß der Anteil der Haushalte, in denen jüngere Personen leben, mit PC gut dreimal so hoch war wie der der Haushalte, in denen ältere Personen leben. Der Ausstattungsgrad mit Pkw ist ebenfalls vom Alter abhängig. In beiden Teilen Deutschlands besaßen in etwa 83 % der unter 55jährigen Haupteinkommensbezieher einen Pkw. Von den über 55jährigen Haupteinkommensbeziehern besaßen in Westdeutschland ungefähr zwei Drittel und in Ostdeutschland nur gut die Hälfte einen Pkw. Der Zusammenhang zwischen dem Alter des Haupteinkommensbeziehers und dem Ausstattungsgrad mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern ließe sich ebenfalls testen. Darauf wird hier verzichtet.[184]

[184] Vgl. Münnich/Illgen (1999), S. 19 – 20. Der abschließend dargestellte Vergleich des Ausstattungsgrades nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers bezog sich auf alle privaten Haushalte.

4.1.2.2 Vergleich der Wohnsituation zwischen Ost und West

Die Wohnsituation der privaten Haushalte läßt sich mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Wohnfläche und Raumzahl einschätzen. Zusätzlich können die privaten Haushalte Aussagen darüber treffen, ob sie mit einer Heizung ausgestattet sind, ob die Möglichkeit der Gartennutzung besteht und ob Garagen oder Stellplätze für Kraftfahrzeuge vorhanden sind. Das Ziel der Erfassung der Wohnverhältnisse von Haushalten innerhalb der EVS ist die Feststellung, wie die Personen wohnen und welche Aufwendungen als Mieter oder Eigentümer im Rahmen des Haushaltsbudgets anfallen. Allerdings lassen sich anhand der Ergebnisse der EVS keine Aussagen darüber treffen, wie viele und welche Wohnungen insgesamt vorhanden sind.[185]

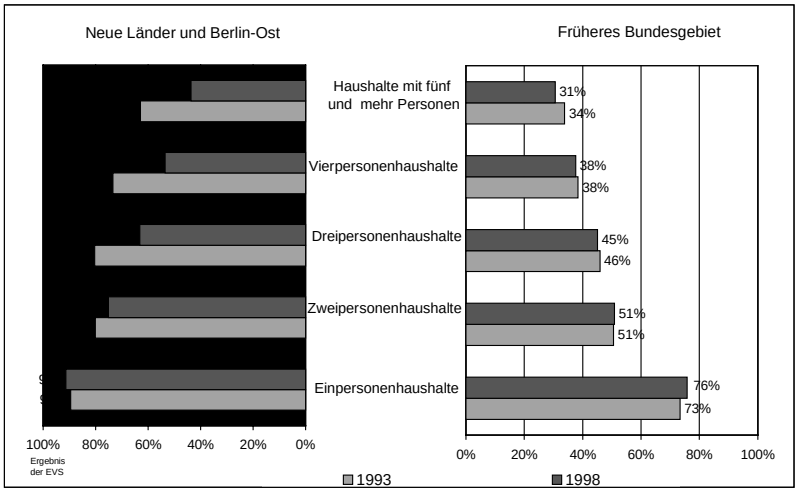
Die alleinlebenden Personen in der Bundesrepublik Deutschland wohnen vorwiegend zur Miete. Im früheren Bundesgebiet sind es ca. 76 % und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost ca. 91 % der Alleinlebenden, die in gemieteten Wohnungen wohnen. Aus diesem Grund werden in diesem Kapitel die Wohnverhältnisse aller privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland dargestellt. Von den 36,7 Mill. Haushalten, die im Rahmen der EVS ermittelt wurden, lebten im Jahr 1998 ca. 14,8 Mill. Haushalte bundesweit in einer Eigentumswohnung oder in einem eigenen Haus. Nach wie vor gab es große Unterschiede zwischen Ost und West. Die Quote an selbstgenutztem Wohneigentum ist in den neuen Bundesländern innerhalb der letzten fünf Jahre deutlich gestiegen. Vor allem bei den Haushalten mit mindestens drei Haushaltsmitgliedern ist die Mieterquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Zeitraum von 1993 bis 1998 zurückgegangen. Allerdings wohnten im früheren Bundesgebiet mehr Leute in ihrem Wohneigentum als in den neuen Bundesländern. In Ostdeutschland lebte im Jahr 1998 jeder vierte Haushalt (26 %) in einem eigenen Heim. In Westdeutschland waren es rund 44 %.[186]

---

[185] Es fehlen die Wohnungen, die sich im Unternehmensbesitz befinden. Die EVS erfaßt nur die Wohnungen der privaten Haushalte, die in die Erhebung einbezogen wurden. Vgl. Münnich (1999), S. 210.

[186] In diesem Zusammenhang wurde nur die Hauptwohnung erfragt. Im Jahr 1993 lebten laut EVS 19 % der ostdeutschen und 45 % der westdeutschen Personen in einer Eigentumswohnung oder in einem eigenen Haus. Vgl. dazu Tabelle 27 im Anhang.

Abbildung 4.3: Anteil der Mieterhaushalte nach der Haushaltsgröße



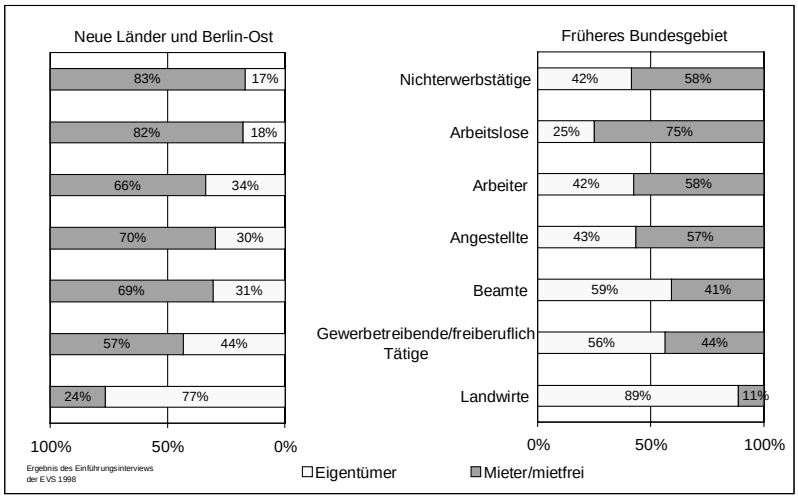
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Die höchste Quote beim selbstgenutzten Wohneigentum wiesen in beiden Teilen Deutschlands die Haushalte von Landwirten, von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen auf. Bei beiden Personengruppen lag die Eigentümerquote in Ostdeutschland deutlich unter der Quote in Westdeutschland. Während in den alten Bundesländern von den Landwirten ca. 89 % sowie von den Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen 56 % eine Eigentumswohnung bzw. ein Eigenheim bewohnten, waren es in den neuen Bundesländern ca. 77 % der Landwirte und lediglich knapp 44 % der Gewerbetreibenden sowie freiberuflich Tätigen. Über die Hälfte der Beamtenhaushalte im früheren Bundesgebiet gab bei der EVS an, in den "eigenen vier Wänden" zu wohnen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Quote bei 31 %.[187] Hervorzuheben ist auch der deutliche Unterschied zwischen Ost und West hinsichtlich des selbstgenutzten Wohneigentums bei den Nichterwerbstätigen. Die Gruppe der Nichterwerbstätigen wiesen beim selbstgenutzten Wohneigentum in den neuen Bundesländern eine Quote von 17 % auf, im früheren Bundesgebiet dagegen von rund 42 %.[188]

[187] Die Eigentümerquote der Arbeiterhaushalte lag in den neuen Bundesländern mit 34 % sogar darüber. Im Gegensatz dazu wohnten im früheren Bundesgebiet weniger Arbeiter (ca. 42 %) als Beamte in einem Eigenheim bzw. in einer Eigentumswohnung.

[188] Die im Vergleich zu den neuen Bundesländern hohe Eigentümerquote bei den Nichterwerbstätigen resultiert daraus, daß rund 60 % der Pensionäre bzw. 43 % der Rentner im früheren Bundesgebiet in einer Eigentumswohnung oder in einem Eigenheim wohnten. Dagegen waren Pensionäre in der Stichprobe in den neuen Bundesländern nur sehr selten vertreten, da sich dieser Personenkreis dort erst allmählich herausbildet. Bei den Rentnern in den neuen Bundesländern lag die Eigentümerquote bei rund 18 %. Vgl. das Ergebnis des Pressegesprächs vom Statistischen Bundesamt im November 1998 zur Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998 in Wirtschaftsrechnungen (1998).

Abbildung 4.4: Private Haushalte 1998 nach Wohnverhältnis und sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers



Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1998).

Die Abbildung 4.4 verdeutlicht, daß sich die Quote des selbstgenutzten Wohneigentums der einzelnen sozialen Gruppen in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis 1998 noch nicht an das frühere Bundesgebiet angeglichen hat.[189]

Im Einführungsinterview wurden die Haushalte auch danach befragt, wie viele Wohn- und Schlafräume ihnen zur Verfügung stehen.[190] Es bestehen bei der Wohnungsgröße nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten. Die durchschnittliche Wohnfläche der Haushalte, die ihr Wohneigentum selbst nutzten, betrug im Januar 1998 im früheren Bundesgebiet ca. 120 m^2 je Haushalt (1993: ca. 113 m^2) und in den neuen Bundesländern rund 106 m^2 je Haushalt (1993: ca. 95 m^2). Unter 50 m^2 kleine Wohnungen in Ost- und Westdeutschland wurden nur von 1 % bzw. 2 % der Eigentümerhaushalte bewohnt. Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in Mieterhaushalten betrug im früheren Bundesgebiet rund 71 m^2 (1993: ca. 69 m^2). In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 10 m^2 weniger und zwar rund 61 m^2 (1993: ca. 60 m^2). In den alten Bundesländern gab nur ungefähr jeder fünfte Mieterhaushalt (19 %) im Einführungsinterview an, in einer Wohnung unter 50 m^2 zu leben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen lebte jeder vierte Mieterhaushalt in einer Wohnung mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von

[189] Vgl. zur Wohnfläche der Mieter- und Eigentümerhaushalte nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in am 1.1.1998 die Tabelle 29 im Anhang.

[190] Bad, Toilette, Flur, Küche und Räume unter 6 m^2 sowie Keller-, Boden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt wurden, waren davon ausgeschlossen. Die Flächen von Bad, Toilette, Flur und Küche werden aber zur Wohnfläche hinzugezählt. Ebenso werden u. a. Wohnräume, die teilweise oder zeitlich begrenzt gewerblich genutzt werden, z. B. Praxis- und Wartezimmer in Arzt- oder Rechtsanwaltswohnungen, als Wohnfläche gerechnet. Vgl. Münnich (1999), S. 217 - 218.

unter 50 m^2 je Haushalt.[191] Zusammengefaßt steht den privaten Haushalten im früheren Bundesgebiet laut EVS auch im Jahr 1998 sowohl als Mieter als auch als Eigentümer immer noch mehr Wohnfläche zur Verfügung als in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost.

Zwischen der Wohnfläche und der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens besteht ein eindeutiger Zusammenhang. Die Tabellen 4.6 und 4.7 enthalten die berechneten Korrelationskoeffizienten für die durchschnittliche Wohnfläche und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen in West- und Ostdeutschland. Die ermittelten Korrelationskoeffizienten deuten auf einen positiven linearen Zusammenhang zwischen beiden Merkmalen hin.

Tabelle 4.6: Korrelation zwischen durchschnittlicher Wohnfläche der privaten Haushalte und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Varianz s^2	Standard-abweichung s	Kovarianz COV(X,Y)	Korrelations-koeffizient r_{XY}
Klassenmitte (x_i)	3922545	1981		
Mieterhaushalte m^2 je Haushalt (y_i)	214,982	14,662	28653,8861	0,9865
Eigentümerhaushalte m^2 je Haushalt (y_i)	205,892	14,349	28113,1685	0,9890

Tabelle 4.7: Korrelation zwischen durchschnittlicher Wohnfläche der privaten Haushalte und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen
Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Varianz s^2	Standard-abweichung s	Kovarianz COV(X,Y)	Korrelations-koeffizient r_{XY}
Klassenmitte (x_i)	2621266	1619		
Mieterhaushalte m^2 je Haushalt (y_i)	66,168	8,134	12098,8403	0,9187
Eigentümerhaushalte m^2 je Haushalt (y_i)	105,502	10,271	16154,6796	0,9715

Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 3/1999; eigene Berechnungen.

Abschließend ist zu sagen, daß mit der Zahl der Haushaltsmitglieder die durchschnittliche Wohnfläche ebenfalls zunimmt. Den Einpersonenhaushalten in Mietwohnungen beispielsweise standen in West- und Ostdeutschland durchschnittlich zwei Wohnräume mit ca. 58 m^2 bzw. 49 m^2 zur Verfügung. Die zur Miete wohnenden Vierpersonenhaushalte nutzten dagegen im früheren Bundesgebiet

[191] Vgl. dazu die Tabellen 27 und 28 im Anhang sowie das Ergebnis des Pressegesprächs vom Statistischen Bundesamt im November 1998 zur Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998 in Wirtschaftsrechnungen (1998).

durchschnittlich 3,8 Räume mit 95 m^2 und in den neuen Bundesländern durchschnittlich 3,6 Räume mit gut 77 m^2.[192]

4.1.3 Repräsentationsgrad der EVS-Ergebnisse

Um eine Aussage darüber zu treffen, wie repräsentativ die EVS-Ergebnisse sind, wird eine Vergleichsbetrachtung zu den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vorgenommen. Zwar ist die EVS dem Einkommens- und Verbrauchskonzept der VGR angepaßt worden, aber es müssen beim Vergleich einige methodische Unterschiede beachtet werden. Beispielsweise berücksichtigt die VGR in den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Gegensatz zur EVS die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. Vorgänge, die den Wohnungssektor betreffen, werden in der VGR dem Unternehmensbereich zugeordnet. In der EVS dagegen wird der unterstellte Eigentümermietwert bei den Einnahmen aus Vermögen ausgewiesen. Allerdings bleiben die Anschreibungen auf Wohngebäude unberücksichtigt, und somit werden die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zu hoch ausgewiesen.[193]

Da die privaten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr bei der Aufbereitung der Stichprobenergebnisse unberücksichtigt bleiben, wird das Vermögen in der EVS wesentlich geringer ausgewiesen als in der VGR. Dadurch ist der Repräsentationsgrad der Zinsen und Dividenden, die den privaten Haushalten als Einnahmen aus Geldvermögen zufließen, in der EVS eingeschränkt. Eine Auswertung von Statistiken zur Vermögensverteilung ergab, daß das von der EVS im Jahr 1993 erfaßte Geldvermögen (einschließlich der Guthaben bei Versicherungen) nur ungefähr drei Fünftel des Geldvermögens der privaten Haushalte, wie es in der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank erscheint, abdeckt.[194]

---

[192] Vgl. dazu Tabelle 30 im Anhang.
[193] Vgl. Hertel (1997), S. 46 - 47. Vgl. auch Bedau/Krause (1998), S. 215.
[194] Vermutlich haben viele der befragten Haushalte ihren Vermögensbesitz unvollständig deklariert. Da der Erfassungsgrad bei den Spareinlagen nur bei 43 % lag, können es aber nicht nur Haushalte mit besonders hohem Haushaltsnettoeinkommen gewesen sein. Vgl. Bedau/Krause (1998), S. 217.

Im Jahr 1993 erreichte der Repräsentationsgrad der EVS 93,5 % des verfügbaren Einkommens der VGR.[195] Eine Differenzierung nach einzelnen Haushaltsgruppen verdeutlicht, daß der Repräsentationsgrad der EVS sehr unterschiedlich ist. Für die Arbeitnehmerhaushalte stimmen die von der VGR und EVS ausgewiesenen Durchschnittseinkommen weitestgehend überein. Dagegen ist bei den Selbständigenhaushalten die Differenz zur VGR größer, was durch die geringe Teilnahmebereitschaft der Selbständigen in den höheren Einkommensklassen hervorgerufen wird.[196]

4.2 Ausgabeverhalten der privaten Haushalte

Die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, die in den alle fünf Jahre stattfindenen EVS erhoben werden, veröffentlicht das Statistische Bundesamt im Heft 4 der Fachserie 15. Weil die Ergebnisse der EVS 1998 über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte derzeit noch nicht vorliegen, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Erhebung im Jahr 1993.

Die Gesamtausgaben der privaten Haushalte, die, wie bereits erwähnt,[197] wertmäßig mit den Gesamteinnahmen übereinstimmen, umfassen die folgenden Positionen:

- Aufwendungen für den Privaten Verbrauch,
- Steuern auf Einkommen und Vermögen,
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung,[198]
- Versicherungsbeiträge, z. B. freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Beiträge zur privaten Krankenversicherung oder Beiträge zur Kfz-Versicherung,
- Sonstige Einkommensübertragungen, z. B. Kfz-Steuer, Mitgliedsbeiträge,
- Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen, z. B. Käufe von Grundstücken, Gebäuden u. ä.,

[195] Allerdings nur bezogen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Vgl. Hertel (1997), S. 46.

[196] Vgl. Bedau/Krause (1998), S. 219. Die Teilnahmebereitschaft der Selbständigen an der EVS lag 1993 nur bei 60 % des Erhebungssolls. Vgl. dazu Tabelle 24 im Anhang.

[197] Siehe Kapitel 3.2.1.

[198] Die Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden vom Haushaltsbruttoeinkommen abgezogen. Siehe Kapitel 3.2.1.

- Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen, z. B. Käufe von Wertpapieren und Geschäftsanteilen, Einzahlungen auf Bausparverträge und Sparbücher, Beiträge für Lebensversicherungen u. ä.,
- Rückzahlung von Krediten, z. B. Tilgung und Verzinsung von sonstigen Krediten, Baudarlehen u. ä.

Tabelle 4.8: Gesamtausgaben der privaten Haushalte[1)] 1993
je Haushalt und Monat
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Art der Ausgaben	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Relation neue Länder und Berlin-Ost gegenüber früheres Bundesgebiet
	DM	%[2)]	DM	%[2)]	%
Privater Verbrauch	3.639	46,5	2.700	55,5	74,2
Steuern auf Einkommen und Vermögen	691	8,8	302	6,2	43,7
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	523	6,7	427	8,8	81,6
Versicherungsbeiträge	286	3,7	139	2,9	48,6
sonstige Einkommens-übertragungen	209	2,7	96	2,0	45,9
Bildung von Sachvermögen	743	9,5	314	6,5	42,3
Bildung von Geldvermögen	1.182	15,1	707	14,5	59,8
Rückzahlung von Krediten	503	6,4	137	2,8	27,2
Gesamtausgaben[3)]	**7.820**	**100**	**4.866**	**100**	**62,2**

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Anteil an den Gesamtausgaben.- [3)] Einschl. statistischer Differenz.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 1/1997.

Die Tabelle 4.8 verdeutlicht, daß im Jahr 1993 die Verbrauchsstrukturen in beiden Teilen Deutschlands noch sehr unterschiedlich waren. Hervorzuheben ist, daß die privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost anteilmäßig mehr für den Privaten Verbrauch ausgegeben haben als im früheren Bundesgebiet. Dagegen waren im früheren Bundesgebiet die Ausgaben für die Bildung von Sach- und Geldvermögen sowie für die Tilgung und Verzinsung von Krediten anteilmäßig höher, denn die Beträge für Kreditrückzahlungen fielen bei den privaten Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost wesentlich geringer aus.[199]

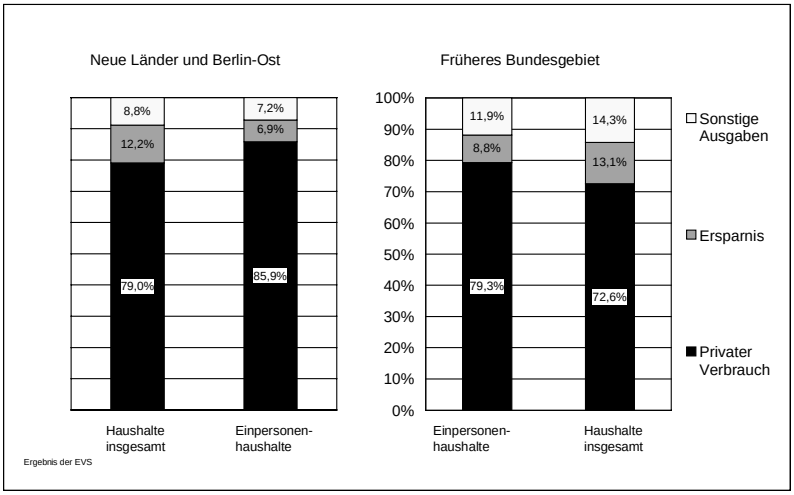
Wie sich die Ausgabenstruktur der Einpersonenhaushalte von der Gesamtheit der privaten Haushalte unterscheidet und welche Verbrauchsgewohnheiten die alleinlebenden Personen haben, wird nachfolgend erläutert.

[199] Vgl. auch Hertel (1997), S. 50 – 52.

4.2.1 Ausgabenstruktur der Single-Haushalte 1993

Die Ausgabenstruktur wird durch die Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens beeinflußt. Die Ausgaben, die nicht unmittelbar zur Befriedigung der Grundbedürfnisse dienen, steigen um so mehr, je höher das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist.[200] Unabhängig von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und der Größe des privaten Haushalts fallen die meisten Ausgaben der Haushalte für den Privaten Verbrauch an. Allerdings ist der Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch um so höher, je niedriger das Einkommen und je kleiner der Haushalt ist. Kleinere Haushalte haben nämlich einen vergleichsweise hohen Aufwand für einige Bereiche der Wirtschaftsführung zu tragen, während größere Haushalte von einer Kostendegression begünstigt werden. Beispielsweise nimmt mit jeder weiteren Person im Haushalt der Bedarf an Wohnraum zu, aber ein Vierpersonenhaushalt benötigt nicht viermal so viel Wohnraum wie eine alleinlebende Person. Im Jahr 1993 gab eine alleinlebende Frau für Wohnungsmiete und Haushaltsenergie fast 27 % ihres Nettoeinkommens aus, ein Ehepaar mit mehreren Kindern brauchte dafür nur 17 % des Nettoeinkommens aufwenden.[201]

Abbildung 4.5: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 1993 je Haushalt[1)] und Monat



[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

[200] Dieser Zusammenhang wurde für den Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern im Kapitel 4.1.2.1 statistisch getestet.
[201] Vgl. DIW (1999), S. 85 – 86.

Der Anteil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen für den Privaten Verbrauch lag bei den Einpersonenhaushalten in Ost und West um fast sieben Prozentpunkte höher als beim Durchschnitt aller privaten Haushalte. Es wird deutlich, daß die Ausgaben für den Privaten Verbrauch in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost bei den Einpersonenhaushalten anteilmäßig höher waren als im früheren Bundesgebiet. Versicherungsbeiträge bzw. sonstige Einkommensübertragungen[202] hatten die Einpersonenhaushalte nur geringfügig weniger zu zahlen als der Durchschnitt aller privaten Haushalte. Jedoch waren die Einpersonenhaushalte in den neuen Bundesländern, wie alle privaten Haushalte dort, deutlich geringer mit diesen Ausgaben belastet als im früheren Bundesgebiet. Die Sparquote[203] der Einpersonenhaushalte fiel im Vergleich zum Durchschnitt aller privaten Haushalte um vier bzw. fünf Prozentpunkte geringer aus.

Tabelle 4.9: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Einpersonenhaushalte[1)] 1993 je Haushalt und Monat in Abhängigkeit von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
	1000-1600	1600-2000	3000-4000	5000-6000[4)]	7500-10000[4)]
	Früheres Bundesgebiet				
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen[3)]	1.388 DM	1.868 DM	3.518 DM	5.731 DM	8.813 DM
	100 %	**100 %**	**100 %**	**100 %**	**100 %**
Davon wurden aufgewendet für: Privaten Verbrauch	1.408 DM	1.736 DM	2.711 DM	3.600 DM	4.542 DM
	101,4 %	**92,9 %**	**77,1 %**	**62,8 %**	**51,5 %**
Sonstige Ausgaben[5)]	25 DM	112 DM	459 DM	1.157 DM	2.391 DM
	1,8 %	**6,0 %**	**13,0 %**	**20,2 %**	**27,1 %**
Ersparnis	-45 DM	20 DM	348 DM	974 DM	1.880 DM
Sparquote	**-3,2 %**	**1,1 %**	**9,9 %**	**17,0 %**	**21,3 %**
	Neue Länder und Berlin-Ost				
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen[3)]	1.360 DM	1.818 DM	3.479 DM		
	100 %	**100 %**	**100 %**		
Davon wurden aufgewendet für: Privaten Verbrauch	1.310 DM	1.588 DM	2.591 DM		
	96,3 %	**87,3 %**	**74,5 %**		
Sonstige Ausgaben[5)]	24 DM	140 DM	446 DM		
	1,8 %	**7,7 %**	**12,8 %**		
Ersparnis	26 DM	90 DM	[442] DM[6)]		
Sparquote	**1,9 %**	**5,0 %**	**12,7 %**		

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Anteil an den Gesamtausgaben.- [3)] Einschl. statistischer Differenz.- [4)] Keine Angabe für die neuen Länder und Berlin-Ost, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.- [5)] Versicherungsbeiträge, sonstige Einkommensübertragungen einschl. Zinsen für Baudarlehen u. ä., einschl. statistischer Differenz.- [6)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1997a).

[202] Diese werden unter den sonstigen Ausgaben zusammengefaßt.

[203] Sparquote = Ersparnis/ausgabefähige Einkommen und Einnahmen. Die Ersparnis ergibt sich aus der Saldierung der vermögensrelevanten Geldströme (Ausgaben für Sach- und Geldvermögen + Rückzahlung von Krediten – Einnahmen aus Sach- und Geldvermögen – Einnahmen aus Kreditaufnahme – Zinsen für Baudarlehen). Vgl. Hertel (1997), S. 51.

Daß der Anteil der Ausgaben für den Privaten Verbrauch verhältnismäßig um so höher ist, je niedriger das Einkommen ist und die Sparquote mit steigendem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zunimmt, spiegelt die Tabelle 4.9 wider. Die höheren Ausgaben für den Privaten Verbrauch der Einpersonenhaushalte in den jeweiligen Einkommensklassen im früheren Bundesgebiet sind durch die vergleichsweise teureren Mieten dort zu erklären, worauf im folgenden Kapitel näher eingegangen wird.

4.2.2 Aufwendungen der Single-Haushalte für den Privaten Verbrauch

Die Verwendung der Einnahmen für den Privaten Verbrauch wird nach § 2 Abs. 1 Nr. 2a des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der EVS und den LWR erhoben.[204] Im Heft 5 der Fachserie 15 sind die Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht, wobei die Ergebnisse der EVS 1998 darüber ebenfalls noch nicht vorliegen.

Der Private Verbrauch setzt sich aus:

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren,
- Kleidung, Schuhe,
- Wohnungsmieten u. ä.,
- Elektrizität, Gas, Brennstoffe,
- Übrige Güter für die Haushaltsführung, z. B. Möbel, Teppiche, Haushaltsgeräte u. ä.,
- Gesundheits- und Körperpflege,
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- Bildung und Unterhaltung,
- Persönliche Ausstattung u. ä., z. B. Pauschalreisen

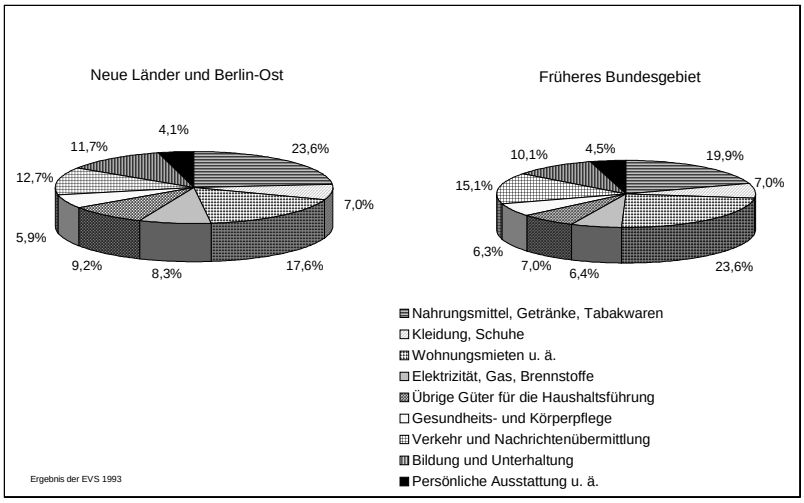
zusammen. Wie in Kapitel 4.1.1 bereits erwähnt, werden die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Feinaufzeichnungsheft aufgeschrieben. Mit diesem Feinaufzeichnungsheft sollen auch Informationen über kostenlose Sachzugänge (Deputate) nach Menge und Wert gewonnen werden sowie über ge-

[204] Vgl. das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. III Gliederungsnummer 708-6) im Anhang.

tätigte Ausgaben für Speisen und Getränke in Kantinen, Restaurants, Cafés, Schulkantinen und Mensen.[205]

Im Jahr 1993 betrugen die Ausgaben der Einpersonenhaushalte für den Privaten Verbrauch im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 2.237 DM und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost 1.562 DM.[206] Innerhalb der Ausgabenbereiche traten in Ost und West deutliche Unterschiede auf. Während die alleinlebenden Personen in den neuen Bundesländern anteilmäßig mehr für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aufgewendet haben, waren in den alten Bundesländern die Aufwendungen der Einpersonenhaushalte für Wohnungsmieten höher.

Abbildung 4.6: Struktur der Aufwendungen der Einpersonenhaushalte[1)] für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat



[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

In Ostdeutschland sind die Wohnungsmieten geringer, weil den privaten Haushalten sowohl als Mieter als auch als Eigentümer im Vergleich zu den alten Bundesländern weniger Wohnfläche zur Verfügung steht.[207] Außerdem war aufgrund des geringeren Modernisierungsgrades der Wohnungen in den neuen Bundesländern die Quadratmetermiete im Jahr 1993 wesentlich niedriger als im früheren Bundesgebiet. Ein weiterer Einflußfaktor ist der höhere Anteil an Wohneigentum in den alten Bundesländern. Bilanztechnisch werden Eigentümerwohnungen in der EVS nach dem Bruttoprinzip behandelt. Sie erscheinen sowohl auf der Ausgabenseite als gezahlte Miete als auch auf der Einnahmenseite als zusätzliches Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Der Unterschied in

[205] Vgl. Feinaufzeichnungsheft der EVS 1998.
[206] Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1997b), S. 48 und 212.
[207] Vgl. dazu die Tabellen 27 und 28 im Anhang. Siehe auch Kapitel 4.1.2.2.

der Wohnungsgröße zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten führt bei den privaten Haushalten im früheren Bundesgebiet tendenziell zu höheren Mieten, obwohl weder Einnahmen noch Ausgaben geflossen sind.[208] Im Durchschnitt betrugen die Mietaufwendungen (einschl. Energiekosten) der Einpersonenhaushalte in den alten Bundesländern 671 DM, in den neuen Bundesländern 405 DM.[209]

Abgesehen von den unterschiedlich hohen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Wohnungsmieten in Ost- und Westdeutschland ist festzustellen, daß in beiden Teilgebieten im Jahr 1993 annähernd gleiche Verbrauchsgewohnheiten bei den Einpersonenhaushalten in den einzelnen Altersgruppen bestanden. Sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost stiegen mit zunehmendem Alter die Anteile der Ausgaben für "Wohnungsmieten u. ä.", "Elektrizität, Gas, Brennstoffe" sowie "Übrige Güter für die Haushaltsführung" leicht an. Für Güter der "Gesundheits- und Körperpflege" und für die "Persönliche Ausstattung u. ä."[210] haben die 65jährigen und älteren Alleinlebenden anteilmäßig in Ost und West fast doppelt soviel ausgegeben wie die Alleinlebenden, die unter 25 Jahre alt waren. Die Anteile für beide Ausgabepositionen veränderten sich mit zunehmendem Alter in den alten Bundesländern von insgesamt 6,6 % auf 13,1 % und in den neuen Bundesländern von insgesamt 7,3 % auf 12,0 %. Die Aufwendungen für "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" sowie für "Bildung und Unterhaltung" nahmen dagegen mit zunehmendem Alter im früheren Bundesgebiet von insgesamt 35,3 % auf 18,9 % und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost von insgesamt 30,6 % auf 17,8 % ab.[211]

[208] Vgl. Hertel (1997), S. 51.
[209] Vgl. Wirtschaftsrechnungen (1997b), S. 48 und 212.
[210] Dazu gehören neben Pauschalreisen auch Uhren und echter Schmuck.
[211] Vgl. Guttmann (1997), S. 425.

Tabelle 4.10: Ausgewählte Aufwendungen der Einpersonenhaushalte[1)] für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat nach Alter
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Alter von ... bis unter ... Jahren			
	unter 25	25-45	45-65	65 und älter
	Früheres Bundesgebiet			
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	20,3	20,6	19,6	19,6
Kleidung, Schuhe	8,1	6,8	7,2	6,9
Wohnungsmieten u. ä.	19,4	21,0	23,2	26,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	4,6	5,3	6,4	7,6
Übrige Güter für die Haushaltsführung	5,7	6,1	7,7	7,4
Gesundheits- und Körperpflege	4,0	4,9	6,4	7,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	21,9	19,7	15,3	10,5
Bildung und Unterhaltung	13,4	12,1	9,7	8,4
Persönliche Ausstattung u. ä.	2,6	3,6	4,6	5,3
	Neue Länder und Berlin-Ost			
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	[24,6] [2)]	24,9	21,7	24,1
Kleidung, Schuhe	[7,6] [2)]	6,5	7,6	6,7
Wohnungsmieten u. ä.	[16,7] [2)]	15,0	17,6	19,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	[6,9] [2)]	6,1	8,5	9,7
Übrige Güter für die Haushaltsführung	[6,2] [2)]	6,6	10,3	10,3
Gesundheits- und Körperpflege	[4,0] [2)]	3,8	5,8	7,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	[15,2] [2)]	19,4	14,2	7,2
Bildung und Unterhaltung	[15,4] [2)]	14,6	10,2	10,6
Persönliche Ausstattung u. ä.	[3,3] [2)]	3,2	4,1	4,6

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Unterschiedliche Verbrauchsgewohnheiten zeichneten sich dagegen bei den alleinlebenden Frauen und Männern ab. In Ost und West hatten die alleinlebenden Frauen u. a. anteilmäßig höhere Ausgaben für “Kleidung, Schuhe“, “Wohnungsmieten u. ä.“, “Elektrizität, Gas, Brennstoffe“ sowie für “Gesundheits- und Körperpflege“. Ihre Aufwendungen dafür entsprachen im früheren Bundesgebiet insgesamt 46,6 % des Privaten Verbrauchs. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 41,9 % des Privaten Verbrauchs. Bei den alleinlebenden Männern fielen diese Ausgaben anteilmäßig geringer aus. Sie wandten dafür nur 37,3 % in Westdeutschland und 32,1 % in Ostdeutschland auf. Im Gegensatz dazu waren ihre Aufwendungen für “Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ bzw. “Bildung und Unterhaltung“ höher. Für beide Ausgabepositionen wurde für die alleinlebenden Männer ein Anteil von 30,7 % im früheren Bundesgebiet und 32,4 % in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost ausgewiesen. Alleinlebende Frauen hatten an diesen Ausgaben einen Anteil von 22,3 % in den alten Bundesländern und 20,7 % in den neuen Bundesländern.[212]

[212] Vgl. Guttmann (1997), S. 425.

Tabelle 4.11: Ausgewählte Aufwendungen der Einpersonenhaushalte[1)] für den Privaten Verbrauch 1993 je Haushalt und Monat nach Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende Frau	Alleinlebender Mann	Alleinlebende Frau	Alleinlebender Mann
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,6	22,3	22,7	25,4
Kleidung, Schuhe	8,1	5,0	8,0	4,8
Wohnungsmieten u. ä.	24,4	22,1	18,3	16,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	6,7	5,8	8,7	7,4
Übrige Güter für die Haushaltsführung	7,7	5,8	10,3	6,8
Gesundheits- und Körperpflege	7,4	4,4	6,9	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,7	19,5	9,8	18,9
Bildung und Unterhaltung	9,6	11,2	10,9	13,5
Persönliche Ausstattung u. ä.	4,8	3,9	4,4	3,4

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Es ist deutlich geworden, daß die Verbrauchsgewohnheiten der Einpersonenhaushalte sehr stark vom Alter abhängig sind. Die unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten der alleinlebenden Frauen und Männer sind auf das niedrigere Einkommensniveau der Frauen zurückzuführen. Aus diesem Grund müssen die alleinlebenden Frauen einen größeren Teil ihres Einkommens für die Grundbedürfnisse aufwenden.[213]

4.3 Vermögensbestände und Schulden der privaten Haushalte

Im Schlußinterview der EVS 1993 wurden die privaten Haushalte zu Vermögensbeständen und Schulden befragt,[214] um die Einnahmen und Ausgaben sowie die Ersparnisbildung richtig zu ermitteln. Zur Prüfung der Plausibilität der EVS-Ergebnisse zu Vermögensfragen wurden Abstimmungen und Vergleiche mit der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sowie mit den Berechnungen über Vermögenseinkommen in den VGR vorgenommen. Wegen der Sensibilität der erfragten Daten sind die Ergebnisse der EVS nur bedingt aussagefähig, denn die privaten Haushalte offenbaren ihr Vermögen Außenstehenden nur ungern.[215]

Folgende Angaben zu den in den beteiligten Haushalten vorhandenen Geldvermögen[216] und den noch bestehenden Kreditverpflichtungen wurden erhoben:

[213] Vgl. Guttmann (1997), S. 425.
[214] Die Ergebnisse der EVS 1998 zu Vermögensbeständen und Schulden privater Haushalte sind derzeit noch nicht veröffentlicht.
[215] Vgl. Guttmann (1995), S. 391.
[216] Im Schlußinterview der EVS 1993 wurden die privaten Haushalte auch nach ihrem Grundvermögen befragt. Auf das Grundvermögen der privaten Haushalte wird hier nicht weiter eingegangen. Im Kapitel 4.1.2.2 wurde dargestellt, wie viele Haushalte in Ost und West in ihrem

- Guthaben auf Sparkonten,
- Wertpapiere (einschl. Sparbriefe),
- nichtausgezahlte Bausparverträge,
- sonstiges Geldvermögen, z. B. Festgeld und Forderungen an Dritte,
- Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä.),
- Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsbeträge,
- Guthaben auf Girokonten im Dezember 1993.

Die Angaben der EVS über das Vermögen und die Schulden sind im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank untererfaßt.[217]

In den alten Bundesländern war das durchschnittliche Bruttogeldvermögen 1993 im Vergleich zu den neuen Bundesländern fast dreimal so hoch. Es umfaßte je privaten Haushalt mit Geldvermögen im früheren Bundesgebiet 65.300 DM und in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost 23.400 DM. In beiden Gebieten verfügten die privaten Haushalte am häufigsten über Sparbücher, gefolgt von Versicherungsguthaben.[218]

An den gesamten im Rahmen der EVS nachgewiesenen Geldvermögen hatten im früheren Bundesgebiet die Versicherungsguthaben mit 33,7 % sowie die Wertpapiere mit 30,9 % die höchsten Anteile. Dagegen waren in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Anteile von Sparbuchguthaben bzw. Wertpapieren am Geldvermögen mit 31,9 % bzw. 27,4 % am höchsten.[219]

Mit Konsumentenkrediten (ohne Dispositionskredite) waren im Jahr 1993 17,6 % bzw. 19,4 % aller privaten Haushalte in den alten Bundesländern bzw. in den neuen Bundesländern belastet. Die durchschnittlichen Restschulden der privaten Haushalte mit Konsumentenkrediten betrugen in Westdeutschland 11.500 DM und in Ostdeutschland 8.100 DM.[220]

Wohneigentum wohnten. Zum Haus- und Grundbesitz privater Haushalte sei auf das Sonderheft 1 der Fachserie 15 der EVS 1998 verwiesen.

[217] Aufgrund der nicht in die Aufbereitung einbezogenen privaten Haushalte mit einem monatlichen Hauhaltsnettoeinkommen ab 35.000 DM wird der Einfluß auf die Untererfassung der Vermögen erheblich größer sein als bei den Einnahmen und Ausgaben der Haushalte. Vgl. Guttmann (1995), S. 391 – 393.

[218] Ebenda, S. 393.

[219] Ebenda.

[220] Vgl. Guttmann (1995), S. 396 – 397. Werden die Restschulden aus Konsumentenkrediten vom erfaßten Geldvermögen abgezogen, ergibt sich das Nettogeldvermögen.

Einpersonenhaushalte verfügten im Vergleich zu den privaten Haushalten insgesamt anteilmäßig geringer über Geldvermögen in Form von Sparbüchern, Bausparguthaben, Wertpapieren, Versicherungsguthaben oder sonstigem angelegten Geldvermögen. Während 96,7 % aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens über eine der aufgeführten Geldvermögensformen verfügten, waren es bei den Einpersonenhaushalten 93,2 %. In den neuen Ländern und Berlin-Ost betrug dieser Anteil bei allen privaten Haushalten 97,5 % und bei den Einpersonenhaushalten 94,5 %. Die Einpersonenhaushalte in Ost und West verfügten jedoch, wie die privaten Haushalte insgesamt, am häufigsten über Sparbücher. Danach folgten Versicherungen und Wertpapiere.

Tabelle 4.12: Private Haushalte[1)] mit Bruttogeldvermögen[2)]
am 31. Dezember 1993
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende Frau	Alleinlebender Mann	Alleinlebende Frau	Alleinlebender Mann
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	18,6	22,3	22,7	25,4
Kleidung, Schuhe	8,1	5,0	8,0	4,8
Wohnungsmieten u. ä.	24,4	22,1	18,3	16,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	6,7	5,8	8,7	7,4
Übrige Güter für die Haushaltsführung	7,7	5,8	10,3	6,8
Gesundheits- und Körperpflege	7,4	4,4	6,9	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	12,7	19,5	9,8	18,9
Bildung und Unterhaltung	9,6	11,2	10,9	13,5
Persönliche Ausstattung u. ä.	4,8	3,9	4,4	3,4

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte.- [3)] Bezogen auf alle erfaßten Haushalte je Schicht.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Während in den neuen Bundesländern zwischen dem Anlageverhalten von Einpersonenhaushalten und allen privaten Haushalten keine Unterschiede bestanden, ergab sich in den alten Bundesländern für die Einpersonenhaushalte im Vergleich zu allen privaten Haushalten eine andere Rangfolge. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stand bei den Einpersonenhaushalten das Sparbuch mit 43,2 % an erster Stelle, gefolgt von Wertpapieren mit 25,8 % und sonstigem Geldvermögen mit 18,0 %. Demgegenüber war die Rangfolge bei den Einpersonenhaushalten im früheren Bundesgebiet: Wertpapiere 39,4 %, Sparbuchguthaben 24,2 % sowie Versicherungsguthaben 20,1 %.

Tabelle 4.13: Durchschnittliches Bruttogeldvermögen[1] privater Haushalte[2] am 31. Dezember 1993

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anlageformen	Einheit	Durchschnittliches Bruttogeldvermögen			
		insgesamt	Einpersonen-haushalte	insgesamt	Einpersonen-haushalte
		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Haushalte mit Bruttogeldvermögen[3]	**DM[4]**	65.300	38.100	23.400	14.300
	%[5]	**100**	**100**	**100**	**100**
und zwar mit: Sparbüchern	**DM[4]**	12.300	10.000	8.400	7.100
	%[5]	**17,5**	**24,2**	**31,9**	**43,2**
Bausparverträgen	**DM[4]**	11.200	8.800	7.000	4.000
	%[5]	**7,5**	**6,0**	**10,3**	**3,8**
Wertpapieren	**DM[4]**	42.600	38.000	17.100	13.800
	%[5]	**30,9**	**39,4**	**27,4**	**25,8**
Versicherungen	**DM[4]**	31.400	15.000	3.400	3.000
	%[5]	**33,7**	**20,1**	**9,6**	**9,2**
sonstigem Geldvermögen	**DM[4]**	33.100	25.500	18.000	12.600
	%[5]	**10,4**	**10,3**	**20,8**	**18,0**

[1] Bezogen auf die Haushalte mit Geldvermögen der jeweiligen Art: ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte.- [2] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [3] Ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte.- [4] Auf volle Hundert gerundet.
[5] Anteil der jeweiligen Anlageform am Gesamtbruttogeldvermögen.
Datenquelle: Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Daß in beiden Teilgebieten die Sparbuchguthaben und im früheren Bundesgebiet die Wertpapiere anteilmäßig am Gesamtbruttogeldvermögen der Einpersonenhaushalte höher waren als bei den privaten Haushalten insgesamt, ist auf die Altersstruktur der Einpersonenhaushalte zurückzuführen. Da 38 % der Alleinlebenden 65 Jahre und älter sind, waren Bausparguthaben beispielsweise nur in geringem Umfang vorhanden, angesparte Versicherungsguthaben sind in den meisten Fällen bereits ausgezahlt worden.[221]

Konsumentenkredite hatten im früheren Bundesgebiet 14 % der Einpersonenhaushalte mit durchschnittlich 10.300 DM in Anspruch genommen. In den neuen Bundesländern waren es knapp 9 % der Einpersonenhaushalte mit durchschnittlich 5.900 DM.[222]

Nachdem die Entwicklung der Single-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland analysiert wurde, erfolgt abschließend eine Darstellung der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland.

[221] Vgl. Guttmann (1997), S. 421 – 422.
[222] Ebenda, S. 423.

4.4 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

Als zwei wesentliche Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern sind die Gewährung einer Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz (InvZulG) sowie die Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz (FördG) zu nennen. *"Die Sonderabschreibungen betragen bei Investitionen, die nach dem 31. Dezember 1990 und vor dem 1. Januar 1997 abgeschlossen werden, bis zu 50 vom Hundert der Bemessungsgrundlage, [...]."*[223] Für betriebliche Investitionen wird den ostdeutschen Unternehmen eine Investitionszulage von 10 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten gewährt. Modernisierungsmaßnahmen, die an einer eigenen Wohnzwecken dienenden Wohnung vorgenommen werden, werden mit einer Investitionszulage von 15 % gefördert.[224]

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen werden von der Bundesanstalt für Arbeit zahlreiche Förderprogramme angeboten. Bedeutende Instrumente der Arbeitsförderung in den neuen Bundesländern sind die Arbeitsbeschaffungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Dadurch sollen die Arbeitnehmer beruflich stabilisiert bzw. qualifiziert werden, um deren berufliche Eingliederungschancen zu verbessern.[225] Weiterhin bemüht sich die Bundesanstalt für Arbeit, die Bauleistungen in den Wintermonaten nachhaltig zu steigern, um die Beschäftigung in der Bauwirtschaft ganzjährig zu fördern und die Kapazität der Baufirmen auf das ganze Jahr zu verteilen. Mit Trainingsmaßnahmen soll den Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden, ihre persönliche Eignung und ihre beruflichen Fertigkeiten möglichst im direkten Kontakt mit dem Arbeitsmarkt zu überprüfen bzw. alternative Beschäftigungsfelder in Erwägung zu ziehen und zu erproben. Arbeitnehmern, die durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ihre Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden, gewährt die Bundesanstalt für Arbeit in der Zeit nach der Existenzgründung sechs Monate lang ein Überbrückungsgeld.[226] In der Politik steht neben Wirtschaftswachstum, Stabilisierung des Preisniveaus und der Verringerung der Staatsverschuldung die Schaffung von Arbeitsplätzen nach wie vor

[223] § 4 Abs. 2 Nr. 1 FördG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.9.1993 (BGBl. I S. 1654, BStBl I S. 853), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18.8.1997 (BGBl. I S. 2070, BStBl I S. 790).
[224] Siehe § 2 und § 4 InvZulG 1999.
[225] Siehe Bundesanstalt für Arbeit (1999), S. 31.
[226] Ebenda, S. 22 – 29.

auf der Tagesordnung.[227] Ob dieses Ziel langfristig durch die Steuerreform[228] erreicht wird, bleibt abzuwarten. Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen, die die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg per 31.8.1999[229] veröffentlichte, lassen noch keine Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung in den neuen Bundesländern erkennen. *"Während sich die Situation auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt noch einmal ein gutes Stück weit entspannt hat, wird die Lage im Osten immer prekärer."*[230] Im früheren Bundesgebiet sank die Arbeitslosenquote vom 1.9.1998 bis 31.8.1999 von 9,1% auf 8,5%. In den neuen Bundesländern stieg sie dagegen in demselben Zeitraum von 17,1% auf 17,6% und ist damit doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.[231]

Die bisher durchgeführten sozialpolitischen Maßnahmen, wie Rentenstrukturreform, Gesundheitsreform oder Kindergelderhöhung, haben den Lebensstandard der Ostdeutschen noch nicht an das westdeutsche Niveau angeglichen. Die für 2000 und 2001 festgelegte Rentenanpassung an die Preissteigerungsraten setzt den Prozeß der Anpassung der Ostrenten an die Westrenten für diese Zeit aus, *"nachdem die Rentenanpassung in diesem Jahr in den neuen Bundesländern doppelt so hoch ausgefallen ist wie in den alten Bundesländern."* [232] Subjektiv wird das meist jedoch nicht so empfunden, da oftmals nur die Auffüllbeträge "abgeschmolzen" werden.

Abschließend ist zu sagen, daß ohne nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht realisierbar ist.

---

[227] Aus der Volkswirtschaftslehre ist bekannt, daß Wachstumsförderung und Arbeitslosigkeitsbekämpfung mit einer höheren Inflation einhergehen. *"Dieser sogenannte trade-off ist unter der Bezeichnung Phillips-Kurve bekannt geworden."* Frey (1993), S. 134.

[228] Mit der Steuerreform sollen die Lohnnebenkosten gesenkt und die Arbeitnehmer entlastet werden.

[229] Siehe Märkische Oderzeitung vom 8. 9.1999.

[230] Märkische Oderzeitung, S. 2.

[231] Ebenda, S. 1.

[232] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1999), S. 9.

5 Schlußbemerkung

Single-Haushalte sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Es handelt sich hierbei um eine äußerst inhomogene Gruppe von Individuen, die sich aus den verschiedensten sozio-ökonomischen Schichten zusammensetzt und in der alle Altersklassen vertreten sind. Demographische Faktoren und verhaltensorientierte Komponenten der Haushaltsbildung haben maßgeblich zur Bildung von Single-Haushalten beigetragen. Durch den Wandel in der Struktur der Größe der privaten Haushalte in Richtung kleiner Haushalte sind Singles in der heutigen Gesellschaft bedeutende Wirtschaftssubjekte. Die Einkommensverhältnisse und das Konsumverhalten der Bevölkerung wird durch diesen Personenkreis entscheidend mitgeprägt. Das Single-Dasein hat sich zu einer dominanten Lebensform entwickelt. Die alleinlebenden Personen haben daher bei der Analyse der Lebensverhältnisse einen großen Stellenwert. Es wurde gezeigt, daß im betrachteten Zeitraum die alleinlebenden Rentnerinnen nach wie vor die größte Gruppe der Single-Haushalte bilden, aber der Anteil der alleinlebenden ledigen Männer zwischen 25 und 45 Jahren deutlich zugenommen hat.

Auch auf dem Gebiet der früheren DDR gewinnt aufgrund der seit 1990 bestehenden gesellschaftlichen Umbruchsituation das Phänomen Single immer mehr an Bedeutung. Die Haushaltsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes nach der Trendvariante ergab, daß sich die privaten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost in ihrer Haushaltsgröße bis zum Jahr 2015 in etwa an das frühere Bundesgebiet angleichen werden. In ca. 36 % der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland werden dann nur noch Singles leben. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird im früheren Bundesgebiet voraussichtlich bei 2,15 Personen je Haushalt liegen. Für die neuen Länder und Berlin-Ost wird eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,12 Personen je Haushalt prognostiziert.

Die Analyse der Lebensverhältnisse der Single-Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland hat ergeben, daß basierend auf der Selbsteinstufung der Einpersonenhaushalte im Zeitablauf von 1993 bis 1998 zwar eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland aber noch keine Angleichung in der Einkommensverteilung stattgefunden hat. Weiterhin zeigte die Gegenüberstellung der Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen im Jahr 1993, daß sowohl die Singles als auch die privaten Haushalte insgesamt in den neuen Bundesländern anteilmäßig mehr für den Privaten Verbrauch ausgegeben haben als im

früheren Bundesgebiet. Die Ungleichheit der Ausgabenstruktur spiegelt die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse in Ost und West wider.

Um eine Begründung für die Diskrepanzen in der Einkommensverteilung zu finden, wurden aktuelle Arbeitsmarktzahlen verglichen und die Entwicklung der Wachstumsrate des realen BIP untersucht. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 1997 in Ostdeutschland bei 19,5 % und in Westdeutschland bei 11 %. Die Ergebnisse aus dem Einführungsinterview der EVS ergaben, daß der Anteil der Arbeitslosengeld- bzw. Arbeitslosenhilfebezieher im Jahr 1998 in den neuen Bundesländern dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern war. Die jährliche Wachstumsrate des realen BIP lag im Jahr 1998 in Ostdeutschland erneut unter derjenigen in Westdeutschland. Sie betrug in den neuen Ländern und Berlin-Ost 2,1 % und im früheren Bundesgebiet 2,9 %. Die Untersuchungen der sozialen Rahmenbedingungen der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß das Geburtendefizit in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten Bundesländern im Jahr 1998 sehr hoch und die Geburtenhäufigkeit viel geringer ausfiel, obwohl jährlich wieder mehr Kinder zur Welt kamen.

Anhand der Ergebnisse des Einführungsinterviews der EVS wurde dargelegt, daß sich im Vergleich zu 1993 die Ausstattung der Single-Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern deutlich verbessert hat. Des weiteren ist die Quote an selbstgenutztem Wohneigentum verglichen zu 1993 in den neuen Bundesländern erheblich gestiegen. Dennoch lebte in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur jeder vierte Haushalt, im früheren Bundesgebiet dagegen fast jeder zweite Haushalt, in einem Eigenheim oder in einer Eigentumswohnung. Mit der Wohnung sind die ostdeutsche und die westdeutsche Bevölkerung am zufriedensten. Das Zufriedenheitsniveau in den neuen Bundesländern fällt jedoch deutlich geringer aus als in den alten Bundesländern. Dies liegt u. a. daran, daß den privaten Haushalten in Ostdeutschland, die zur Miete wohnen, durchschnittlich 10 m^2 weniger Wohnfläche zur Verfügung stehen und der Modernisierungsgrad der Wohnungen noch nicht das Niveau der alten Bundesländer erreicht hat.

Zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland werden Investitionen in den neuen Bundesländern durch das InvZulG und das FördG gefördert. Eines der bedeutendsten Instrumente der Arbeitsförderung in den neuen Bundesländern sind die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland eine unabdingbare Voraussetzung.

Tabelle 1: Bevölkerungsstand und -entwicklung, 1990-1997

Früheres Bundesgebiet

Jahr	Bevölkerungsstand am Jahresanfang	absolute Veränderungen durch		Gesamtbilanz[1)]	Bevölkerungsstand am Jahresende
		Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)		
	1.000				
1990	62.679,0	13,9	1029,2	1046,6	63725,7
1991	63.725,7	13,4	745,7	759,1	64484,8
1992	64.484,8	25,5	778,9	804,4	65289,2
1993	65.289,2	6,3	438,0	444,3	65739,7
1994	65.739,7	-12,4	279,7	267,3	66007,2
1995	66.007,2	-25,1	359,9	334,7	66341,9
1996	66.341,9	-5,6	249,4	241,5	66583,4
1997	66.583,4	19,1	75,4	94,5	66688,0

Tabelle 2: Bevölkerungsstand und -entwicklung, 1990-1997

Neue Länder und Berlin-Ost

Jahr	Bevölkerungsstand am Jahresanfang	absolute Veränderungen durch		Gesamtbilanz[1)]	Bevölkerungsstand am Jahresende
		Überschuß der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)		
	1.000				
1990	16.433,8	-29,6	-376,6 [2)]	-406,2	16027,6
1991	16.027,6	-94,7	-143,1	-237,8	15789,8
1992	15.789,8	-101,9	3,2	-98,6	15685,4
1993	15.685,4	-105,1	24,2	-80,9	15598,4
1994	15.598,4	-102,7	35,3	-67,4	15531,4
1995	15.531,4	-94,2	38,1	-56,2	15475,5
1996	15.475,5	-81,2	32,8	-46,8	15428,7
1997	15.428,7	-67,3	18,3	-49,0	15369,0

[1)] Einschl. Berichtigung von Gemeindeergebnissen.- [2)] Enthalten sind Wanderungen in das frühere Bundesgebiet.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1998.

Tabelle 3: Zusammengefaßte Geburtenziffern[1)]

Jahr	Gesamt-deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1985		1.279,7	1.734,0
1986		1.344,3	1.699,7
1987		1.366,8	1.739,6
1988		1.411,4	1.670,0
1989		1.394,2	1.572,3
1990	1.452,9	1.448,7	1.517,4
1991	1.330,7	1.420,6	976,7
1992	1.291,3	1.400,4	830,0
1993	1.277,1	1.391,3	774,5
1994	1.241,4	1.346,0	771,7
1995	1.247,8	1.338,1	837,7
1996	1.314,6	1.394,8	947,2

[1)] Summe der altersspezifischen Geburtenziffern je 1.000 Frauen von 15 bis unter 45 Jahren, für die neuen Länder und Berlin-Ost 1985 bis 1988 bezogen auf die weibliche Bevölkerung am Jahresanfang, sonst auf die weibliche Bevölkerung im Jahresdurchschnitt.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1998.

Tabelle 4: Durchschnittliches Erstheiratsalter
Männer

Jahr	Gesamt-deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1985		27,2	24,8
1986		27,5	25,1
1987		27,7	25,3
1988		28,0	25,5
1989		28,2	25,8
1990		28,4	25,8
1991	28,5	28,7	26,6
1992	28,8	29,0	27,1
1993	29,2	29,3	27,6
1994	29,4	29,6	28,0
1995	29,7	29,9	28,5
1996	30,0	30,1	29,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1998.

Tabelle 5: Durchschnittliches Erstheiratsalter
Frauen

Jahr	Gesamt-deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1985		24,6	22,7
1986		24,9	23,0
1987		25,2	23,2
1988		25,5	23,4
1989		25,7	23,7
1990		25,9	23,7
1991	26,1	26,2	24,5
1992	26,4	26,5	25,1
1993	26,8	26,9	25,5
1994	27,1	27,2	26,0
1995	27,3	27,5	26,4
1996	27,6	27,7	26,7

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1998.

Tabelle 6: Bevölkerung 1991 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Ergebnis des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 91					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%
	Früheres Bundesgebiet					
Bevölkerung	63.889	100,0	30.947	100,0	32.942	100,0
Erwerbspersonen	31.360	49,1	18.571	60,0	12.789	38,8
Erwerbstätige	29.684	46,5	17.719	57,3	11.965	36,3
Erwerbslose	1.676	2,6	852	2,8	824	2,5
Nichterwerbspersonen	32.528	50,9	12.376	40,0	20.152	61,2
	Neue Länder und Berlin-Ost					
Bevölkerung	15.941	100,0	7.601	100,0	8.340	100,0
Erwerbspersonen	8.727	54,7	4.555	59,9	4.173	50,0
Erwerbstätige	7.761	48,7	4.156	54,7	3.605	43,2
Erwerbslose	966	6,1	399	5,2	568	6,8
Nichterwerbspersonen	7.213	45,2	3.046	40,1	4.167	50,0

Tabelle 7: Bevölkerung 1998 nach Beteiligung am Erwerbsleben

Veränderung April 1998 gegenüber April 1991

Beteiligung am Erwerbsleben	Veränderung April 1998 gegenüber April 1991		
	insgesamt	männlich	weiblich
	%		
	Früheres Bundesgebiet		
Bevölkerung	4,4	5,0	3,8
Erwerbspersonen	2,3	-0,4	6,2
Erwerbstätige	-1,2	-4,6	3,8
Erwerbslose	64,9	88,2	40,8
Nichterwerbspersonen	6,3	13,0	2,2
	Neue Länder und Berlin-Ost		
Bevölkerung	-3,7	-1,5	-5,7
Erwerbspersonen	-6,2	-4,3	-8,4
Erwerbstätige	-15,7	-13,2	-18,6
Erwerbslose	69,6	88,5	56,3
Nichterwerbspersonen	-0,7	2,6	-3,1

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Tabelle 8: Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und offene Stellen

Früheres Bundesgebiet

Jahr (Durchschnitt)[1]	Arbeitslose				Arbeitslosen-quoten[2]	Offene Stellen
	insgesamt	Männer	Frauen	Ausländer und Ausländerinnen		
1980	888.900	426.417	462.483	107.420	3,8	308.348
1982	1.833.244	1.021.090	812.154	245.710	7,5	104.871
1984	2.265.559	1.276.653	988.906	270.265	9,1	87.929
1986	2.228.004	1.199.991	1.028.013	248.001	9,0	153.866
1988	2.241.556	1.198.773	1.042.783	269.531	8,7	188.621
1990	1.883.147	967.743	915.404	202.975	7,2	313.604
1992	1.808.310	982.779	825.531	254.201	6,6	323.514
1994	2.555.967	1.461.639	1.094.328	409.110	9,2	233.646
1995	2.564.906	1.463.673	1.101.233	424.461	9,3	266.503
1996	2.796.243	1.616.501	1.179.742	481.715	10,1	270.440
1997[3]	3.020.900	1.740.717	1.280.183	521.597	11,0	281.529

Tabelle 9: Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und offene Stellen

Neue Länder und Berlin-Ost

Jahr (Durchschnitt)[1]	Arbeitslose				Arbeitslosen-quoten[2]	Offene Stellen
	insgesamt	Männer	Frauen	Ausländer und Ausländerinnen		
1992	1.170.261	429.116	741.145	15.571	14,8	32.723
1994	1.142.090	401.446	740.644	11.793	16,0	51.107
1995	1.047.015	386.936	660.079	11.800	14,9	54.803
1996	1.168.821	495.045	673.776	14.241	16,7	56.838
1997[3]	1.363.556	601.666	761.890	26.219	19,5	55.581

[1] Durchschnitte jeweils errechnet aus den Werten von Januar bis November, dem halben Dezemberwert des Vorjahres und dem halben Dezemberwert des laufenden Jahres.- [2] Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten und Soldatinnen).- [3] Wegen der Neugliederung der Berliner Arbeitsämter gegenüber den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.
Datenquelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg. Vgl. Statistisches Jahrbuch (1998), S. 123 und 124.

Tabelle 10: Lohnstückkosten[1)]

Neue Länder und Berlin-Ost

Jahr[2)]	Alle Wirtschaftsbereiche		Unternehmen								Staat, private Haushalte[3)]
					Produzierendes Gewerbe						
	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	zusammen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	
1993	128,0	124,2	125,0	100,2	114,2	97,1	131,0	111,0	133,4	136,9	102,6
1994	126,0	122,6	123,6	118,5	110,7	99,8	126,5	101,1	129,6	135,8	102,2
1995	125,6	122,4	123,5	126,0	108,9	103,1	121,8	101,4	124,9	142,4	101,9
1996	123,9	120,9	121,6	133,1	105,9	81,8	119,4	100,2	122,9	141,9	101,6

[1)] Früheres Bundesgebiet = 100.- [2)] Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.- [3)] Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1998.

Tabelle 11: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1)]

Deutschland

Jahr[2)]	Alle Wirtschaftsbereiche			Unternehmen[3)]								Staat, private Haushalte[4)]
						Produzierendes Gewerbe						
	Bruttoinlandsprodukt	Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben	Bruttowertschöpfung (bereinigt)	zusammen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	
	Mrd. DM											
1996	3.034,6	230,7	2.803,9	2.545,8	46,2	1.022,8	85,2	769,0	168,5	442,4	1.034,6	405,6
1997	3.101,4	234,8	2.866,6	2.623,2	45,4	1.048,9	83,8	800,9	164,1	453,3	1.075,6	404,2
1998	3.189,0	233,0	2.956,0	2.728,1	46,9	1.089,7	82,3	850,9	156,6	468,6	1.122,9	403,8
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
1997	2,2	1,8	2,2	3,0	-1,6	2,6	-1,6	4,2	-2,6	2,5	4,0	-0,3
1998	2,8	-0,8	3,1	4,0	3,3	3,9	-1,8	6,2	-4,6	3,4	4,4	-0,1

Tabelle 12: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1)]

Neue Länder und Berlin-Ost

Jahr[2)]	Alle Wirtschaftsbereiche		Unternehmen								Staat, private Haushalte[4)]
					Produzierendes Gewerbe						
	Bruttoinlandsprodukt	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	zusammen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1992	7,8	7,6	11,2	-3,4	9,3	-16,1	5,1	31,9	8,3	18,6	-3,3
1993	9,3	8,5	11,6	11,2	12,2	4,2	13,8	13,8	13,4	9,7	-2,6
1994	9,6	8,9	11,4	-6,8	15,7	-10,8	18,1	23,1	8,3	8,7	-1,1
1995	5,2	5,4	6,5	3,9	5,9	1,7	9,5	3,2	6,3	7,9	0,3
1996	1,9	2,3	2,9	8,9	1,8	0,5	5,4	-2,1	2,9	4,3	-0,8
1997	1,7	2,1	2,9	6,4	3,4	-5,2	10,9	-3,4	1,4	2,4	-1,6

[1)] In Preisen von 1991.- [2)] Ab 1995 vorläufiges Ergebnis.- [3)] Bruttowertschöpfung unbereinigt, also einschl. unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen.- [4)] Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1998; Wirtschaft und Statistik 1/1999.

Tabelle 13: Verwendung des Inlandsprodukts[1)]

Deutschland

Jahr[2)]	Brutto-inlands-produkt	Letzte inländische Verwendung von Gütern									Außen-beitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	Nachrichtlich	
		insgesamt	Letzter Verbrauch			Bruttoinvestitionen						Ausfuhr	Einfuhr
			zusammen	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	zusammen	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderungen		von Waren und Dienstleistungen	
							zusammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	in Mrd. DM												
1996	3.034,6	3.034,6	2.374,5	1.757,6	616,9	660,1	656,1	260,0	396,1	4,1	0,0	832,5	832,5
1997	3.101,4	3.076,8	2.378,5	1.765,7	612,7	698,3	656,5	270,1	386,4	41,9	24,6	924,8	900,2
1998	3.189,0	3.156,9	2.410,8	1.794,9	615,9	746,1	663,3	293,3	370,1	82,8	32,1	979,2	947,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									in Mrd. DM		in %	
1997	2,2	1,4	0,2	0,5	-0,7	5,8	0,1	3,9	-2,5	37,8	24,6	11,1	8,1
1998	2,8	2,6	1,4	1,7	0,5	6,8	1,0	8,6	-4,2	41,0	7,4	5,9	5,2

[1)] In Preisen von 1991.- [2)] Vorläufiges Ergebnis.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1/1999.

Tabelle 14: Privathaushalte nach Haushaltsgröße

Früheres Bundesgebiet

Trendvariante

Jahr[1]	Privat-haushalte	Davon mit ... Person(en)										Haushalts-mitglieder[4]	Personen je Haushalt
		1		2		3		4		5 und mehr[3]			
	in 1.000	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	Anzahl
1975	23.722	6.554	27,6	6.746	28,4	4.346	18,3	3.561	15,0	2.515	10,6	61.563	2,60
1980	24.811	7.493	30,2	7.123	28,7	4.387	17,7	3.632	14,6	2.176	8,8	61.481	2,48
1985	26.367	8.863	33,6	7.861	29,8	4.514	17,1	3.480	13,2	1.649	6,3	61.006	2,31
1991	28.583	10.019	35,1	8.730	30,5	4.680	16,4	3.644	12,7	1.511	5,3	64.246	2,25
1994	29.907	10.702	35,8	9.408	31,5	4.618	15,4	3.657	12,2	1.522	5,1	66.171	2,21
1998	30.636	11.097	36,2	10.024	32,7	4.402	14,4	3.652	11,9	1.461	4,8	66.826	2,18
2000	31.144	11.194	35,9	9.894	31,8	4.709	15,1	3.755	12,1	1.593	5,1	68.650	2,20
2005	31.414	11.291	35,9	10.235	32,6	4.658	14,8	3.666	11,7	1.565	5,0	68.768	2,19
2010	31.501	11.347	36,0	10.499	33,3	4.609	14,6	3.544	11,3	1.502	4,8	68.383	2,17
2015	31.423	11.479	36,5	10.583	33,7	4.517	14,4	3.411	10,9	1.434	4,6	67.508	2,15
2015[5]	31.308	11.337	36,2	10.538	33,7	4.580	14,6	3.437	11,0	1.416	4,5	67.312	2,15

Tabelle 15: Privathaushalte nach Haushaltsgröße

Neue Länder und Berlin-Ost

Trendvariante

Jahr[1]	Privat-haushalte	Davon mit ... Person(en)										Haushalts-mitglieder[4]	Personen je Haushalt
		1		2		3		4		5 und mehr[3]			
	in 1.000	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	%[2]	in 1.000	Anzahl
1991	6.672	1.839	27,6	2.132	32,0	1.337	20,0	1.098	16,5	266	4,0	15.906	2,38
1994	6.788	2.046	30,1	2.216	32,6	1.284	18,9	1.012	14,9	231	3,4	15.592	2,30
1998	6.896	2.200	31,9	2.365	34,3	1.241	18,0	875	12,7	215	3,1	15.292	2,22
2000	6.924	2.264	32,7	2.326	33,6	1.188	17,2	911	13,2	235	3,4	15.360	2,22
2005	7.080	2.445	34,5	2.443	34,5	1.119	15,8	832	11,8	241	3,4	15.283	2,16
2010	7.207	2.594	36,0	2.514	34,9	1.066	14,8	781	10,8	253	3,5	15.274	2,12
2015	7.142	2.568	36,0	2.503	35,0	1.040	14,6	775	10,9	255	3,6	15.139	2,12
2015[5]	6.908	2.215	32,1	2.452	35,5	1.186	17,2	864	12,5	192	2,8	15.129	2,19

[1] 1975 bis 1998 Ergebnisse des Mikrozensus, ab 2000 Ergebnisse der Vorausberechnung.- [2] Anteil an den Privathaushalten insgesamt.

[3] Ab 2000 angenommene durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt im früheren Bundesgebiet 5,35 und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 5,26.

[4] Bevölkerung in Privathaushalten.- [5] Ergebnis der Haushaltsvorausberechnung nach der Status-quo-Variante.

Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 2/1996; Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, 1998 Vorbericht.

Tabelle 16: Erfaßte Privathaushalte nach Haushaltsgröße

Ergebnisse der EVS

Jahr[1)]	Privat-haushalte	Davon mit ... Person(en)									
		1		2		3		4		5 und mehr	
	Anzahl	Anzahl	%[2)]	Anzahl	%[2)]	Anzahl	%[2)]	Anzahl	%[2)]	Anzahl	%[2)]
Früheres Bundesgebiet											
1993	40.308	8.753	21,7	13.744	34,1	7.268	18,0	7.308	18,1	3.235	8,0
1998	54.928	12.445	22,7	18.040	32,8	9.328	17,0	10.423	19,0	4.692	8,5
Neue Länder und Berlin-Ost											
1993	10.096	1.638	16,2	4.005	39,7	1.977	19,6	1.993	19,7	483	4,8
1998	13.935	2.641	19,0	5.280	37,9	2.624	18,8	2.852	20,5	538	3,9

Tabelle 17: Hochgerechnete Privathaushalte nach Haushaltsgröße

Ergebnisse der EVS

Jahr[1)]	Privat-haushalte	Davon mit ... Person(en)									
		1		2		3		4		5 und mehr	
	1.000	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]	1.000	%[2)]
Früheres Bundesgebiet											
1993	28.917	9.848	34,1	9.183	31,8	4.705	16,3	3.656	12,6	1.525	5,3
1998	29.921	10.691	35,7	9.827	32,8	4.438	14,8	3.548	11,9	1.417	4,7
Neue Länder und Berlin-Ost											
1993	6.684	1.920	28,7	2.199	32,9	1.285	19,2	1.040	15,6	241	3,6
1998	6.783	2.096	30,9	2.343	34,5	1.167	17,2	996	14,7	181	2,7

[1)] 1993 Ergebnisse der Jahresrechnung, 1998 Ergebnisse des Einführungsinterviews.-

[2)] Anteil an den Privathaushalten insgesamt.

Tabelle 18: Einpersonenhaushalte nach Familienstand in Deutschland 1998

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Ein-personen-haushalte		Davon							
			ledig		verheiratet getrenntlebend		verwitwet		geschieden	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
unter 25	1.025	**7,7**	1.007	**7,6**	14	**0,1**				
25 - 45	4.177	**31,4**	3.376	**25,4**	296	**2,2**	21	**0,2**	478	**3,6**
45 - 65	3.098	**23,3**	938	**7,1**	313	**2,4**	764	**5,7**	1.084	**8,2**
65 und mehr	4.995	**37,6**	557	**4,2**	126	**0,9**	3.888	**29,2**	423	**3,2**
Insgesamt	**13.295**	**100,0**	5.878	**44,2**	749	**5,6**	4.680	**35,2**	1.988	**15,0**

Tabelle 19: Alleinlebende Frauen nach Familienstand in Deutschland 1998

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Allein-lebende Frauen		Davon							
			ledig		verheiratet getrenntlebend		verwitwet		geschieden	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
unter 25	514	**6,6**	504	**6,5**	8	**0,1**				
25 - 45	1.443	**18,6**	1.191	**15,3**	83	**1,1**	9	**0,1**	152	**2,0**
45 - 65	1.688	**21,7**	362	**4,7**	118	**1,5**	613	**7,9**	596	**7,7**
65 und mehr	4.132	**53,1**	443	**5,7**	74	**1,0**	3.296	**42,4**	317	**4,1**
Insgesamt	**7.777**	**100,0**	2.500	**32,1**	283	**3,6**	3.928	**50,5**	1.066	**13,7**

Tabelle 20: Alleinlebende Männer nach Familienstand in Deutschland 1998

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Allein-lebende Männer		Davon							
			ledig		verheiratet getrenntlebend		verwitwet		geschieden	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
unter 25	511	**9,3**	503	**9,1**	6	**0,1**				
25 - 45	2.734	**49,5**	2.185	**39,6**	213	**3,9**	5	**0,1**	326	**5,9**
45 - 65	1.410	**25,6**	576	**10,4**	195	**3,5**	151	**2,7**	488	**8,8**
65 und mehr	863	**15,6**	114	**2,1**	52	**0,9**	592	**10,7**	106	**1,9**
Insgesamt	**5.518**	**100,0**	3.378	**61,2**	466	**8,4**	752	**13,6**	922	**16,7**

Ergebnisse des Mikrozensus. Datenquelle: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, 1998 Vorbericht.

Tabelle 21: Schichtung der privaten Haushalte[1)] 1993 nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und der Haushaltsgröße

Deutschland

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte mit ... Person(en)	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				
	unter 2500	2500-5000	5000-7500	7500-10000	10000-35000
	in %				
1	60,3	33,5	4,9	0,8	[0,5] [2)]
2	14,7	51,0	22,2	7,5	4,5
3	5,1	42,9	31,4	13,4	7,3
4	[2,6] [2)]	35,4	34,3	16,3	11,4
5 und mehr	- [3)]	31,0	33,9	18,8	15,4

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1/1997.

Tabelle 22: Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen der Einpersonenhaushalte [1)] 1993 je Haushalt und Monat

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Art der Einnahmen	Deutschland	Früheres Bundes-gebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Relation neue Länder und Berlin-Ost gegenüber früheres Bundesgebiet
	in DM			in %
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.471	1.617	755	46,6
Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit	203	227	91	40,1
Einnahmen aus Vermögen	306	354	86	24,3
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1.050	1.049	1.082	103,1
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen, Untervermietung	100	115	22	19,1
Einmalige Einkommens-übertragungen	26	29	13	44,8
Haushaltsbruttoeinkommen	**3.156**	**3.391**	**2.049**	**60,4**
Steuern auf Einkommen und Vermögen	330	375	107	28,5
Pflichtbeiträge zur Sozial-versicherung	273	295	175	59,3
Haushaltsnettoeinkommen	**2.553**	**2.721**	**1.767**	**64,9**
Vermögensübertragungen, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	92	100	51	51,0
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	**2.645**	**2.821**	**1.818**	**64,4**

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [3)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/1997.

Übersicht 1: Konzentrationszustände (Lorenzkurve)

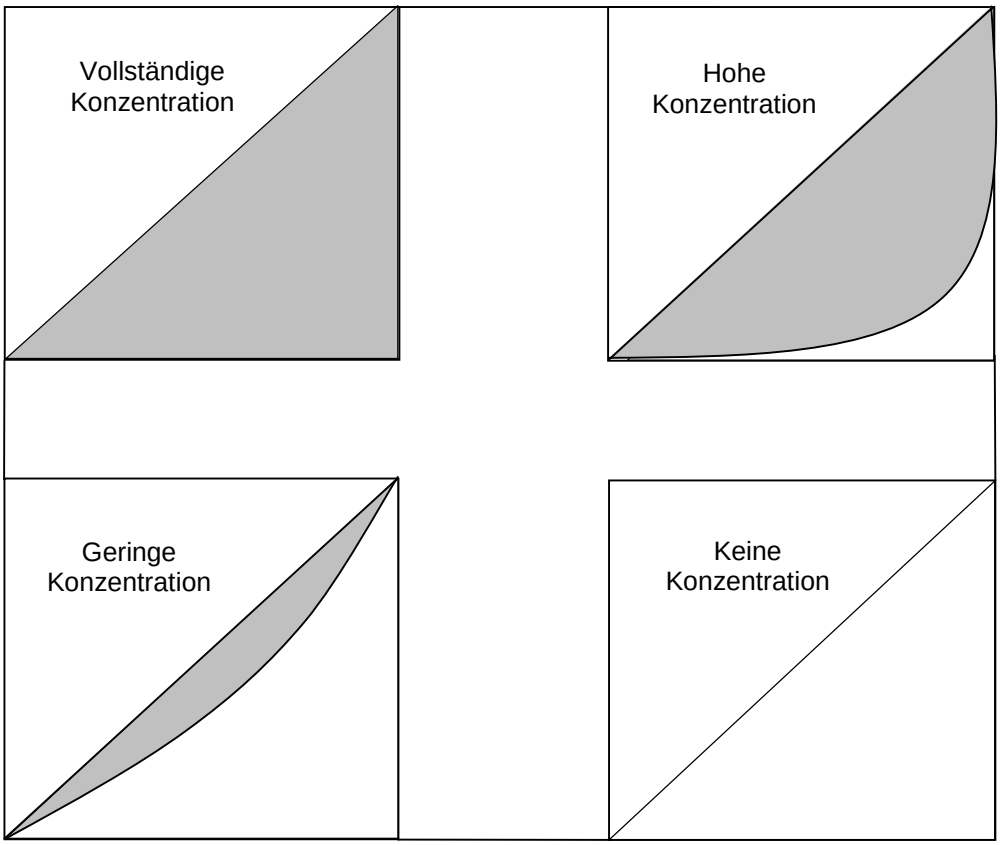


Tabelle 23: Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nach Dezilen kumuliert

Anteil der Haushalte	Anteil des Haushaltsnettoeinkommens	
	EVS 1988[1)]	EVS 1993[2)]
0	0,0	0,0
10	2,9	2,7
20	7,1	7,0
30	12,5	12,4
40	19,1	19,0
50	27,0	26,9
60	36,3	36,2
70	47,2	47,0
80	60,2	59,9
90	76,0	75,7
100	100,0	100,0

[1)] Obere Abschneidegrenze 25.000 DM. -[2)] Obere Abschneidegrenze 35.000 DM.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1/1997.

Übersicht 2: **Quotierungsmerkmale für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998**

1. Bundesland
2. Haushaltstyp

- Einpersonenhaushalte
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften ohne Kinder
- Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, höchstens ein Partner erwerbstätig
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren, beide Partner erwerbstätig
- Sonstige Haushalte

3. Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin

- Selbständige/Landwirte
- Beamte/Beamtinnen
- Arbeiter/Arbeiterinnen
- Rentner/Rentnerinnen
- Sonstige Nichterwerbstätige

4. Monatliches Haushaltsnettoeinkommen

- unter 1400 DM
- 1400 DM bis unter 2500 DM
- 2500 DM bis unter 5000 DM
- 5000 DM bis unter 7000 DM
- über 7000 DM

5. Erhebungsquartal

Tabelle 24: Teilnahmebereitschaft der Haushalte an den Einkommens- und Verbrauchsstichproben

in Prozent des Erhebungssolls

Soziale Stellung Haushaltsgröße	Teilnahmebereitschaft an der EVS				
	1973	1978	1983	1988	1993
Selbständige	117	124	91	76	60
Landwirte	128	133	103	105	55
Beamte	344	323	158	159	117
Angestellte	250	215	141	144	127
Arbeiter	101	99	70	86	61
Nichterwerbstätige	111	98	115	137	103
1 Person	83	77	78	101	76
2 Personen	146	134	123	132	98
3 Personen	169	160	115	118	94
4 Personen	212	210	145	149	124
5 und mehr Personen	181	181	119	137	105
Insgesamt	149	140	114	124	96

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/1993.

Übersicht 3: Erhebungsablauf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Zeitraum	Erhebungsteile und Stichprobenumfang			
Jahresanfang	Einführungsinterview (ca. 74.000 Haushalte)			
Januar Februar März	Haushaltsbücher ca. 18.500 Haushalte, davon Berlin 919			
April Mai Juni		Haushaltsbücher ca. 18.500 Haushalte, davon Berlin 949		
Juli August September			Haushaltsbücher ca. 18.500 Haushalte, davon Berlin 986	
Oktober November Dezember				Haushaltsbücher ca. 18.500 Haushalte, davon Berlin 1.014

Übersicht 4: Detaillierte Erfassung der Nahrungs- und Genußmittel bei einer 20 %-Unterstichprobe (ca. 15.000 Haushalte im Jahr)

Zeitraum	Detaillierte Erfassung der Ausgaben für Nahrungsmittel			
Januar Februar März				
April Mai Juni				
Juli August September				
Oktober November Dezember				

Unterstichprobe, jeweils 1.250 Haushalte je Monat

Tabelle 25: Ausstattung[1)] der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern am 1.1.1998 differenziert nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Früheres Bundesgebiet

Erfaßte Haushalte (Anzahl)	1.854	2.994	3.869	2.133	940	483	163	Arithmetisches Mittel
Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM[2)]							
	unter 1400	1400-2200	2200-3000	3000-4000	4000-5000	5000-7000	7000 und mehr	
Klassenmitte (x_i)	**1.000**	**1.800**	**2.600**	**3.500**	**4.500**	**6.000**	**8.000**	**2.668**
Fahrzeuge (y_i)								
Personenkraftwagen	28,7	44,0	65,7	75,6	85,6	87,2	94,4	**59,3**
fabrikneu gekauft	8,4	17,9	30,0	39,2	46,6	50,1	[55,3] [3)]	**27,8**
gebraucht gekauft	19,9	25,5	34,9	35,2	35,8	34,0	[31,7] [3)]	**30,4**
Fahrrad	72,6	74,6	85,6	94,3	101,3	114,5	106,1	**85,0**
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton (y_i)								
Fernsehgerät	90,6	102,4	107,4	112,2	114,6	129,1	134,0	**106,2**
Videorecorder	32,2	40,5	55,1	61,2	66,0	70,8	72,0	**50,8**
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	85,1	93,7	100,9	104,8	113,6	120,5	134,5	**99,6**
Hi-Fi-Anlage	45,5	49,0	66,5	73,1	81,6	85,9	84,7	**62,4**
PC und Nachrichtenübermittlung (y_i)								
PC mit CD-ROM-Laufwerk	15,2	11,1	15,4	23,5	31,7	40,9	[34,5] [3)]	**18,2**
PC ohne CD-ROM-Laufwerk	9,7	6,2	8,0	11,7	14,1	[17,4] [3)]	- [4)]	**9,2**
Telefon stationär	92,5	99,3	102,4	106,8	112,7	116,1	118,3	**102,4**
Anrufbeantworter	32,3	32,1	42,3	47,1	53,3	65,4	[57,2] [3)]	**41,1**
Elektrische Haushaltsgeräte (y_i)								
Waschmaschine	67,9	82,1	82,9	83,5	86,3	87,2	83,1	**80,9**
Gefrierschrank, -truhe	43,0	60,4	62,2	65,9	68,3	69,3	83,6	**60,5**
Mikrowellengerät	26,4	35,4	39,7	42,4	48,7	49,3	[55,0] [3)]	**38,4**
Geschirrspülmaschine	10,9	16,8	24,7	34,3	43,7	54,8	67,5	**25,5**
Wäschetrockner	8,8	13,7	15,9	19,2	25,8	23,7	[31,2] [3)]	**16,1**

[1)] Ausstattungsbestand je 100 Haushalte, d. h. Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.- [2)] Selbsteinstufung des Haushalts am 1.1.1998.- [3)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [4)] Keine Angal da der Zahlenwert nicht sicher genug ist. Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), Heft 1, Fachserie 15, S. 107.

Tabelle 26: Ausstattung[1)] der Einpersonenhaushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern am 1.1.1998 differenziert nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens

Neue Länder und Berlin-Ost

Erfaßte Haushalte (Anzahl)	717	1039	682	157	Arithmetisches Mittel
Gegenstand der Nachweisung	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM[2)]				
	unter 1400	1400-2200	2200-3000	3000-4000	
Klassenmitte (x_i)	1.000	1.800	2.600	3.500	1.859
Fahrzeuge (y_i)					
Personenkraftwagen	22,7	35,7	46,5	73,1	**36,6**
fabrikneu gekauft	[5,7] [3)]	16,0	25,1	[44,6] [3)]	**17,0**
gebraucht gekauft	16,8	19,0	20,4	[26,3] [3)]	**18,9**
Fahrrad	55,8	56,9	63,8	79,2	**58,7**
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton (y_i)					
Fernsehgerät	98,5	104,4	104,5	119,1	**101,9**
Videorecorder	31,4	38,5	44,9	[66,8] [3)]	**39,2**
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	84,3	88,2	93,1	92,8	**87,1**
Hi-Fi-Anlage	32,6	39,0	45,9	[64,8] [3)]	**39,9**
PC und Nachrichtenübermittlung (y_i)					
PC mit CD-ROM-Laufwerk	9,4	8,3	[11,3] [3)]	[23,6] [3)]	**10,1**
PC ohne CD-ROM-Laufwerk	[5,4] [3)]	[4,3] [3)]	[6,0] [3)]	- [4)]	**4,7**
Telefon stationär	82,5	92,8	94,1	95,3	**88,9**
Anrufbeantworter	22,7	24,8	32,6	[47,3] [3)]	**27,1**
Elektrische Haushaltsgeräte (y_i)					
Waschmaschine	76,7	86,9	89,3	92,5	**83,6**
Gefrierschrank, -truhe	52,9	62,4	73,1	78,5	**62,5**
Mikrowellengerät	20,7	24,1	28,1	[33,7] [3)]	**24,4**
Geschirrspülmaschine	[3,2] [3)]	[6,1] [3)]	[7,6] [3)]	- [4)]	**5,2**
Wäschetrockner	[6,1] [3)]	[6,3] [3)]	[6,7] [3)]	- [4)]	**5,9**

[1)] Ausstattungsbestand je 100 Haushalte, d. h. Anzahl der in den Haushalten vorhandenen langlebigen Gebrauchsgüter, bezogen auf hochgerechnete Haushalte der jeweiligen Spalte.- [2)] Selbsteinstufung des Haushalts am 1.1.1998.- [3)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [4)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist. Datenquelle: Wirtschaftsrechnungen (1999a), Heft 1, Fachserie 15, S. 240.

Tabelle 27: Private Haushalte in Wohneigentum und Wohnfläche[1)]

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	EVS 1993		EVS 1998		EVS 1993		EVS 1998	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
Haushalte insgesamt	28.446	100,0	29.921	100,0	6.624	100,0	6.783	100,0
Haushalte in Wohneigentum	12.791	45,0	13.050	43,6	1.256	19,0	1.759	25,9
Mit einer Wohnfläche von ... bis unter ... m²								
unter 50	243	1,9	154	1,2	[50] [2)]	4,0	[33] [2)]	1,9
50 - 75	1.494	11,7	1.241	9,5	284	22,6	286	16,3
75 - 100	2.945	23,0	2.674	20,5	350	27,9	411	23,4
100 - 120	2.780	21,7	2.618	20,1	291	23,2	454	25,8
120 und mehr	5.331	41,7	6.362	48,8	280	22,3	575	32,7
Durchschnittliche Wohnfläche m² je Haushalt	**113,4**		**120,1**		**95,2**		**105,5**	

Tabelle 28: Private Haushalte als Mieter/mietfrei und Wohnfläche[1)]

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	EVS 1993		EVS 1998		EVS 1993		EVS 1998	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
Haushalte insgesamt	28.446	100,0	29.921	100,0	6.624	100,0	6.783	100,0
Haushalte als Mieter/mietfrei	15.655	55,0	16.871	56,4	5.368	81,0	5.024	74,1
Mit einer Wohnfläche von ... bis unter ... m²								
unter 50	3.211	20,5	3.253	19,3	1.446	26,9	1.267	25,2
50 - 75	6.562	41,9	7.048	41,8	3.049	56,8	2.926	58,2
75 - 100	3.913	25,0	4.248	25,2	672	12,5	632	12,6
100 - 120	1.168	7,5	1.333	7,9	126	2,3	137	2,7
120 und mehr	802	5,1	991	5,9	74	1,4	63	1,3
Durchschnittliche Wohnfläche m² je Haushalt	**69,4**		**70,8**		**60,0**		**60,7**	

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften (Angaben zum Stichtag 1. Januar).- [2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist. Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Tabelle 29: Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte
nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/in am 1.1.1998[1)]
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Mieterhaushalte		Eigentümerhaushalte	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	1.000	**1.000**	**1.000**	**1.000**
Hochgerechnete Haushalte	16.871	5.024	13.050	1.759
	m^2 je Haushalt	**m^2 je Haushalt**	**m^2 je Haushalt**	**m^2 je Haushalt**
Haushalte insgesamt	70,8	60,7	120,1	105,5
Landwirte	[124,8] [2)]	- [3)]	168,4	[148,2] [2)]
Gewerbetreibende/freiberuflich Tätige	87,7	70,1	140,4	119,3
Beamte	76,9	66,8	129,9	118,5
Angestellte	72,8	65,7	120,5	108,9
Arbeiter	71,7	62,7	117,6	108,1
Arbeitslose	62,5	58,0	113,5	100,0
Nichterwerbstätige	66,9	56,1	112,2	92,3

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.-
[2)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.- [3)] Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Tabelle 30: Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte
nach der Haushaltsgröße am 1.1.1998[1)]
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Mieterhaushalte		Eigentümerhaushalte	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	m^2 je Haushalt	m^2 je Haushalt	m^2 je Haushalt	m^2 je Haushalt
Haushalte mit ... Person(en)				
1	57,6	49,4	94,5	83,3
2	76,6	62,6	116,5	94,7
3	85,5	70,2	126,5	108,0
4	95,0	77,4	135,2	118,0
5 und mehr	107,3	88,4	155,9	138,6

Tabelle 31: Durchschnittliche Wohnfläche privater Haushalte
nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen am 1.1.1998[1)]
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Klassen-mitte (x_i)	Mieterhaushalte				Eigentümerhaushalte			
		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
		Erfaßte Haushalte[2)]	m^2 je Haushalt (y_i)	Erfaßte Haushalte[2)]	m^2 je Haushalt (y_i)	Erfaßte Haushalte[2)]	m^2 je Haushalt (y_i)	Erfaßte Haushalte[2)]	m^2 je Haushalt (y_i)
von ... bis unter ... DM									
unter 1400	**1.000**	2.113	51,6	823	48,3	2.113	98,5	823	[92,6] [3)]
1400-2200	**1.800**	4.393	61,9	1.696	53,8	4.393	102,0	1.696	88,4
2200-3000	**2.600**	7.504	68,0	2.423	61,2	7.504	103,6	2.423	96,1
3000-4000	**3.500**	10.059	78,0	3.719	67,7	10.059	113,8	3.719	104,3
4000-5000	**4.500**	10.603	85,7	2.804	71,3	10.603	120,5	2.804	111,4
5000-7000	**6.000**	12.007	91,5	1.930	74,9	12.007	128,6	1.930	116,4
7000 und mehr	**8.000**	7.613	108,2	504	81,0	7.613	146,9	504	130,3
Arithmetisches Mittel — Früheres Bundesgebiet	**4.468**		**82,1**				**118,7**		
Arithmetisches Mittel — Neue Länder u. B-O	**3.690**				**65,8**				**104,0**

[1)] Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.- [2)] Anzahl der erfaßten Haushalte insgesamt im früheren Bundesgebiet 54.928, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 13.935.- [3)] Aussagewert ist eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 3/1999.

Anhang 2: Gültige Rechtsgrundlagen für die Erhebung der EVS 1998

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961
(BGBl. III Gliederungsnummer 708-6)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Im Geltungsbereich dieses Gesetzes werden bei privaten Haushalten folgende repräsentative Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen als Bundesstatistik durchgeführt:

1. monatliche Erhebungen bei Haushalten von Arbeitnehmern, Pensions-, Fürsorge- und Rentenempfängern;
2. Erhebungen, die sich jeweils auf ein Jahr beziehen, bei Haushalten aller Bevölkerungskreise. Die Erhebungen beginnen im Jahre 1962; sie sind in drei- bis fünfjährigen Abständen zu wiederholen; die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates jeweils den Zeitpunkt der Erhebungen.[1]

§ 2
(1) Die Erhebungen nach § 1 erfassen folgende Tatbestände:

1. die Einnahmen der Haushalte nach Quellen;
2. die Verwendung der Einnahmen für
   a) den Privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag),
   b) Steuern und Abgaben,
   c) Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen, soweit sie nicht unter Buchstabe e) fallen,
   d) Rückzahlung von Schulden,
   e) Vermögensbildung,
   f) sonstige Zwecke.

[1] Siehe Änderung im 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294)

(2) Außer den in Absatz 1 bezeichneten Tatbeständen erfassen die Erhebungen Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die statistische Zuordnung der Haushalte und für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.

§ 3

(1) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 erstrecken sich auf höchstens 1000 Haushalte in jedem Monat.

(2) Die Erhebungen nach § 1 Nr. 2 erstrecken sich auf höchstens 0,3 vom Hundert aller Haushalte.

§ 4

Die Erteilung der Auskunft durch die Haushalte zu den Erhebungen nach § 1 ist freiwillig.

§ 5

Die Aufbereitung der Erhebungen nach § 1 Nr. 2 obliegt dem Statistischen Bundesamt.[2]

§ 6

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980

(BGBl. I S. 294)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

[2] Siehe Bundesstatistikgesetz § 1.

Artikel 10

Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte
Das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 708-6, veröffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geändert:

§ 1 Nr. 2 Satz 2 erhält folgenden Wortlaut:

"Diese Erhebungen sind, beginnend im Jahre 1983, in fünfjährigem Abstand zu wiederholen; die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den fünfjährigen Abstand um ein Jahr zu verkürzen oder zu verlängern, falls dies zur Verbesserung des Erkenntniswertes der Statistik oder zur rationellen Gestaltung des Arbeitsablaufs erforderlich ist."

Auszug aus Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987

(BGBl. I S. 462)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Statistik für Bundeszwecke
Die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) hat im förderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt. Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik. Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich den durch dieses Gesetz oder eine andere Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift festgelegten Zwecken.

§ 13[3]

Adreßdateien

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder führen in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien, soweit sie Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten betreffen und erforderlich sind

1. bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken

a) zum Nachweis der Erhebungseinheiten,

b) zur Auswahl der in Stichproben nach mathematischen Verfahren einzubeziehenden Erhebungseinheiten,

c) zur Aufstellung von Rotationsplänen und zur Begrenzung der Belastung zu Befragender,

2. bei der Erhebung von Bundesstatistiken für

a) den Versand der Fragebögen,

b) die Eingangskontrolle und für Rückfragen bei den Befragten,

3. zur Aufbereitung von Bundesstatistiken für

a) die Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,

b) statistische Zuordnungen und Auswertungen,

c) Hochrechnung bei Stichproben.

(2) Zur Führung der Adreßdateien nach Absatz 1 dürfen folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten verwendet werden:

1. Namen und Anschriften der Erhebungseinheiten, bei Unternehmen auch ihrer Teile, bei Betrieben auch des Unternehmenssitzes und der Hauptverwaltung sowie Namen der Inhaber oder Leiter der Betriebe,

2. Rechtsform bei Unternehmen,

3. Wirtschaftszweig, Eintragungen in die Handwerksrolle und Art der ausgeübten Tätigkeiten,

4. Zahl der tätigen Personen,

5. Kennzeichnung der Statistiken, zu denen das Unternehmen oder der Betrieb meldet,

6. Datum der Aufnahme in die Adreßdatei.

Für jede Erhebungseinheit wird eine Kennummer vergeben. Sie darf keine Namen nach Satz 1 Nr. 1 und keine über Satz 1 Nr. 1 bis 6 hinausgehenden Merkmale enthalten.

---

[3] Einschließlich der Änderungen durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl S. 283 f.).

(3) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder teilen sich die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 sowie die Kennummern nach Satz 2 und die jeweiligen Änderungen mit, soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien geführt werden.

(4) Die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 und die Kennummern nach Absatz 2 Satz 2 sowie die Kennummern in den Datensätzen mit den Erhebungsmerkmalen der Erhebungseinheiten werden jeweils gelöscht, sobald sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

(5) Die eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften, die die Führung von Dateien vorsehen, bleiben unberührt.

§ 14
Erhebungsbeauftragte

(1) Werden bei der Durchführung einer Bundesstatistik Erhebungsbeauftragte eingesetzt, müssen sie die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Erhebungsbeauftragte dürfen nicht eingesetzt werden, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlaß zur Besorgnis besteht, daß Erkenntnisse aus der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

(2) Erhebungsbeauftragte dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses nach § 16 und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

(3) Erhebungsbeauftragte sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sie sich auszuweisen.

(4) Erhebungsbeauftragte sind über ihre Rechte und Pflichten zu belehren.

§ 16
Geheimhaltung

(1) Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt nicht für

1. Einzelangaben, in deren Übermittlung oder Veröffentlichung der Befragte schriftlich eingewilligt hat,
2. Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen, wenn sie sich auf die in § 15 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen beziehen, auch soweit eine Auskunftspflicht aufgrund einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift besteht,
3. Einzelangaben, die vom Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder mit den Einzelangaben anderer Befragter zusammengefaßt und in statistischen Ergebnissen dargestellt sind,
4. Einzelangaben, wenn sie dem Befragten oder Betroffenen nicht zuzuordnen sind.

Die §§ 93, 97, 105 Abs. 1, § 111 Abs. 5 in Verbindung mit § 105 Abs. 1 sowie § 116 Abs. 1 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), gelten nicht für Personen und Stellen, soweit sie mit der Durchführung von Bundes-, Landes- oder Kommunalstatistiken betraut sind.

(2) Die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den mit der Durchführung einer Bundesstatistik betrauten Personen und Stellen ist zulässig, soweit dies zur Erstellung der Bundesstatistik erforderlich ist.

§ 21
Verbot der Reidentifizierung
Eine Zusammenführung von Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solcher Einzelangaben mit anderen Angaben zum Zwecke der Herstellung eines Personen-, Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenbezugs außerhalb der Aufgabenstellung dieses Gesetzes oder der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ist untersagt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhang 3:

Begriffe

Haushalt (Privathaushalt): Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnungen werden unter Umständen mehrfach gezählt (siehe Bevölkerung in Privathaushalten).

Die Zahl der Haushalte stimmt mit derjenigen der Familien nicht überein, weil es bei den Haushalten zu Doppelzählungen kommen kann. Ferner ist zu beachten, daß in einem Haushalt mehrere Familien wohnen können.

(Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R 3, V/1998)

Bevölkerung in Privathaushalten (Haushaltsmitglieder): Alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden, sind die Bevölkerung in Privathaushalten, auch als Haushaltsmitglieder bezeichnet. Die Bevölkerung in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften wird nicht berücksichtigt, wohl aber Privathaushalte im Bereich von Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften. Die Bevölkerung in Privathaushalten ergibt sich somit aus der wohnberechtigten Bevölkerung abzüglich der Bevölkerung in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Doppelzählungen möglich. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Untermieter eine zweite Wohnung hat, Angehöriger von zwei Haushalten. Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter einen Einpersonenhaushalt.

Diese Regelung ist dadurch gerechtfertigt, daß Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeine benutzen.

(Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, R 3, V/1998)

Literaturverzeichnis

Abels (1991) = Heiner Abels: Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik; 3. Auflage; Wiesbaden 1991.

Allafi (1999) = Sabine Allafi: Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998. In: Wirtschaft und Statistik, 3/1999, S. 163 - 170.

Arentzen/Winter (1992) = Ute Arentzen und Eggert Winter: Gabler Wirtschafts Lexikon; 13. Auflage; Wiesbaden 1992.

Bedau/Krause (1998) = Klaus-Dietrich Bedau und Peter Krause: Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken. In: DIW Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 67. Jg. (1998), Heft 3, S. 209 - 234.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (1998) = Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien. In: Fachserie 1, Reihe 3, Statistisches Bundesamt, 1998 Vorbericht.

Bundesanstalt für Arbeit (1999) = Bundesanstalt für Arbeit: Der kompetente Partner für Arbeit und Beruf. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt sich vor; März 1999.

Chlumsky/Ehling (1997) = Jürgen Chlumsky und Manfred Ehling: Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. In: Wirtschaft und Statistik, 7/1997, S. 455 - 461.

Datenreport (1997) = Datenreport 1997, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland; Statistisches Bundesamt; Band 340; Bonn 1997.

DIW (1999) = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Entwicklung der Einkommenspositionen von Haushaltsgruppen in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW 3/99, 66. Jg. (1999), S. 79 - 88.

Dorbritz/Gärtner (1998) = Jürgen Dorbritz und Karla Gärtner: Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B „ Ehescheidungen – Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich“. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 23. Jg. (4/1998), S. 373 – 458.

Engels (1998) = Erwin Engels: Zur Beteiligung Berliner Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: Statistische Monatsschrift, Statistisches Landesamt Berlin, 4/1998, S. 168 – 170.

Engstler (1997) = Heribert Engstler: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; aktualisierte und erweiterte Neuauflage 1998; Bonn Dezember 1997.

Euler (1992) = Manfred Euler: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, 7/1992, S. 463 - 469.

Frey (1993 = René L. Frey: Wirtschaft, Staat und Wohlfahrt; 6. Auflage; Basel 1993.

Grünheid/Mammey (1997) = Evelyn Grünheid und Ulrich Mammey: Bericht 1997 über die demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 22. Jg. (4/1997), S. 377 - 480.

Guttmann (1995) = Edeltraud Guttmann: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchs stichprobe. In: Wirtschaft und Statistik, 5/1995, S. 391 – 399.

Guttmann (1997) = Edeltraud Guttmann: Lebensverhältnisse von Einpersonenhaushalten. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, 6/1997, S. 418 - 427.

Hartmann et al. (1999) = Norbert Hartmann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Bruttoinlandsprodukt 1998. In: Wirtschaft und Statistik, 1/1999, S. 13 - 22.

Hartung/Elpelt (1995) = Joachim Hartung und Bärbel Elpelt: Multivariate Statistik; 5. Auflage; München 1995.

Hertel (1997) = Jürgen Hertel: Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Wirtschaft und Statistik, 1/1997, S. 45 - 58.

Knop (1998) = Werner Knop: Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen und Berufen. Ergebnis des Mikrozensus 1997. In: Wirtschaft und Statistik, 9/1998, S. 745 – 753.

Kühnen (1999) = Carola Kühnen: Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: Wirtschaft und Statistik, 2/1999, S. 111 - 115.

von der Lippe (1990) = Peter Michael von der Lippe: Wirtschaftsstatistik; 4. Auflage; Stuttgart 1990.

Märkische Oderzeitung (1999) = Märkische Oderzeitung: Ost-West-Spaltung am Arbeitsmarkt wird tiefer. 10. Jg. (8.9.1999), Nr. 209, S. 1; S. 2; S. 5.

Münnich (1997) = Margot Münnich: Zur Neukonzeption der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Deutschland. Referat, Berlin Februar 1997.

Münnich/Illgen (1999) = Margot Münnich und Monika Illgen: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Langlebige Gebrauchsgüter privater Haushalte, Heft 1, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden Februar 1999, S. 14 - 22.

Münnich (1999) = Margot Münnich: Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. In: Sonderdruck aus Wirtschaft und Statistik, 3/1999, S. 210 - 220, S. 183* - 190*.

Paul/Voit/Hammes (1992) = Christine Paul, Hermann Voit und Winfried Hammes: Entwicklung der Privathaushalte bis 2010. Ergebnis der Haushaltsvorausberechnung für das frühere Bundesgebiet. In: Wirtschaft und Statistik, 9/1992, S. 620 - 626.

Pöschl (1990) = Hannelore Pöschl: "Singles" - Versuch einer Beschreibung. In: Wirtschaft und Statistik, 10/1990, S. 703 - 708.

Pöschl (1993) = Hannelore Pöschl: Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, 6/1993, S. 385 - 390.

Pöschl (1993) = Hannelore Pöschl: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Wirtschaft und Statistik, 12/1993, S. 924 - 928.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (1999) = Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Rentenstrukturreform. In: Sozialpolitische Umschau, Ausgabe 27 (30.8.1999).

Rönz (1996) = Bernd Rönz: Computergestützte Statistik II; Berlin 1996.

Schmalwasser et al. (1998) = Oda Schmalwasser, Peter Gurrath, Joachim Weisbrod, Peter Kraßnig, Klaus Kockel und Karl-Heinz Manzel, Albrecht Krockow, Ulrich Spörel, Karl Müller, Uwe Reim, Otto Dietz, Werner Breidenstein, Johann Szenzenstein: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In: Wirtschaft und Statistik, Artikelserie, 3/1998, S. 183 - 212.

Schwarze (1992) = Jochen Schwarze: Grundlagen der Statistik I; 6. Auflage; Berlin 1992.

Sommer/Voit (1997) = Bettina Sommer und Hermann Voit: Bevölkerungsentwicklung 1996. In: Wirtschaft und Statistik, 12/1997, S. 819 - 825.

Sommer (1998) = Bettina Sommer: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1996. In: Wirtschaft und Statistik, 3/1998, S. 232 - 238.

Sommer/Voit (1998) = Bettina Sommer und Hermann Voit: Bevölkerungsentwicklung 1997. In: Wirtschaft und Statistik, 12/1998, S. 971 - 977.

Sommer/Voit et al. (1998) = Bettina Sommer und Hermann Voit, Ulrich Greiner, Peter Kaukewitsch, Hermann Seewald, Jürgen Hertel, Horst Winter, Marianne Renz, Bettina Mösch, Heinz-Werner Hetmeier, Christopher Gräb, Sigrid Nicodemus, Uwe Reim: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost. In: Wirtschaft und Statistik, Artikelserie, 4/1998, S. 285 - 314.

Statistisches Bundesamt (1992) = Statistisches Bundesamt: Zwei Jahre nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern; Sonderausgabe August 1992.

Statistisches Jahrbuch (1998) = Statistisches Jahrbuch 1998; Statistisches Bundesamt; Wiesbaden 1998.

Strohm et al. (1998) = Wolfgang Strohm und Mitarbeiter: Bruttoinlandsprodukt 1997. In: Wirtschaft und Statistik, 3/1998, S. 213 - 225.

Voit et al. (1996) = Hermann Voit und Mitarbeiter: Entwicklung der Privathaushalte bis 2015. Ergebnis der Haushaltsvorausberechnung. In: Wirtschaft und Statistik, 2/1996, S. 90 - 96.

Wirtschaftsrechnungen (1995) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993: Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte. In: Heft 2, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden Oktober 1995.

Wirtschaftsrechnungen (1997a) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. In: Heft 4, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden April 1997.

Wirtschaftsrechnungen (1997b) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993: Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch. In: Heft 5, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden Mai 1997.

Wirtschaftsrechnungen (1998) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Wohnsituation und Ausstattung privater Haushalte in Deutschland 1998. Ergebnis des Pressegesprächs am 4. November 1998 in Berlin. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1998.

Wirtschaftsrechnungen (1999a) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Langlebige Gebrauchsgüter privater Haushalte. In: Heft 1, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden Februar 1999.

Wirtschaftsrechnungen (1999b) = Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte. In Sonderheft 1, Fachserie 15, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden April 1999.

WZB-Mitteilungen (1991) = WZB-Mitteilungen: Soziale Lage in der Ex-DDR; Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung; Nr. 51/März 1991; S. 32 – 35.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Berlin, den 1.10.1999